

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

begründet
1808



Aus dem Inhalt

Heinz Nissel:
Gesellschaft, Raum und Macht
(Teil 2)

Klaus Naumann:
Was heißt Verteidigung
im 21. Jahrhundert?

Heinz Brill:
Geopolitische Optionen tür-
kischer Außen- und Sicher-
heitspolitik

Friedrich W. Korkisch:
Luftkrieg „neu“:
Mehr Evolution als Revolution
(Teil 1)

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

In dieser Onlineausgabe

Heinz Nissel

Gesellschaft, Raum und Macht

Aufgaben, Defizite und Neues zur Kritischen Geopolitik (Teil 2)

Klaus Naumann

Was heißt Verteidigung im 21. Jahrhundert?

Vortrag vor dem Internationalen Herbstseminar 2013 in Luzern am 27. September 2013

Heinz Brill

Geopolitische Optionen türkischer Außen- und Sicherheitspolitik

Realitäten und Visionen

Friedrich W. Korkisch

Luftkrieg „neu“: Mehr Evolution als Revolution (Teil 1)

Zusätzlich in der Printausgabe

Stephan Maninger

Drohnen als militärisches Instrument

Die Auswirkungen einer „Game Changer“-Technologie auf asymmetrische Konfliktszenarien

Wolfgang Taus

Neoimperiale Tendenzen in Putins Russland

Harald Pöcher

Geld, Geld und nochmals Geld

Die Militärausgaben ausgewählter Länder am Vorabend des Ersten Weltkrieges

David X. Noack

Die polnische Bewegung des Prometheismus im global-
geschichtlichen Kontext 1918-1939

sowie zahlreiche Berichte zur österreichischen und internationalen Verteidigungspolitik

Aufgaben, Defizite und Neues zur Kritischen Geopolitik* (Teil 2)

Heinz Nissel

Erweiterung und Systematisierung der Dekonstruktion geopolitischer Leitbilder

Bilder und Gegenbilder im Kampf der Diskurse

Vorstellungen und (Vor-)Urteile des Eigenen und Fremden prägen die sehr unterschiedlichen geopolitischen Leitbilder und führen in der politisch-geographischen Analyse doch dazu, dass die gemeinsame Begründungsrhetorik eine (sprach)mächtige Allianz bildet. Sind in diesem Beitrag die „westlichen“ Leitbilder tonangebend, heißt dies nicht, dass die Gegenwelten keine besitzen und anwenden. Zwei Beispiele: Dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ist es gelungen, den geopolitischen Dauerbrenner Tschetschenien weitgehend von der Weltöffentlichkeit abzuschirmen, das Thema kommt in den (westlichen) Medien kaum mehr (sic) „zur Sprache“. Und auch die arabische Welt besitzt einen mächtigen Sprachmythos, nämlich das Metanarrativ vom „Heiligen Krieg“ (Dschihad). Folgerichtig hat ein „Papst“ der Politischen Geographie, John Agnew, kein Problem, eine Gegenrechnung aufzumachen, und Osama bin Laden in die Leitbildanalyse einzuordnen:¹⁾ „*Bin Laden is the Samuel Huntington of the Arab World ... He is a prophet and organizer of inter-civilizational conflict. Bin Laden is the modern Arab geopolitician par excellence.*“ Zumindest dieses Gegenbild hat sich mit der Liquidierung Bin Ladens erledigt.

Eine sehr differenzierte Einschätzung des Westens und der USA in der arabischen Welt hat Hussein Araúo (2011)²⁾ durch Auswertung arabischer Printmedien gegeben. Dies ist ein Anfang, die erdrückende Dominanz „westlicher“ Forschungsergebnisse zu konterkarieren. Damit soll auch gezeigt werden, wie sehr die Kritiker und Gegner der westlichen Allianz unter dem Bann (ihrer) je eigenen geopolitischen Leitbilder stehen. Freilich sehen diese in verschiedenen Regionen der Erde für die jeweiligen Informationsträger (Politik, Medien, Militär, Öffentlichkeit) sehr unterschiedlich aus. In Zukunft wird globale Geopolitik sehr stark von einem Kampf der Diskurse wie vom Einsatz geopolitischer Leitbilder als mächtige Waffe in diesen Konflikten geprägt sein.

Diskurstheoretische Ansätze sind in der Kritischen Geopolitik in den letzten Jahren so wichtig geworden, dass viele Autoren darin einen neuen, vierten Hauptzweig der postmodernen Politischen Geographie sehen. Dabei bewegt sich die Analyse weg von geopolitischen Leitbildern hin zur Analyse diskursiver Muster raumbezogener Konstruktionen von Identität und den mit ihnen gekoppelten Machteffekten. Neben der internationalen Geopolitik

reichen die Themen tief in regionale und lokale politische Ereignisse hinein und führen zu neuen Verknüpfungen mit Ansätzen der Handlungstheorie.

Charakteristika geopolitischer Leitbilder in den Archiven der Geopolitik

Diese Ausführungen sind der Zusammenstellung durch Paul Reuber (2012, 188-190)³⁾ geschuldet. Die Bedeutung und Vielfalt geopolitischer Leitbilder als forschungsleitendes Element der Kritischen Geopolitik dürfte aus den vorausgegangenen Subkapiteln klar geworden sein. Was bisher trotz empirischer Evidenz fehlte, war der Versuch einer Systematisierung der Charakteristika. In Anlehnung an Michel Foucault, der historisch und im gesellschaftlichen Diskurs tief verwurzelte Wissensordnungen als „Archive“ kennzeichnete, schlägt Reuber Archive der Geopolitik vor und benennt folgende Schubladen einer vergleichenden Erforschung geopolitischer Leitbilder:

- Zyklizität und zeitliche Begrenztheit: Sprachmächtige Leitbilder wie jene vom Kalten Krieg oder vom Kampf der Kulturen haben eine bestimmte Lebensdauer, werden dann von anderen Narrativen überlagert oder treten in veränderter Form neu in Erscheinung.

- Reaktualisierbarkeit: „Vergessene“ Bereiche geopolitischer Diskurse verschwinden nicht wirklich für alle Zeiten, sondern verbleiben subkutan als „story lines“ in den Archiven des Diskurses. Sie können dort bei Bedarf wieder ausgegraben werden und als Begründungsmuster in neuen Konfliktsituationen dienen. Sie müssen auch nicht eins zu eins übertragen werden, sondern können den neuen Gegebenheiten gleitend angepasst werden (Beispiel: aktuelle Probleme Russlands mit seinen Nachbarstaaten und das Wiederaufleben alter Sprachmuster).

- Janusköpfige (ambivalente) Logik: Die politischen Gegner können den Spieß umdrehen, sich derselben Diskurslogik bedienen, aber unter jeweils anderen Vorzeichen. So war auch Osama bin Laden ein begeisterter Anhänger des „clash of civilizations“ - wer den Heiligen Krieg nicht unterstützt, ist ein Gottloser, folgerichtig sind die USA der Schurkenstaat schlechthin. Die sprachlichen Verknüpfungen von Raum und Macht bilden das Gerüst für die jeweilige Dämonisierung des Anderen - vgl. etwa die Negativzuweisungen des „freien Westens“ an den „Ostblock“ und umgekehrt.

- Regional begrenzter Geltungsanspruch: Das Leitbild vom Kampf der Kulturen war westzentriert (früher eurozentrisch), wobei implizit seine universelle Gültigkeit für die gesamte Menschheit unterstellt wurde. Als Gegenreaktion auf diese falsche Annahme entwickelten sich Gegendiskurse innen- wie außenpolitischer Art, z.B.

*) Dieser Artikel hat das Peer-Review-Verfahren erfolgreich durchlaufen

Black Power oder altchinesische Moral mit ihren aktuellen politischen Auswirkungen, die den vorhandenen „westlastigen“ Diskurs nachhaltig stören.

- Interferenz: Treffen mehrere Risikofaktoren bei der Beurteilung eines Raumes zusammen, kann man von Risikoräumen sprechen (vgl. das „core and gap“-Schema von Barnett), in und aus denen vielfältige Bedrohungen erwachsen, etwa Sub-Sahara-Afrika mit seiner Kombination von Klimawandel und „failed states“ (Staatsterror und Gewaltökonomien). Hier sehe ich auch die „logische“ Kopplung von geopolitischen mit geökonomischen und geökologischen Leitbildern. Auch der Nahe Osten, Südasien usw. bieten sich für die Mehrfachpunzierung an.

Sollte es möglich sein, die Vielfalt der geopolitischen Leitbilder und ihrer Diskurse unter solche Regelmäßigkeiten einzuordnen, wäre damit auch die Prognosefähigkeit der Kritischen Geopolitik zur (rechtzeitigen) Erkennung möglicher Konfliktursachen, ihrer Konfliktträume und Angebote für Problemlösungen deutlich verbessert. Damit könnte die Kritische Geopolitik auch zukünftig einen Hauptstrang der Politischen Geographie bilden, obwohl dieses Teilgebiet wie die anderen der Humangeographie Gesellschaftswissenschaft ist und das „Politische“ in der Gesellschaft auf die Geographie als Institution und auf ihre Forschungsanliegen rückwirkt. Darum bleibt der begehbare Grat zwischen der klassischen Politikberatung für die jeweils „Mächtigen“ und dem neuen Ansatz der kritischen Analyse des diskursiven Beziehungsdreiecks von Gesellschaft, Raum und Macht stets ein schmaler.

Zum internationalen Stand der Politischen Geographie und Kritischen Geopolitik

Kongresse in Deutschland als Spiegelbild der Leistungsfähigkeit

Zwei international geprägte Kongresse im Sommer 2012 in Deutschland vermittelten ein gutes Bild über Stand und Leistungsfähigkeit der Geographie generell und über die Situation von Politischer Geographie und Kritischer Geopolitik im Besonderen. Vom 26. bis 30. August fand der 32. Weltkongress der Geographie unter der Headline „Down to Earth - IGC Cologne 2012“ (Nissel und Embleton-Hamann, 2012)⁹⁾ statt. Obwohl die deutschsprachige Geographie neben der anglo-amerikanischen und der französischen international über Generationen tonangebend war, ist es doch erstaunlich, dass dieser International Geographical Congress erst zum zweiten Mal in Deutschland abgehalten wurde - zum ersten Mal nach 113 Jahren in Berlin 1899! Diese (ebenfalls alle vier Jahre stattfindende) höchstrangige „Olympiade“ des Faches registrierte über 3.000 Teilnehmer aus 90 (!) Staaten.

Vier Leitthemen sollten die Veranstaltungstage strukturieren: Society and Environment, Urbanisation and Demographic Change, Global Change and Globalisation sowie Risks and Conflicts. Es ist unschwer zu erkennen, dass die Relationen Gesellschaft - Raum - Macht in diesen Leitthemen eine herausragende Rolle einnahmen. Eine keynote lecture durch Derek Gregory (Vancouver) sei hier herausgegriffen: „Deadly embrace: war, distance and

intimacy“ - sprachlich brillant, inhaltsreich, aber für die Mehrheit im Auditorium erschreckend - die Zukunft der Cyberwars hat schon begonnen: „...*entfernte Kriege an entfernten Orten neigen dazu, sich an uns heranzuschleichen und uns auch zu zerstören*“ (H.N. Gedächtnisprotokoll). Hier wurden Kernthemen der Politischen Geographie von einem ihrer führenden Exponenten in Echtzeitübertragung (Videokonferenzen) an die Weltgemeinschaft der Geographie vermittelt. Unter Hunderten Referaten der IGU (International Geographical Union), ihrer Commissions und Task Forces befanden sich natürlich auch etliche zur Politischen Geographie. Noch interessanter schien mir aber, dass in vielen Beiträgen anderer geographischer Teilgebiete „unsere“ Fragestellungen unter anderen Etiketten diskutiert wurden, etwa in regionsspezifischen Sektionen (ein Beispiel: Hochgebirgsforschung in Süd- und Zentralasien). Geopolitische, geökonomische und geökologische Konflikte, Leitbilder, diskurstheoretische Ansätze finden sich in einer Unzahl von Forschungsdesigns, die sich „mit dem Räumlichen“ beschäftigen. Ein wichtiges Thema wurde jedoch bei dieser Tagung weitgehend ausgeblendet, nämlich ein Schwerpunkt zu Theorie(n), Paradigmen und Konzepten des Faches. Dieses Defizit muss hier nachfolgend auch noch für die Politische Geographie wie die Kritische Geopolitik angesprochen werden.

Die zweite Veranstaltung war als eine der üblichen Vor-Kongressen zum IGC organisiert und führte uns thematisch an die Forschungsfront: „Spatialising the (Geo)Political. Political Geography and Critical Geopolitics Preconference 2012. 24./25. August 2012 - Frankfurt am Main“ (Nissel 2012).⁵⁾ Sie kann als Folgekonferenz der Tagung „Critical Geopolitics 2008“ am 23. und 24. September an der Universität Durham (United Kingdom) gesehen werden, bei der erstmals in Europa eine umfassende Bestandsaufnahme und Diskussion dieser postmodern-konstruktivistischen Richtung der Politischen Geographie versucht wurde. Der vorliegende Aufsatz könnte es jetzt dabei belassen. Um aber das aktuelle Niveau, die Internationalisierung der Forschungsgemeinde, die inhaltliche Bandbreite sowie die (Fehl-)Entwicklungen der Kritischen Geopolitik aufzuzeigen, sollen hier Tagungsthemen sowie Beiträge genannt werden. Es handelt sich um ein buntes Kaleidoskop, bei dem weniger die Details, sondern das Puzzle insgesamt den Stand der Dinge vermitteln sollen. Zwei Hauptthemen bildeten das Rückgrat der Konferenz: „Integration and Desintegration of the Nation State“ und „Critical Geopolitics 2012“. Jeweils fünf Parallelsitzungen waren je drei Beiträge gewidmet. Die Themen der Sitzungen lauteten: „Narrating Changing State Structures“, „Producing Geopolitical Rationalities“, „Geopolitics, the State and Beyond“, „Language and Media“, „Sites and Spaces of (In)Security“, „Social and Political Movements“, „Knowledge Diffusion in a Geopolitics of Sport“, „(The) Critical Geopolitics of Global Inequality and Aid“ sowie „Territoriality and the Nation State“ und zuletzt „Geopolitical Visions and Imaginations“. Schon diese Aufzählung macht deutlich, dass hier hochaktuelle Themen des Faches und neueste internationale Entwicklungen aufgegriffen wurden. Die Eröffnungsrede durch David Newman (Ben Gurion University, Israel): „Bringing Political Geography and Critical Geopolitics together“ führte

bereits zu einer lebhaften Diskussion, bewies aber auch die Uneinigkeit der Teilnehmer in dieser Kernfrage. Alexander B. Murphy (University of Oregon) referierte über Deutung von Territorialität, Staat und Macht in Europa in Zeiten der Eurokrise und (einmal) aus amerikanischer Sicht.

Weitere Sitzungen und Referate griffen u.a. folgende Themen auf: wie sich die zunehmende Bedeutung von internationalen Organisationen/Institutionen auf die Einzelstaaten und deren Umgang mit der Macht auswirkt, wie soziale und politische Bewegungen Gesellschaften beeinflussen (können), wie die Verwendung von Sprache und Medien Macht hemmt oder befördert. Eindrucksvoll ein ungewöhnlicher Beitrag von Anton Gosar (University of Primorska, Slovenia): „Territorial identity in the integrating and disintegrating Europe. Biographical Reflection“. Gosar zeigte sowohl in seiner Biographie wie jener seiner Familienangehörigen die Absurditäten ideologischer Verbohrtheit, politischen Wandels und territorialer Grenzveränderungen auf - ein Plädoyer für ein geeintes Europa. Auch die Mehrzahl der anderen Referate bewegte sich theoretisch wie empirisch auf hohem Niveau; subjektiv herausgegriffen seien Sami Moisio (University of Oulu, Finland): „Critical geopolitics of the state“ und Virginie Mamadouh (University of Amsterdam): „Projecting national languages abroad: French, German, and English as European lingua franca“. Unter die Lupe genommen wurden geopolitische Images von und durch Hilfsorganisationen und die Vermarktung von Armut und Hunger, Marginalisierung durch ungleiche Wissensverteilung als Ausgangspunkt politischer Konflikte oder auch „ausgefallene“ Staaten im geopolitischen Diskurs wie Ukraine (Ievgenii Rovnyi, Goethe-Universität) oder Somalia (Anita Kiamba, University of Nairobi, Kenya). Ein Block widmete sich der Relation von Sport und Geopolitik, insbesondere auf die aktuellen Olympischen Spielen in London und Sotschi gerichtet. Viele Themen waren nonkonformistisch, aber spannend angelegt, dazu ein Beispiel: Elena Dell’Agnese (Università di Milano-Bicocca) zeigte Filmsequenzen zu Utopien über die künftigen Entwicklungen (bzw. über den Untergang) der Menschheit und versuchte daraus ein Konzept einer öko-kritischen Geopolitik abzuleiten.

Die Politische Geographie hat sich - nicht zuletzt durch die Entwicklungen in der kritischen Geopolitik - weit entfernt vom „moribund backwater“-Status (wie es um 1970 der bedeutende amerikanische Geograph Brian Berry formulierte). Die Mehrheit der Beiträge dieser Konferenz war anregend, spannend und food for thoughts. Was sich jedoch seit Durham 2008 nicht geändert hat - einerseits die enorme Bandbreite möglicher Themen, einsetzbarer Methoden und brandaktueller Diskurse des politischen Geschehens, andererseits leider auch das anhaltende Fehlen einer stringenteren Theoriebasis. Sollen wir uns damit zufriedengeben zu sagen (A.E.Parkins, 1934), „geography is what geographers do“?

Der Blick über den großen Teich - eine kritische Deutung der Critical Geopolitics in und aus den USA

Wissen ist Macht. Mit den Thesen von Lyotard, Foucault, Derrida müssen wir sagen, dass das „postmoderne Wissen“ die Rolle jeder Wissenschaft als Deutungs- und Disziplinierungsmacht „westlicher“ Wissensgesellschaft

ten betont. Damit formt die Politische Geographie ihren Gegenstand, den sie untersucht. Was sie als untersuchungswürdig befindet, schließt gleichzeitig andere mögliche Optionen aus. Sie analysiert und interpretiert politische Phänomene aus geographischer Sicht. Joe Painter dazu (2003, 637):⁶⁾ „it (H.N.:Political Geography) polices what counts as legitimate enquiry and disciplines, literally, the practices and productions of political geographers'. Both the generation and the limitation are the outcomes of the apparatus of academic disciplinarity; the journals, conferences, study groups, text books, courses and historiography“. Auch diese (Teil-)Disziplin ist inzwischen ein „auf anglophone Internationalität dressierter Wissenschaftsbetrieb“ (Reuber, 2012, 32). Dazu gehört schon einmal die exklusive Verwendung des Englischen bei internationalen Fachtagungen (auch die letzten Widerstandskämpfer der Francophonie verschwinden zunehmend). Joan Robinson spricht (in ironischer Anlehnung an post 9/11-Diskurse) von einer „axis of analysis which establishes the US-EU as a hegemonic zone of the production of knowledge“ (2003,648).⁷⁾ Es handelt sich aber weniger um die Achse US-EU, sondern eher um die Achse US-GB (Great Britain), d.h. um die beherrschende Stellung des anglophonen Wissenschaftssystems und Wissenschaftsapparats. Robinson definiert dies als KPIC (Knowledge Production Industrial Complex). Häkli geht in derselben Ausgabe der Zeitschrift Political Geography noch einen Schritt weiter und wendet das bekannte Weltmodell von Peter Taylor aus der Radical Geography an: „The hegemony could be seen as a set of concentric circles centered on Anglo-American Geography, followed by the circles of up-to-date Northern and Western Scholarship, more ‚parochial‘ geographies of the South and East, and finally Third World geography“ (Häkli 2003, 660).⁸⁾

Diese Aussagen treffen ins Mark. Hinter dem Wissen (der Kathederwahrheit der Wissenden) steht eine wissenschaftsinterne Geopolitik, die den machtvollen US-GB-Diskurs als state of the art versteht. Damit produziert die Politische Geographie pikanterweise Abhängigkeitsverhältnisse - also gerade jenes Fach, das die Aufdeckungsfunktion räumlich erkennbarer Ungleichheiten auf den Schild gehoben hat. Als Basis dienen häufig unreflektierte westliche Codes und Werte, die vom Selbstverständnis des „Eigenen“ ausgehen.

Durch die schiere Größe der akademischen Welt in den USA, durch die Bedeutung ihrer Spitzenuniversitäten und der darin Forschenden und Lehrenden, durch ihre Medien- und Publikationsdominanz, ihre materiellen Möglichkeiten der Forschung und ihre Vernetzung mit offiziellen Regierungseinrichtungen und privaten Think-tanks nimmt die permanente Wissensproduktion - auch der Kritischen Geopolitik - in den Vereinigten Staaten eine hegemoniale Position im internationalen Wissenschaftsbetrieb ein. Ein kurzer Blick in die Inhaltsverzeichnisse der führenden Fachzeitschriften „Political Geography“, „Geopolitics“, AAAG („Annals of the Association of American Geographers“) und „Antipode“ zeigt die Richtigkeit dieser Annahme.

Die wichtigste Vereinigung amerikanischer Geographen, die Association of American Geographers,

organisiert regelmäßig (auch) Konferenzen zu „New Directions in Critical Geopolitics“. Die Fachzeitschrift „Political Geography“ enthält im Jahrgang 29 (2010)⁹⁾ ein Special Issue, herausgegeben von Marcus Power und David Campbell, zu „The State of Critical Geopolitics“, Laura Jones und Daniel Sage analysieren ebenfalls „New directions in critical geopolitics: an introduction“ („Geojournal“, 2010).¹⁰⁾ Der Verlag Ashgate publiziert eine Buchserie „Critical Geopolitics“ (hrsg. von Klaus Dodds und Alan Ingram)¹¹⁾ und als jüngstes Kind einen voluminösen Band, herausgegeben von Klaus Dodds, Merje Kuus und Joanne Sharp: „The Ashgate Research Companion to Critical Geopolitics“ (2013).¹²⁾ Ich werde nachfolgend Anmerkungen zu diesen Veröffentlichungen machen. Die vorhin angesprochene Dominanz der anglo-amerikanischen Wissensproduktion dürfte aber aus diesen Hinweisen schon klar ersichtlich sein.

Immer wieder beißt sich die Katze in den Schwanz, und auf die Frage, was Geopolitik eigentlich ist oder sein sollte, reagiert Jason Dittmer gelassen mit: „*The term has a long history of meaning different things to different people.*“¹³⁾ Ja, das stimmt. Und warum sollte dies mit der Kritischen Geopolitik anders sein? Die Forschung in den USA hat sich tatsächlich in den letzten Jahren anders als im deutschsprachigen Raum entwickelt. Einfach formuliert, hinein in die alltäglichen Lebenswelten, Sorgen und Nöte und zugleich etwas weg von Analysen globaler Politikverfasstheit sowie der Text- und Bild-Dekonstruktion in streng konstruktivistischer Manier. Offensichtlich wird jetzt eine Brücke zu Handlungsanalysen (vor-)geschlagen. Jennifer Hyndman (2010, 247)¹⁴⁾ stellt die Gretchenfrage nach dem „Politischen“ in der Kritischen Geopolitik: „*the question of whether critical geopolitics is largely a discursive critique of prevailing knowledge production and geopolitical texts or critique with an implicit, normative politics of its own.*“ Ó Tuathail beantwortet die Frage nach neuen Wegen mit: „*Obviously, the affective (Hervorhebung H.N.) dimension of human behaviour is a very exciting agenda and one quite relevant to the practice of geopolitics*“ (2010, 316).¹⁵⁾ Aber dieser vielleicht bedeutendste Gründervater der Kritischen Geopolitik bleibt auch recht skeptisch (an gleicher Stelle): „*...But in exposing geopolitics as a convenient fiction, Critical Geopolitics reveals itself as a similarly convenient fiction of opposition. It is merely the starting point for a different form of geopolitics, one hopefully burdened less by nationalism and chauvinistic universals and more committed to cosmopolitan justice and self-critical analysis.*“

Dies scheint nun wirklich ein Wendepunkt in der Rezeption der Kritischen Geopolitik zu sein. Soll die zentrale Aufgabe des Faches die Dekonstruktion existierender Leitbilder etc. bleiben oder soll sie einem moralischen Impetus zur Weltverbesserung nachgeben? Im anglophonen Bereich schlägt das Pendel nun immer mehr in die neue Orientierung aus. Kritische Geopolitik wird weniger als eine Theorie angesehen, wie Raum und Politik zusammenhängen, sondern eher (nur) als Methode des Aufdeckens von Produktionen des Wissens. Es reiche nicht (mehr), Ursachen und Zusammenhänge (etwa von Kriegen) zu dekonstruieren, sondern es gelte, die „moralische Nähe“

zwischen „us and them“ (den Kriegsoffern) herzustellen und damit eine (auch persönliche) Betroffenheit zuzulassen. Insbesondere hat sich in diese neue Dimension die Feministische Geographie eingebracht, und hier wiederum Vertreterinnen der Feminist Geopolitics, Judith Butler, Jennifer Hyndman, Linda McDowell, Joan Robinson und andere.

Zugleich wird damit in die Diskussion die lokale Ebene menschlichen Verhaltens im Raum den „großen Fragen“ der Weltpolitik gleichwertig an die Seite gestellt: „*make space for non-essentialist politics on the ground*“ (Hyndman, 2010, 317). Diese Hinwendung zu den „kleinen Dingen, die zählen“, findet sich auch in anderen Bereichen der postmodernen Humangeographie, und es war nur eine Frage der Zeit, bis sie auch die Kritische Geopolitik erreicht. Sie firmiert in den USA unter „non-representational theory“ (NRT). Fraser MacDonald erklärt (unter Bezugnahme auf einen Essay von Nigel Thrift 2002), wie dies zu verstehen ist (2010, 318):¹⁶⁾ „*It's the little things - slating our mesmerized attention to texts and images ... attentiveness to 'little things': to objects; to the human body; and to the arena of words, namely, the dialogic significance of utterance itself and the ways in which 'little' words like 'the' and 'we' can have geopolitical importance. NRT's interest in matters of percept, affect and emotion, as well the focus on the most ordinary ('precognitive') forms of sociality is reframing the object of our geopolitical enquiry.*“ Dem möchte ich entgegenhalten, dass man dabei sehr leicht das Kind mit dem Bade ausschütten kann. Wenn die Kritische Geopolitik dabei die „Klassische“ aus den Augen verliert, können sich die realen militärischen Geostrategien der jeweils „Mächtigen“ wiederum ungehindert ausbreiten. Sollte sich die Kritische Geopolitik nur noch um die „kleinen Dinge“ kümmern und ihr ursprüngliches Anliegen aus den Augen verlieren, besteht die Gefahr, dass sie das gängige Politik- und Strategie-Machen nur kurzfristig zu stören vermag und mittelfristig zu einer akademischen Nische verkommt.

Um die Themenführerschaft und Vielfalt der amerikanischen Critical Geopolitics zu untermauern, seien hier noch weitere Themen/Titel zitiert. Die Serie „Critical Geopolitics“ des Verlags Ashgate¹⁷⁾ (hrsg. von Klaus Dodds, Alan Ingram und Merje Kuus) bewegt sich als prominente Fachvertreterin in diesem weiten Spektrum und deckt die „großen und kleinen Dinge“ ab. Die Einführung in die Buchreihe zeigt dies auf:

„*Over the past decades, critical geopolitics has become a prominent field in human geography. It has developed to encompass topics associated with popular culture, everyday life, architecture and urban form as well as the more familiar issues of security, inter-national relations and global power projection. Critical Geopolitics takes inspiration from studies of governmentality and biopolitics, gender and sexuality, political economy and development, postcolonialism and the study of emotion and affect... Methodologically, it continues to employ discourse analysis and is engaging with ethnography and participatory research methods.*“

Sicher dient ein solcher Einführungstext dazu, eine möglichst große Anzahl potenzieller Leser anzusprechen,

aber es ist doch überraschend, wie hier die „kleinen Dinge“ vorangestellt werden und der Kernbereich zweitrangig erscheint. Die op. cit. Frankfurter Konferenz 2012 hat ja auch vielfältig in diese Themenliste diffundiert. Bisher sind folgende Bände in der Reihe erschienen, durchwegs auf hohem Niveau und von bekannten Autoren:

Alan Ingram und Klaus Dodds (eds.) (2009): *Spaces of Security and Insecurity. Geographies of the War on Terror*. Eine Aufsatzsammlung, welche die globale und historische Komplexität von Sicherheit und Unsicherheit in vielfältiger Weise analysiert, mit Beiträgen von Alex Jeffrey, Nick Megoran, Jason Dittmer etc.

Jason Dittmer and Tristan Sturm (eds.) (2010): *Mapping the End Times*. Die größten Konflikte weltweit werden in diesem Band den religiösen Auseinandersetzungen und ihren politischen Implikationen zugeschrieben. Dem amerikanischen Exzeptionalismus wird nachgegangen durch Rekurse auf apocalyptic geopolitics, missionary geopolitics, the missionary geoscience of race, difference and distance. Besonders die Diskussion der Endzeit-Szenarien ist vergnüglich.

Scott Kirsch and Colin Flint (eds.) (2011): *Reconstructing Conflict*. Die schöne räumliche und zeitliche Dichotomie von Krieg und Frieden wird verworfen, weil die Realität ungleich vielschichtiger ist. Diese hässliche Wahrheit wird empirisch getestet u.a. an Völkermorden aus dem Blickwinkel der Rekonstruktion: Kambodscha, Aceh, Burma, Irak und mehr. Zuletzt: Luiza Bialasiewicz (ed.) (2011): *Europe in the World. Eine Analyse der „EU Geopolitics and the Making of European Space“* v.a. für die amerikanische Leserschaft.

Eine größere Anzahl singularer Titel außerhalb dieser Reihe mit politisch-geographischen und geopolitischen Inhalten ist ebenfalls in den letzten Jahren erschienen, u.a. *Conflict Hot Spots*, *Constructive Anarchy - Building Infrastructure of Resistance*, *Critical Toponymies - The Contested Politics of Place Naming*.

Auch daraus geht hervor, wie viel (zu viel?) unter dem Schirm der Critical Geopolitics Platz hat.

Zuletzt sei hier noch der neueste große Reader genannt, der dem momentanen state of the art dieser Disziplin entspricht: Klaus Dodds, Merje Kuus, Joanne Sharp (eds.) (2013): *„The Ashgate Research Companion to Critical Geopolitics“* (576 Seiten).

Methodisch-theoretische Kritik an der Kritischen Geopolitik und Ausblick

„Geography is what geographers do“. Diese lapidare, gleichwohl berühmte Aussage des amerikanischen Geographen A.E. Parkins (1934) kann als Totschlagargument für jede Diskussion herhalten. Es würde uns allerdings hier zur Klärung der Standortbestimmung der Kritischen Geopolitik nicht weiterhelfen. Die jüngsten Kongresse zur Thematik in Deutschland und die Recherche in der anglophonen Fachliteratur zeigen eines: Die Identitätskrise der Kritischen Geopolitik hält an wie jene der Geopolitik. Ihr Gegenstand, ihre Methoden und Beiträge zu sozialwissenschaftlichen Theorien bleiben umstritten.

Eine einstimmige Definition dessen, wofür sie stehen soll, wird nicht gefunden werden. Die Probleme mit der Kritischen Geopolitik beginnen schon mit dem Namen. Innerhalb der Humangeographie scheint klar zu sein, wofür sie entgegen der „klassischen Geopolitik“ steht. Aber der Begriff „Geopolitik“ in Nachbarwissenschaften wie Politikwissenschaften, Internationale Beziehungen oder in den Medien hat eine andere Konnotation. Für sie ist der Begriff „Kritische Geopolitik“ ein Widerspruch in sich, bestenfalls handelt es sich um eine „falsche“ Begriffskombination. Geopolitik steht seit Ratzel und Haushofer für die Nutzung der Macht durch die Mächtigen und gegen die Schwächeren und kann definitorisch gar nicht „kritisch“ sein hinsichtlich des Zustands einer Gesellschaft oder ihrer Machtbeziehungen. Das Dekonstruieren geopolitischer Diskurse und damit die Aufdeckung der dahinter stehenden Abhängigkeiten ist die später angebrachte Prägung durch die Geographen. Virginie Mamadouh (2010, 320)¹⁸ sagt es sehr klar: *„In geography, critical geopolitics seems a popular notion, but its attractiveness is possibly the sole result of the sexy combination of space and power. Nevertheless as all popular concepts it tends to become diluted into the variety of meanings attributed to it while being used ... Expanding in all directions is good to reach a critical mass and get leverage for a sustained research effort, difficult to achieve in geography, a rather small, though - in terms of topics, epistemologies and methodologies - extremely diverse discipline. It is, however, detrimental to the power of a notion to define its niche and to communicate its specific expertise to the outside world.“* Also, wo liegen die Schwachpunkte der „sexy combination of space and power“?

In meinem Beitrag in ÖMZ 1/2010 habe ich bereits drei wichtige Kritikpunkte umrissen. Sie sind seither nicht nur nicht verschwunden, sondern die Liste hat sich ausgeweitet. Damals ging es um das ungeklärte Verhältnis der Diskurs- mit der Handlungstheorie, den beiden wichtigsten Forschungsrichtungen der postmodernen Politischen Geographie, um die mangelnde Selbstreflexion bei der Enttarnung der „klassischen Geopolitik“ und überheblicher Anmaßung des eigenen (für allein richtig befundenen) Agierens; und um die Frage der eigenen Politikfähigkeit (Ethik oder Moral der kritischen Verantwortlichkeit). Das größte Problem liegt aber in der konzeptionellen Heterogenität des Ansatzes, der wiederum auf pluralistischen Importen von (Teil-) Theorien beruht. Da moderne und postmoderne Makrotheorien inkompatibel sind, sind auch die Versuche, einzelne ihrer Teilbereiche miteinander zu kombinieren, nicht von Erfolg gekrönt. Was heißt eigentlich „kritisch“? Es gibt sehr unterschiedliche Auffassungen hiezu. Interessant ist damit die Frage, ob die Kritische Geopolitik letztendlich nur eine neue (maskierte) Geopolitik ist. Der Vorwurf der Beliebigkeit von Theorieimporten, Methodenauswahl und Deutungsunterschieden steht im Raum. Nehmen wir den Kernbegriff „Dekonstruktion“ - ist er ontologisch oder als Werkzeug der Analyse von Macht zu verstehen? Die jetzt in den USA stark propagierte Koppelung von subjektorientiertem Akteursverständnis mit dem diskursiven Untersuchen geopolitischer Vor- und Darstellungen geht

nicht wirklich zusammen. Das Akteurskonzept aus den Handlungstheorien (des methodologischen Individualismus) wird etwa so eingebracht, dass die geopolitischen Leitbilder von Schlüsselakteuren analysiert werden. Diskurse sind dann nur noch strategische Ressourcen, die für die Ziele von Handelnden verwendet werden können. Zur Popularität der Kritischen Geopolitik hat aber gerade diese Vermischung von streng genommen Unvereinbarem beigetragen. Das ist ein Kernproblem der traveling theories in den Sozialwissenschaften. Bewahrt der Mangel einer „Großen Theorie“ die Kritische Geopolitik vor ihrer „Ideologisierung“ (viele Fachvertreter lehnen gerade deshalb die Schaffung eines theoretisch-methodischen verbindlichen Kanons kategorisch ab), oder führt eine solche Einstellung nicht zwangsläufig früher oder später zur Zerstörung der Kernkompetenz des Faches (m.E. der Dekonstruktion geopolitischer Diskurse und Leitbilder)?

Unwiderlegt bleibt bisher die Feststellung einer Bevorzugung „empirischer Anschlussfähigkeit“ der Kritischen Geopolitik auf Kosten „terminologischer Tiefenschärfe“ durch Marc Redepenning (2006).¹⁹ Der Ansatz der Dekonstruktion und der gleichzeitige Anspruch einer betont politisch-normativen Verortung in einem „kritischen Sozialkonstruktivismus“ scheinen mir inkompatibel zu sein. Der Ruf nach politisch aktivem Engagement mit dem moralischen Anspruch einer Verbesserung der Welt geht aus dem zuvor Dargelegten über die anglophone Entwicklung des Faches deutlich hervor. Dazu noch ein Zitat von Jones und Sage (2010, 322): *„For what this eclecticism reflects is also what makes critical geopolitics both a stimulating and necessary intellectual and political project, that is its ability to critically engage in some of the most pressing issues and debates concerning the global spatialization of political struggles - war, terror, security, migration, domination and imperialism, religion, human rights, environmental risk - across multiple theoretical and methodological perspectives, from which more progressive and/or ethical alternatives to ‚how things might be‘ may be explored and put into practice,“*

Manche Autoren sehen gar nicht den Unterschied zwischen „Welt erklären“ und „Welt verbessern“, widersprechen sich selbst und den anderen innerhalb derselben Publikation. Ist die Wissensproduktion und deren Veröffentlichung das, was Vertreter der Kritischen Geopolitik leisten sollen, oder bedarf es des aktiven Einsatzes im öffentlichen (politischen) Leben? Viele Forscher plädieren für diese Ausweitung mit Übernahme von Konzepten aus der Radical Geography, Kritischen Geographie, Feministischen Geopolitik und anderen.

Dies führt auch zur Frage der aktiven Politikberatung, wobei unweigerlich der Vorwurf auftaucht, nur neue geopolitische Repräsentationen zu schaffen - wie sollen Dekonstruktion und Politik-Machen zusammengehen? Welcher Politiker will schon hören, auf welchen Füßen seine Werte, sein Weltbild und sein Handeln stehen? Von Denkfabriken werden operationalisierbare, konkrete Handlungsanleitungen oder Spielvarianten geopolitischen Rasonierens erwartet, dafür werden sie auch finanziert. Als bloße Mahner und Verhinderer aktiver

Politikgestaltung im „Großen“ und Mitgestalter „kleiner Alltagswelten“ machen sich die Vertreter der Kritischen Geopolitik entbehrlich.

Vielversprechender scheinen mir für das Fach andere Wege zu sein:

Weg vom hegemonialen Diskurs des „Westens“ und verstärktes Augenmerk auf den „Rest“ der Welt; weniger Verbleiben in den Bereichen der formalen und populären Geopolitik zugunsten der praktischen Geopolitik; stärkere Querverbindungen zur Politischen Ökonomie und Politischen Ökologie, geoökologischen und geökonomischen Ansätzen insgesamt; mehr Gewicht auf die Untersuchung von Medien und Medienanalysen legen. Andererseits - in einer Zukunft der Netzwerkgesellschaft ist es vielleicht doch nicht mehr so wichtig, kollektiv Forschungsprioritäten zu setzen. Es ist durchaus denkbar, dass sich jenseits von (Kritischer) Geopolitik eine kritische Gegenöffentlichkeit (über Internet, Twitter, Facebook) formiert, die sprachmächtig agiert und die Einsatzpläne von Politik-Machern und ihrer Helfer durchkreuzt. Die Orchestrierung von Angstkampagnen durch Medien (insbesondere Fernsehen), um die Akzeptanz militärischer Operationen zu gewährleisten (Irak, Afghanistan) hat in den letzten Jahren herbe Rückschläge erlitten. Die jüngste Kehrtwende hinsichtlich der Bestrafungsaktionen gegen Syrien ist der (nicht mehr) schweigenden Mehrheit der US-amerikanischen Bevölkerung geschuldet. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) John A. Agnew: Not the Wretched of the Earth: Osama bin Laden and the „Clash of Civilizations“. In: The Arab World Geographer 4, Nr. 2. In: Forum on 11 September 2001 Events. 2001.
- 2) Shadia Hussein de Araujo: Jenseits vom „Kampf der Kulturen“. Imaginative Geographien des Eigenen und des Anderen in arabischen Printmedien. Bielefeld 2011.
- 3) Paul Reuber: Politische Geographie. Schöningh UTB, Paderborn 2012.
- 4) Heinz Nissel und Christine Embleton-Hamann: Down to Earth - IGC Cologne 2012. 32. Weltkongress der Geographie in Köln, August 2012. In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft (MÖGG), 154. Jg. Wien 2012, S.341-346.
- 5) Ebenda., S.347-349.
- 6) Joe Painter: Towards a post-disciplinary political geography. In: Political Geography 22 (6), 2003, S.637-639.
- 7) Joan Robinson: Political Geography in a postcolonial context. In: Political Geography, 22 (6), 2003, S.647-651.
- 8) Jouri Häkli: To discipline or not to discipline, ist that the question?. In: Political Geography 22 (6), 2003, S.657-661.
- 9) Marcus Power and David Campbell (eds.): Special Issue on „The State of Critical Geopolitics“. In: Political Geography 29 (5), 2010, S.243-298. Mit Beiträgen u.a. von Gerrard Ó Tuathail, Jennifer Hyndman, Simon Dalby u.a.
- 10) Laura Jones and Daniel Sage: New directions in critical geopolitics: an introduction. With contributions of Gerard Ó Tuathail, Jennifer Hyndman, Fraser MacDonald, Emily Gilbert and Virginie Mamadouh. In: Geojournal 75, 2010, S.315-325.
- 11) Alan Ingram and Klaus Dodds (eds.): Critical Geopolitics Series, Ashgate, 2009ff.
- 12) Klaus Dodds, Merje Kuus and Joanne Sharp (eds.): The Ashgate Research Companion to Critical Geopolitics. Farnham (GB), Burlington (US), 2013.
- 13) Jason Dittmer: Buchbesprechung von R. Pain and S.J. Smith (ed.): Fear: critical geopolitics and everyday life. 2008. In: Progress in Human Geography 33 (6), 2009, S.874.
- 14) Jennifer Hyndman: „The question of the ‚political‘ in critical geopolitics“. In: Political Geography 29 (5), 2010, S.247-255.
- 15) Geraoid Ó Tuathail: Opening remarks. In Jones and Sage, a.a.O. 2010, S.316.

- 16) Fraser MacDonald in Geojournal 75, 2010 a.a.O., S.318.
17) Siehe dazu www.ashgate.com/humangeography und www.ashgate.com/politicalgeography.
18) Virginie Mamadouh: critical geopolitics at a (not so) critical junction. In: Jones and Sage, a.a.O. 2010, S.320f.
19) Marc Redepennig: Wozu Raum? Systemtheorie, Critical Geopolitics und raumbezogene Semantiken. Leipzig 2006.



**Ao. Univ.-Prof. i.R.
Univ.-Doz. Dr.
Heinz Nissel**

Geb. 1943; Präsenzdienst im Bundesheer 1962/63. Studium der Geographie, Soziologie und Philosophie an der Universität Wien, Post Graduate Studies 1970/71 an der Univ. Bombay. Doktorat 1974 in Wien; 1974-1988 tätig an den Universitäten Köln, TU Berlin und Marburg; ab 1990 am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien; 2000-2009 ao.Prof.; weiterhin aktiv in Forschung und Lehre; seit 2002 Mitglied der Wissenschaftskommission beim BMLVS; Gastprofessor in Bombay (Mumbai), Münster, Berlin (Humboldt) und Klagenfurt. Gründungsmitglied der Orient-Akademie, Wien; im Vorstand der Österr. Geographischen Gesellschaft (ÖGG), der Gesellschaft für Technologiepolitik (ÖGTP) und der Österr.-Indischen Gesellschaft (Austro-Indian Society). Forschungsschwerpunkte: Politische Geographie, Geopolitik, Stadtforschung (insbesondere Megacities), Indien; zahlreiche Publikationen. e-mail: heinz.nissel@univie.ac.at.

Was heißt Verteidigung im 21. Jahrhundert?

Vortrag vor dem Internationalen Herbstseminar 2013 in Luzern
am 27. September 2013

Klaus Naumann

Europa ist weitgehend befriedet. Kriege, die Staaten zum Opfer einer die staatliche Existenz gefährdenden Aggression werden lassen könnten, sind so gut wie unwahrscheinlich. Das ist die große Friedensleistung der EU, für die sie zu Recht den Friedensnobelpreis erhielt, eine Leistung allerdings, die ohne die nach außen schützende, nach innen Spannungen unter den Staaten Europas ausgleichende Präsenz amerikanischer Truppen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor nunmehr 68 Jahren kaum möglich geworden sind.

Die neutralen Staaten Europas haben von dieser Entwicklung ohne Zweifel profitiert, stehen aber angesichts der Lage, dass der Bürger kaum noch eine Gefährdung seines Landes zu erkennen vermag, vor den Fragen, die auch die Menschen in den international gebundenen Staaten Europas stellen: Wozu brauchen wir noch Streitkräfte, wogegen müssen wir uns schützen? Auf diese Frage geben unsere Politiker in Deutschland keine Antwort. Das Thema Verteidigung findet in der öffentlichen Diskussion nicht statt, man sah das im Wahlkampf mehr als deutlich.

Die Menschen sehen zwar Unsicherheit jenseits der Grenzen, doch darüber spricht niemand in der Politik. Die Bürger Europas fühlen sich aber nicht bedroht und sehen deshalb überwiegend keine Notwendigkeit sich einzumischen, sie sind selbst gegenüber Bündnisverpflichtungen mehr als zurückhaltend. Hinzu kommt die Ermüdung nach dem langen, im Ergebnis aber doch fragwürdigen Einsatz in Afghanistan. Auch die USA sind von dieser Stimmung erfasst. Sie werden zwar nicht in den Fehler des Isolationismus verfallen, Präsident Obama hat dies gerade diese Woche vor der UNO nachdrücklich bestätigt. Sie wissen, dass sie jetzt und bis auf Weiteres die einzige Ordnungsmacht dieser Welt sind, aber sie werden nicht mehr wie im vergangenen Jahrhundert dreimal zur Rettung Europas eingreifen. Vielleicht werden Historiker im späten 21. Jahrhundert dann von der Obama-Doktrin sprechen: Europe to the Europeans.

Gefahren für Europa gibt es freilich zuhauf, aber sie sind nicht direkt fassbar, schwer zu vermitteln und vielfach nicht militärischer Natur. Die Frage stellt sich deshalb nicht nur in der Schweiz: „Was heißt Verteidigung im 21. Jahrhundert?“, auch wenn die Schweizer gerade die Wehrpflicht eindrucksvoll bestätigt haben. Doch vielleicht

stellt sie sich hier sogar drängender, weil sie national zu beantworten ist, während die Mitglieder von NATO und EU zur Begründung ihrer Verteidigungsanstrengungen auf internationale Einschätzungen und Verpflichtungen verweisen können.

Ich will deshalb so vorgehen, dass ich zunächst allgemein die Gefahren der Zukunft und denkbare Formen künftiger Konflikte skizziere, dann frage, ob und in welchem Umfang diese auch in Europa wirksam werden können, und mit der Frage abschließe, welche Folgerungen daraus für Europas Streitkräfte zu ziehen sind.

Die langfristig wirksamen Gefahren und die Konfliktformen der Zukunft

Die strategische Großwetterlage ist gekennzeichnet durch die nun seit 2008 anhaltende globale Wirtschafts- und Finanzkrise, die eine Welt in anhaltendem Umbruch, ohne Weltordnung und ohne verbindende Werteordnung erschüttert.

Es zeichnet sich eine Welt mit mehreren Polen politischen Handelns ohne eine eindeutig dominierende Macht ab, in der neben staatlichen zunehmend auch nicht-staatliche Akteure handeln werden. Diese werden, weil das Gewaltmonopol der Staaten zu brechen scheint, sogar Staaten herausfordern können. Es ist eine Welt, in der es weiter Konflikte geben wird, aber keinen einzigen Konflikt, den man allein mit militärischen Mitteln lösen könnte. Es ist eine Welt, in der kein Staat auf sich allein gestützt mit den Sicherheitsproblemen unserer Zeit fertig werden kann, aber auch keiner glauben darf, die ausschließliche Nutzung von „soft power“ allein bringe dauerhafte Sicherheit. Fraglich ist damit auch, ob die Abstützung auf Neutralität noch ausreicht, eine Frage allerdings, die nur die neutralen Staaten alleine für sich beantworten können.

Die aktuellen Krisen

Europa hat auch ohne die EU/EURO-Krise eine Reihe ungelöster Probleme, auf dem Balkan, im Kaukasus, im Verhältnis zur Türkei und in seinem Vorfeld von Marokko bis zum Arabischen Golf. Auch Afghanistan wird ein Problem bleiben, auch nach dem Abzug der meisten Truppen im Jahr 2014. Es werden dort voraussichtlich Truppen bleiben, um den Afghanen zu helfen, das Erreichte zu

sichern, sofern die gegenwärtig noch strittigen Rechtsfragen gelöst werden können. Doch selbst dann ist fraglich, ob und wann das Land zur Ruhe kommen wird; zu groß sind die Spannungen im Land, und zu gegensätzlich sind die Interessen der Nachbarn, die Afghanistan als Spielball ansehen.

Vorrang für Europa müssen die Überwindung der Finanzkrise und die innere Festigung der EU haben, denn nur dann kann Europa handlungsfähig werden. Würde diese Herausforderung gemeistert und würde Europa zusätzlich Schritte in Richtung einer wirklichen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik tun, dann könnte es vermutlich mit den meisten der mittelfristig zu erwartenden Turbulenzen ohne zu große Risiken für die Sicherheit seiner Bürger fertig werden. Doch die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik geschieht, während Europas Vorfeld brennt, Europa aber dennoch überwiegend nach innen sieht. Bedenken Sie nur die vermutlich noch eine Weile anhaltende Instabilität in Ägypten, den längst zum Stellvertreterkrieg gewordenen Konflikt in Syrien, den keineswegs gelösten Streit um die atomare Bewaffnung des Iran, die derzeit nahezu unmöglich gewordene Zweistaatenlösung für den Dauerbrenner Israel/Palästina, die nur verdeckte Probleme Tunesiens und Libyens, die reale Gefahr eines Zerfalls Syriens und auch des Irak und die daraus resultierenden Probleme für Israel, Jordanien und den Libanon und das latente Risiko einer instabil werdenden Türkei. Ich nehme an, Sie stimmen zu, das Vorfeld brennt.

In keinem dieser Konflikte spielt Europa eine gewichtige Rolle, vielleicht auch weil Europa in der „Arabellion“ vermutlich verkannte, worum es wirklich geht: Es ging und geht nicht um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit westlicher Prägung. Es geht darum, die Hoffnungslosigkeit einer vielfach gut ausgebildeten Jugend auf eine eigene, nach ihren, auch vom Islam geprägten Vorstellungen gestaltete Zukunft zu beseitigen. Die Ausweglosigkeit, geboren aus bis zu 40% Arbeitslosigkeit der Jungen, ist das Motiv. Europa muss dort handeln, nicht nur reden, damit diese Jugend ohne Hoffnung nicht ohne unsere Zustimmung in das alte, nach Bevölkerungszahlen abnehmende, aber noch immer sehr reiche Europa kommt. Die jungen Akademiker des Maghreb und der arabischen Welt wissen, dass in der EU 20 Millionen qualifizierte Arbeitskräfte fehlen, dass keine Chance besteht, all diese Lücken aus der stattlichen Zahl arbeitsloser, aber vielfach nicht ausreichend qualifizierter Europäer zu schließen und dass der Bedarf wegen der alternden und abnehmenden Bevölkerung Europas sogar noch wachsen wird. Viele junge Menschen aus Nordafrika und aus der arabischen Welt dürften deshalb ihre Zukunft in Europa sehen. Europa muss daher seine EU-Scheuklappen abnehmen und prüfen, ob die Unruhe in Nordafrika Europa nicht doch eine Chance bietet. Es geht um Stabilität in Europas Vorfeld. Wir brauchen sie, um ungebremste Migration zu verhindern. Europa muss dabei wissen, dass es nicht mehr hoffen kann, Amerika werde es mal wieder richten. Die USA wollen und werden sich nicht mehr nachhaltig in Europa engagieren. Europa wird deshalb in allen Ländern des von mir schon 1991 so genannten Krisenbogens von

Marokko bis zum Indischen Ozean engagiert bleiben müssen. Vorrangig muss Europa durch Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit helfen, damit die Menschen in ihren Ländern bleiben. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Südrand des Mittelmeers Europas Auffangnetz gegen ungebremste Migration aus der Tiefe Afrikas bildet. Dort für haltbare stabile Verhältnisse zu sorgen ist vielleicht die sicherheitspolitische Herausforderung schlechthin. Doch dahinter steht schon die nächste: Europa wird sich überlegen müssen, wie es zur Sicherheit am Persischen Golf beitragen kann, sollten die Amerikaner diese Aufgabe nicht mehr übernehmen. Das aber dürfte geschehen, auch wenn Obama diese Woche noch einmal beschwichtigend Amerikas bleibendes Interesse an der Region betonte, weil die USA von dort spätestens ab 2025 weder Gas noch Öl brauchen, wir Europäer aber weiterhin.

Ich gehe nicht im Einzelnen auf die aktuellen Konflikte ein, möchte aber doch von einem sagen, dass er die Gefahr in sich birgt, die Welt zum Schlechteren zu verändern: Das ist der Streit um das iranische Atomwaffenprogramm.

Würde der Iran Atommacht, dann wäre das wohl das Ende des Atomwaffensperrvertrages; es wäre das Ende des Traumes von einer Welt ohne Atomwaffen und es könnte möglicherweise der Beginn eines neuen atomaren Rüstens in der Welt sein. Doch jüngste Äußerungen aus Teheran lassen ein wenig hoffen, wenngleich Präsident Rohani die Chance nicht genutzt hat, konkrete Vorschläge zu machen. Vielleicht hat man aber in Teheran ebenso wie jüngst in Moskau und Damaskus die Botschaft aus Washington doch verstanden: Man will keine Intervention, aber wenn man zu weit geht, dann wird dennoch gehandelt werden.

Diesen kurz- bis mittelfristigen Ausblick zusammenfassend kann man wohl sagen: Das strategische Umfeld Europas befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Europa ist von Unsicherheit umgeben. Europa wird handeln müssen, um dieses unruhige Umfeld zu stabilisieren. Das wird vorrangig andere als militärische Mittel verlangen, allerdings sind auch militärische Aktionen nicht auszuschließen. Die Operation Serval der Franzosen in Mali ist möglicherweise ein Modell derartiger künftiger überwiegend europäischer Operationen.

Langfristig aber, das möchte ich schon jetzt sagen, kann es nachhaltige Sicherheit für Europa nur im Bündnis mit den USA geben. Das hat Europa mit der NATO. Die strategische Rolle der NATO als zentraler Garant europäischer Sicherheit ist heute so unentbehrlich wie einst im Kalten Krieg. Die NATO bleibt in ihrer nuklearen Schutzfunktion, in ihrer Fähigkeit, Versicherung vor Russland zu geben und damit die Voraussetzung für Kooperation zu schaffen und als Träger von Raketenabwehr kurz- wie mittelfristig unersetzlich, aber auch als ausgleichendes Element in einem Europa voll zunehmender Ungleichheit. Langfristig könnte sie Ausgangspunkt und Grundlage einer neuen weiter gefassten Schutzvereinbarung zwischen den Demokratien Europas und Nordamerikas sein, die dann die hoffentlich aus den TTIP Verhandlungen entstehende Vereinbarung einschließt. Doch lassen Sie mich nun den Blick noch weiter in die Zukunft richten, in eine unruhige und unberechenbare Welt.

Ich beginne dazu mit den generellen Entwicklungen, modern ausgedrückt den Megatrends:

1. Wir werden die Entwicklung einer Welt mit vielen regionalen Machtzentren erleben ohne eine unumstrittene Ordnungsmacht. Einzig die USA werden in allen Machtkategorien global handlungsfähig sein, sie werden durch die Schiefergasrevolution sogar noch stärker, aber sie dürften sich nach innen wenden. Eine solche multipolare Welt ist instabil.

2. Wir werden eine zunehmend urbanisierte Welt mit riesigen Städten erleben, in der neue, fast von jedermann zu nutzende Technologien, vermehrte und zunehmend international kooperierende Kriminalität, innerstaatliche Konflikte und, als Folge unregierbar werdender zerfallender Staaten, auch Konflikte zwischen Staaten entstehen könnten.

3. Es könnte eine Welt entstehen, in der die gewohnten Ordnungen von Staaten und Gesellschaften auch hier in Europa zerbrecen könnten, wenn sie sich in den Augen der Jugend als unfähig erweisen, mit den zunehmend komplexer werdenden Fragen der Zukunftssicherung fertig zu werden. Eine ungeduldige Jugend ohne Hoffnung könnte irrigerweise die Lösung im Zerschlagen alter Ordnung sehen.

In dieser Welt ohne Weltordnung und ohne eine verbindende Werteordnung gibt es die alten Konfliktursachen wie ungelöste territoriale Ansprüche, ethnische Probleme und religiöse Spannungen, doch es treten drei neue hinzu: demographische Verschiebungen, Ressourcenknappheit und die Folgen des wahrscheinlichen Klimawandels.

In dieser Welt braucht jeder Staat und auch jedes internationale Bündnis zur Krisen- und Konfliktbewältigung alle Mittel der Politik, und man muss diese in einem vernetzten und koordinierten Ansatz regional wie auch global nutzen können.

Es ist eine Welt, in der die herkömmlichen Sicherheitskonzepte wie Abschreckung nicht mehr oder nur noch zum Teil greifen, aber es ist doch eine Welt, die vermutlich unverändert im äußersten, wohl eher als Ausnahme denn als Regel zu sehenden Fall auch künftig hie und da militärisches Eingreifen und Handeln verlangen wird, keineswegs immer nur, wie gewohnt, reaktiv, sondern manchmal vermutlich sogar präventiv.

Demographie

Nach meiner Ansicht werden die demographischen Veränderungen in unserer Welt in Verbindung mit Ressourcenmangel und Klimawandel die möglicherweise schwerwiegendste Konfliktursache der Zukunft sein.

Europa muss mit seinen alternden und schrumpfenden Gesellschaften Zusammenhalt, Wohlstand und ein gewisses Maß an sozialer Sicherheit sichern. Das wird schwer, wenn Landstriche entvölkert werden und viele Menschen ihre Wurzeln verlieren. Die heutigen sozialen Systeme Europas sind nicht finanzierbar, wenn man gleichzeitig Innovation und Produktivität bewahren will. Zusammenhalt und soziale Sicherheit aber sind die Voraussetzung, um dem auch ohne Klimawandel steigenden Bevölkerungsdruck aus Afrika und auch dem Nahen Osten zu begegnen. Schon 2020

könnten nach Schätzungen der Weltbank 250 Millionen Flüchtlinge aus dem Süden Afrikas, getrieben von Durst und Hunger, auf dem Weg nach Norden sein. Europa wird deshalb unter enormen innenpolitischen Spannungen und unter gleichzeitigem Druck von außen, Wege suchen müssen, wie es diesem Migrationsdruck standhalten kann, ohne sein Wertesystem Gefahren auszusetzen.

Viel dramatischer noch ist die Lage Russlands. Die Bevölkerung dürfte auf weniger als 100 Millionen Menschen sinken, davon könnte die Mehrzahl um das Jahr 2050 muslimisch sein. Aus Sibirien, dieser riesigen, unglaublich rohstoffreichen Region, könnten die heute dort lebenden sechs Millionen Russen verschwinden, aber wohl kaum die gegenwärtig vier, dann sicher mehr Millionen illegaler chinesischer Immigranten. Diese Entwicklung stellt Russland vor riesige Probleme. Käme es zu äußeren Krisen, dürfte Russland sie kaum noch aus eigener Kraft bewältigen können.

China wird ebenfalls Überalterung erleben, damit wird die unzureichende Altersversorgung zum gesellschaftlichen Spaltpilz. Die direkte Folge wird Arbeitskräftemangel sein, zusätzlich wird, als Folge der Ein-Kind-Politik, lebenslanger Frauenmangel für bis zu 50 Millionen chinesischer Männer die Gesellschaft Chinas belasten. Daraus entstehen bei anhaltender Urbanisierung steigende Kriminalität, eine weiter wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und damit gesellschaftliche Konflikte, die durch die unglaublichen Umweltprobleme, aber auch durch regionale ethnisch-religiöse Probleme wie jene mit den moslemischen Uiguren oder mit den Tibetern noch verschärft werden könnten.

Probleme anderer Art dürfte Chinas asiatischer Rivale Indien haben, das schon bald das bevölkerungsreichste Land der Welt, aber eben auch unverändert das Land der krassen Gegensätze sein wird. Die Klüfte zwischen gebildet und ungebildet, zwischen Arm und Reich, zwischen den Religionen und zwischen den Ethnien dieses Vielvölkerstaates mit seinen 19 offiziellen Sprachen werden bestehen bleiben, vielleicht sogar wachsen. Beide Staaten, China wie Indien, müssen daher mit erheblichen inneren Problemen rechnen und werden kontinuierlich ein reales Wirtschaftswachstum von etwa 8% brauchen, um ihre Völker ruhig zu halten.

In den USA nimmt die Bevölkerung zu und bleibt so jung wie heute, doch könnte die wachsende Zahl der Hispanics und der Asiaten die bestehende Spaltung der Gesellschaft sogar noch verstärken und die Abwendung von Europa beschleunigen. Insgesamt jedoch werden die USA keine demographisch begründeten Spannungen erleben, denn das voraussichtliche Wirtschaftswachstum, gespeist durch Schiefergas und -öl wird es Amerika erlauben, weiterhin der große Schmelztiegel zu sein, aus dem am Ende doch eine amerikanische Identität entsteht.

Bevölkerungswachstum werden neben den USA nur Indien und Südamerika, v.a. aber Afrika und die arabische Welt erleben, und daraus entsteht Europas Problem: Migrationsdruck, der in alternden und abnehmenden Bevölkerungen zu Konflikten führen kann.

Ressourcenmangel

Zusätzlich wird diese Welt, allein schon wegen der wachsenden Zahl von Menschen, mit gewaltigen Ressourcenproblemen fertig werden müssen. Auch ohne Klimawandel wird es immer schwerer werden, die Menschheit unterzubringen und zu ernähren, v.a. wird das heute schon bestehende Trinkwasserproblem noch größer werden. Treffen die Schätzungen der Weltbank zu, wonach der Lebensmittelbedarf bis 2030 um 50% steigen wird, dann dürfte Wassermangel auch ohne Klimawandel zur Konfliktursache werden. Derzeit sind 870 Millionen Menschen, davon alleine 300 Millionen Chinesen, ohne Zugang zu Trinkwasser. Nur 67% der Menschheit haben genug Wasser, um in annehmbaren hygienischen Verhältnissen zu leben, rund 1.000 Kinder sterben täglich, weil sie verschmutztes Wasser getrunken haben. Für die Mehrzahl der Quellgebiete der großen Flüsse unserer Welt gibt es kaum Nutzungsvereinbarungen unter den Staaten, die von diesen Flüssen leben; die rühmliche Ausnahme ist der Indus-Vertrag von 1960 zwischen Indien und Pakistan. Konflikte um Wasser wird es deshalb im 21. Jahrhundert mit großer Sicherheit geben, Staudammprojekte können die Sache noch schlimmer machen. Führen Sie sich dazu die in Tibet liegenden Quellen des Mekong vor Augen, ein gutes Beispiel für die vielfältige Bedeutung von Wasser: Für China geht es um Trinkwasser und Wasser für die Landwirtschaft, für Vietnam um die von den Dämmen aufgefangenen Schwemmstoffe, die das Mekongdelta zur Reiskammer Indochinas machen.

Wie ernst China das Wasserproblem schon heute nimmt, zeigen seine gewaltigen Anstrengungen zur Wasserversorgung. Bis 2014 sollen insgesamt rund 3.000 Kilometer Kanäle und Tunnel fertig sein, um aus dem Jangtse-Becken jährlich 36 Kubikkilometer Wasser, das ist ein Dreiviertel des Bodensees, nach Norden zu pumpen. Mehr als 30 Mrd. USD hat das bislang gekostet. Zusätzlich entstand am Gelben Meer mit israelischer Hilfe eine gewaltige Meerwasserentsalzungsanlage für rund vier Milliarden USD Baukosten, die 2,6 Millionen Kubikmeter Trinkwasser pro Tag erzeugen soll, eine schon jetzt für die Region nicht ausreichende Menge.

Aber auch um andere Ressourcen dürfte es Streit geben, nicht einmal vorrangig um Öl und Gas. Für große Teile Europas könnte das größte Problem der Mangel an Metallen und Seltenen Erden werden. Beträchtliche Segmente der Industrieproduktion hängen weltweit von deren Verfügbarkeit ab. Verteilungs- und Zugangskonflikte sind nicht auszuschließen, nicht zuletzt auch wegen des Rohstoff-Kolonialismus der VR China.

Klimawandel

Er ist die Konfliktursache Nummer drei. Man liest, dass er sich noch beschleunigen könnte. Vor Europas Haustür liegt eines der am stärksten betroffenen Seegebiete, der Arktische Ozean. Er könnte ganz oder für den überwiegenden Teil des Jahres in den nächsten 20 Jahren eisfrei werden. Die Folge: Es wird neue, 5.000 Seemeilen kürzere Seewege nach Asien geben, das bedeutet eine Woche kürzere Seefahrt, neue Umschlaghäfen, vielleicht in

Island oder Spitzbergen, und neue Herausforderungen für die Überwachung eines riesigen, bislang kaum überwachten Seegebietes. Für Nationen mit großen Handelsflotten sicher ein Problem, ein weiteres übrigens, das national nicht mehr zu lösen ist.

Im Arktischen Ozean wird es zudem neue Abbaumöglichkeiten geben, immerhin werden dort 15% der Öl- und 25% der Gasreserven der Welt sowie erhebliche Vorkommen an Mineralien und Metallen vermutet. Beides könnte bei teilweise noch offenen Hoheitsrechten Konflikte auslösen.

Schließlich dürfte der Klimawandel zu noch mehr Migrationsdruck auf Europa aus der Tiefe Afrikas führen; ich hatte die Weltbankschätzung von 250 Millionen Flüchtlingen im Jahr 2020 bereits erwähnt. Konflikte im Mittelmeerraum sind deshalb nicht auszuschließen. Europa ist auf sie in keiner Weise vorbereitet.

Am dramatischsten jedoch werden die Folgen des Klimawandels bei der Trinkwasserversorgung und bei der Nahrungsmittelproduktion sein.

Ich will nur ein besonders gravierendes Beispiel nennen. Hält das Abschmelzen der Gletscher des Himalayas an, dann könnte die Trinkwasserversorgung von mehr als zwei Milliarden Menschen, also etwa ein Fünftel der Menschheit 2050, gefährdet sein. Diese Gletscher sind nach Arktis und Antarktis die größten Süßwasserspeicher der Erde. Sie speisen den Indus, den Ganges, den Brahmaputra, den Mekong, den Gelben Fluss und den Jangtse. Diese Gletscher sind in den vergangenen 30 Jahren rasant geschrumpft und sie dürften weiter schrumpfen. Vergessen wir nie: Menschen können Hunger lange ertragen, Durst und Wassermangel dagegen kaum, man hat das in Darfur gesehen, dem vermutlich ersten Klimakrieg der Neuzeit.

Neue Konfliktformen

An Konfliktursachen besteht kein Mangel, und leider werden diese Konflikte auch noch leichter zu führen sein. Das Gewaltmonopol der Staaten könnte brechen, denn der Zugang zu Waffen und Mitteln der Gewaltanwendung wird immer leichter und deren Anwendung immer einfacher.

Die meisten Konflikte im 21. Jahrhundert werden aber ganz anders verlaufen als die bekannten Kriege zwischen Staaten. Diese sind in Europa mehr als unwahrscheinlich. Damit werden natürlich auch die gewohnten Formen der Kriegführung immer weniger anwendbar und alle, große wie kleine Staaten in Europa, müssen sich die Frage stellen, ob ihre Streitkräfteplanungen nicht dem Krieg von gestern zu viel Gewicht geben.

Die noch ungelöste Herausforderung ist es, neue Wege und Formen der Verhinderung der anderen, neuen Konfliktformen zu finden, in denen nicht-staatliche Akteure, die über das volle Gewaltpotenzial der Staatenwelt verfügen, sich mit Staaten anlegen könnten, oder die in der Lage wären, durch Cyber Operations Staaten zu lähmen und damit wehrlos zu machen.

Viele der Konflikte der Zukunft könnten als innerstaatliche Konflikte beginnen, und sie könnten ganz oder teilweise von nicht-staatlichen Akteuren, also Terroristen, organisierten Kriminellen, Söldnern und Piraten geführt

werden. Besondere Gefahr entsteht, weil die Proliferation von Massenvernichtungswaffen anhalten wird und weil das volle Spektrum von Cyber Operations genutzt werden dürfte.

Proliferation

Die Gefahr der Weitergabe von Atomwaffen wächst mit jeder neuen Atommacht. Die Welt hat bereits die Weitergabe von Atomwaffen durch Pakistan gesehen, Nordkorea dürfte wohl auch kaum zögern, und ein weiter in Isolation verharrender Iran wäre sicher auch ein Kandidat.

Für weit gefährlicher aber als Atomwaffen halte ich B-Waffen, die schon ab 2020 schwere neue Gefahren für die verwundbare, nur schwer zu schützende Staatenwelt bringen könnten. Sie entwerten alle Abschreckung, weil der Ursprung des Angriffs kaum noch zu erkennen ist - allein deshalb eine ideale Waffe für Terroristen. Auch Raketenproliferation dürfte weiterhin weitgehend ungebremst stattfinden, Gleiches gilt für die Weitergabe von Cruise Missiles und Drohnen. Alle Staaten Europas können somit von außen aus großer Entfernung getroffen werden, und keiner kann sich allein dagegen schützen, denn jede Raketenabwehr braucht eine auf global wirksame Sensoren gestützte Battle-Management-Architektur.

Cyber Operations

Das gilt auch für die Abwehr von Cyber Warfare. Der Cyberspace wird eine neue Dimension künftiger Konflikte. Schon mittelfristig könnten sich über Cyber Crime und Cyber Terror die Tore zum Cyber War öffnen. Bislang sind die zahlreichen heute bereits täglich stattfindenden Angriffe auf staatliche und kommerzielle Netzwerke fast ausnahmslos unterhalb der Schwelle eines auf Lähmung eines Staates zielenden Angriffs einzuordnen, aber das Potenzial der Angreifer wächst schneller als die Fähigkeit der Staaten zu ihrem Schutz, auch weil die Angreifer im Dunkeln bleiben. Die Entwicklung geht in Richtung einer umfassenden, den Gegner wehrlos machenden Lähmung, ohne kinetische oder zerstörende Gewalt anzuwenden. Sun Tsu hielt das schon vor 2.500 Jahren für die beste Form der Kriegführung. Sehr große Staaten dürften ab 2020 in der Lage sein, kleinere Staaten teilweise oder sogar ganz elektronisch auszuschalten, ohne dass der Angegriffene den Angreifer identifizieren kann. Aber auch Terroristen und Kriminelle dürften schon bald danach in der Lage sein, wesentliche Funktionen eines Staates für begrenzte Zeit ganz oder teilweise zu lähmen. Die Dimension dieser neuen Gefahr ist global. Hier entstehen neue, noch ungelöste Schutzaufgaben, aber erneut Aufgaben, die kein Staat noch allein auf sich gestützt lösen kann.

Aus den drei künftigen Konfliktursachen und aus den drei Trends für künftige Konflikte entstehen die größten Herausforderungen für die Staaten unserer Welt und für die bestehenden internationalen Organisationen. Niemand hat bislang ein schlüssiges Konzept, wie man solche Konflikte verhindern kann: Nukleare Drohungen gehen ins Leere, weil der Angreifer nicht lokalisiert werden kann, Gleiches gilt für Interventionen. Auch die beste Fähigkeit, klassischen Krieg führen zu können, bringt nichts, wenn der Gegner den Staat lähmen kann.

Schutzlos gewordene Staaten könnten zerfallen oder in die Hände von Kartellen fallen. Es zeichnet sich eine Welt voller Ungewissheit, Unsicherheit und Unordnung ab, in der die von uns beherrschten Instrumente der westfälischen Staatenordnung nicht mehr greifen, aber neue noch nicht entwickelt sein werden. Niemand in Europa ist derzeit auf die daraus entstehenden Gefahren vorbereitet, und auch das mächtigste Verteidigungsbündnis der Welt, die NATO, steht noch am Anfang.

Doch es bleibt kaum Zeit für zeitraubende Vorbereitung, denn das 21. Jahrhundert wird leider als ein unruhiges Jahrhundert weitergehen. Bislang weiß man nur, dass weder militärische Mittel allein noch pazifistischer Verzicht auf sie Frieden sichern kann, aber wie man wirksam Frieden erhalten kann, das weiß zur Stunde noch niemand. Es ist deshalb sinnvoll, die bestehenden staatlichen wie die internationalen Organisationen Schritt für Schritt und behutsam an die sich abzeichnenden Entwicklungen anzupassen und sie so umzugestalten, dass sie ihrer weiterhin gültigen Kernaufgabe - Schutz der Bürger und der Integrität der Staats- und Bündnisgebiete - auch morgen gewachsen sein werden.

Jeder Staat muss diese neuen Herausforderungen analysieren und daraus seine Folgerungen ziehen, nur dann kann man beantworten, was Verteidigung im 21. Jahrhundert heißt. Auch die Staaten Europas müssen für diese Welt ihre eigenen Vorstellungen entwickeln, und die gebundenen Staaten müssen die Sicherheitsstrategien von NATO und EU erheblich weiter entwickeln. Doch alle Staaten Europas haben Fragen der Sicherheit in den vergangenen zwei Jahrzehnten als nachrangig behandelt, Sicherheit als gegeben angesehen und die Sicherheitskräfte stark abgebaut. Die sicherheitspolitischen Optionen Europas schwinden somit gerade in dem Augenblick, in dem Europa Sicherheit braucht, um seine innere Krise zu bewältigen und in dem sich, wegen fehlender Handlungsfähigkeit Europas, seine sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA erhöht.

Was heißt Verteidigung vor diesem Hintergrund?

Natürlich bleibt Landesverteidigung die vorrangige Aufgabe eines jeden Staates. Sie ergibt sich aus der Schutzverpflichtung, die jeder Staat für seine Bürger hat. Dazu haben fast alle Staaten der Welt Streitkräfte aufgestellt. Sie sind Ausdruck staatlicher Souveränität, Instrument zum eigenständigen Schutz der Bürger und des Staatsgebietes einschließlich des Luftraumes und der Hoheitsgewässer vor äußerer Gefahr und Mittel zur Wahrung nationaler Sicherheitsinteressen.

Mein Land hat dieses Verständnis in Artikel 87 Grundgesetz ausgedrückt: „Der Bund stellt zur Verteidigung Streitkräfte auf.“ Das ist auch das Verständnis aller souveräner Staaten: Der Schutz der Bürger und des staatlichen Hoheitsgebietes ist Kernaufgabe eines Staates. Diese die Existenz von Streitkräften begründende Schutzverpflichtung des Staates ist auch in neueren Versuchen der Definition der Inhalte von staatlicher Souveränität, wie dem von den Vereinten Nationen 2005 gebilligten Konzept der „Responsibility to Protect“, letztlich Kern

staatlicher Souveränität, unabhängig von sich wandelnden Gefährdungen.

Aber Verteidigung ist heute deutlich mehr als territoriale Verteidigung, das Aufgabenspektrum wird breiter. Notwendig ist schon jetzt Schutz vor Lähmung durch Cyberangriffe, Schutz vor der Wirkung von ABC-Waffen und Schutz vor Angriffen mit bemannten oder unbemannten Fluggeräten, längerfristig kommen dazu vielleicht noch Roboter aller Art einschließlich der durch Nano-Technologie möglich werdenden Kampfmittel. Das verlangt den Verbund aller Sicherheitskräfte und das kann beispielsweise in Deutschland nachhaltige Änderungen in den nationalen Gesetzgebungen und in den staatlichen Organisationen nach sich ziehen.

Für die großen europäischen Staaten ist der Änderungsbedarf enorm. Sie dürfen sich nicht auf die Landes-, ja noch nicht einmal auf Bündnisverteidigung beschränken. Sie sollten in begrenztem Umfang Interventionskräfte bereithalten, um dem Erfordernis gerecht zu werden, den Gefahren dort begegnen zu können, wo sie entstehen. Nur so kann man Risiken vom eigenen wie dem Bündnisgebiet fernhalten. Zudem kann man nur mit solchen Fähigkeiten den Bedingungen gerecht werden, die sich aus dem Bündnis mit einer globalen Seemacht wie den USA ergeben. Der deutsche Traum, Sicherheit mit „Soft Power“ schaffen zu können, ist somit ausgeträumt. Er hat immer eine Welt hoher politischer Reife und eines ausgeprägten, weit verbreiteten Verständigungswillens vorausgesetzt. Eine solche Welt gibt es weder heute noch in der vorhersehbaren Zukunft. Verständigungsbereitschaft ist heute und in vorhersehbarer Zukunft nur zu erreichen, wenn man mit „Hard Power“ glaubhaft drohen kann. Die letzten Wochen haben das deutlich belegt. Deutschland muss, so schwer es den Deutschen fällt, einer der europäischen Staaten sein, die sich der Herausforderung stellen, Gefahren von Europa fernzuhalten.

Für neutrale Staaten stellen die Gefahren des 21. Jahrhunderts ein besonderes Problem dar. Wirksamer Schutz vor äußeren Gefahren und damit auch die Wahrung nationaler Sicherheitsinteressen können in der Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts mit ihren überwiegend globalen Gefahren nur noch durch Bündnisse oder internationale Organisationen erreicht werden. Es gibt in der Staatenwelt des 21. Jahrhunderts keinen Staat mehr, der in der Lage wäre, allein als Nationalstaat für seine Sicherheit zu sorgen. Den ungebundenen Staaten Europas stellen sich daher besonders schwierige politische Fragen, in die sich die Nachbarn nicht einmischen sollten. Sie müssen wissen, dass sie zwar ein gewisses Maß an indirektem Schutz durch Bündnisse wie NATO oder EU erhalten werden, aber sie müssen eben auch zur Kenntnis nehmen, dass sie auf die Entscheidungen dieser Organisationen so gut wie keinen Einfluss haben. Sicherheit im 21. Jahrhundert kann wirksam nur noch durch ein gewisses Maß an Einbindung in internationale Organisationen erreicht werden.

Für die gebundenen Staaten sind die zu treffenden Entscheidungen allerdings auch nicht gerade einfach. Sie müssten, wollen sie mit ihren begrenzten Ressourcen Personal und Geld Wirksames erreichen, in zunehmendem Maße bereit sein, in Teilen ihre staatliche Souveränität zum

Zwecke gemeinsamen Schutzes zumindest für bestimmte Teilaufgaben an internationale Organisationen zu übertragen. Denken Sie als Beispiel an Raketenabwehr. Sie wird, wie immer man die Abwehr konzipiert, zumindest in Teilen außerhalb der Gebiete europäischer Staaten beginnen und sie wird den Verbund aller Abfangmittel in einem Wirkungsverbund verlangen, für den sogar die Auslösebefugnis auf militärische Befehlshaber prä-delegiert werden muss. Bei Reaktionszeiten von dreißig Minuten oder weniger gibt es keine politische Abstimmung mehr, darauf zu bestehen hieße Menschenleben zu gefährden.

Ähnliches gilt für Cyber-Defence, zumindest wenn man neben der passiven Schutzkomponente auch aktive Möglichkeiten ins Auge fassen will, und diese sind notwendig, denn was ist schon ein Fechter wert, der sich nur auf die Parade beschränkt?

Cyber-Abwehr bedeutet schon gegenüber staatlichen Akteuren in vielerlei Hinsicht, Neuland zu betreten, auch in rechtlicher Hinsicht, doch noch viel mehr gilt das für das Handeln nicht-staatlicher Akteure, also die so genannten neuen Gefahren wie Terrorismus, Piraterie und organisierte internationale Kriminalität.

Die nicht-staatlichen Akteure werden in der Lage sein, das Gewaltmonopol des Staates zu brechen und sich Kriegswaffen aller Art, möglicherweise einschließlich Massenvernichtungswaffen, zu verschaffen und diese ohne Bindung an sittliche oder rechtliche Normen einzusetzen.

Die Herausforderung aller Rechtsstaaten wird es sein, diese Gegner in Schach zu halten, ohne selbst die Bindung an Recht und sittliche Norm aufzugeben. Abschreckung herkömmlicher Art wirkt in diesen neuen Konflikten nicht oder nur ungenügend, auch weil die Gegner losgelöst von Territorien operieren; allerdings muss als erster Schritt im Durchdenken neuer Formen von Abschreckung zumindest passiver Schutz erreicht werden. Cyberabwehr, ABC-Abwehr und Luft- einschließlich Raketenverteidigung gewinnen damit ebenso Vorrang wie der Schutz kritischer Infrastruktur.

Ausblick: Streitkräfte im 21. Jahrhundert

Das eigentliche Neuland beginnt mit dem Durchdenken möglicher Formen aktiver Abschreckung, also einer Abschreckung, die dem Gegner durch eigenes, möglicherweise offensives Handeln verwehrt, seine Instrumente einzusetzen. Da spreche ich nun als Vertreter einer in einem Bündnis gebundenen Nation und sage, was ich für mein Land für richtig halte. Das kann für Sie als Bürger eines neutralen Landes allenfalls Anregung sein: Ihre Antworten, wie man Streitkräfte im 21. Jahrhundert gestalten sollte, müssen Sie unter den für Sie geltenden politischen Bedingungen finden.

Ich hatte die neuen Gefahren und Konfliktformen geschildert. Kennzeichen dieser neuen Konflikte ist, dass man militärische Mittel oft kaum oder nur eingeschränkt nutzen kann, in nahezu keinem Fall sie alleine nutzen kann, aber auch kaum einmal völlig auf sie verzichten kann. Militärische Mittel werden auch in den Konflikten der Zukunft immer das äußerste Mittel der Politik sein, nicht zwangsläufig aber das letzte. Prävention wird ebenso ein

Element der Krisenbewältigung sein, wie die Fähigkeit zu Eskalation und De-Eskalation Elemente der Strategie bleiben müssen. Man wird versuchen müssen, die Gefahren von unseren verwundbaren Industriegesellschaften fernzuhalten, indem man ihnen dort entgegentritt, wo sie entstehen. Der Einsatz von Streitkräften dürfte deshalb oftmals an der Peripherie des Bündnisgebietes, vielfach außerhalb erfolgen müssen. Offensive und Defensive werden neu zu gewichten sein, und die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit werden zunehmend verschwimmen.

Das wird stets schwierigste rechtliche Fragen aufwerfen und immer verlangen, dass sich alle Bündnispartner dieser neuen Herausforderung stellen. Man muss dazu mit allen politischen und militärischen Mitteln, oft v.a. mit Spezialkräften Beiträge leisten, möglicherweise sogar völlig neue Kräfte bereitstellen wie Cyber Command oder ein European Space Command.

Strategisch wird Deutschland wie die NATO defensiv ausgerichtet bleiben. Für Deutschland ergibt sich das schon aus den Bestimmungen des Artikels 26 GG, Verbot des Angriffskrieges. Aber strategische Defensive heißt niemals Verzicht auf die Fähigkeit, auf operativer Ebene auch offensiv handeln zu können.

Schließlich gilt es den Begriff der vernetzten Operation mit Inhalt und Fähigkeiten zu füllen, denn mit militärischen Mitteln kann man allenfalls Sicherheit erzwingen, sie aber niemals in selbst tragende Stabilität umwandeln. Man muss daher militärische Einsätze stets vom Ende her denken und vor der Entscheidung zu handeln prüfen, ob man die erforderlichen militärischen und nicht-militärischen Mittel, den vielfach notwendigen langen Atem und den erforderlichen Rückhalt in der Bevölkerung aufbringen kann.

Dies bedeutet, Streitkräfte aufzustellen, auszubilden und im Einsatz zu führen, die rasch verfügbar, hoch beweglich, überall einsetzbar und auf ein Spektrum von Aufgaben ausgerichtet sind, das von intensiven Kampfhandlungen unter den Bedingungen von information warfare bis hin zur humanitären Hilfe reicht, und die solche Einsätze auch über längere Zeit hinweg durchführen können.

Für die Sicherheitskräfte in ihrer Gesamtheit, also Streitkräfte, Polizeien, Nachrichtendienste und Katastrophenschutz, bedeutet das engste Zusammenarbeit und die Fähigkeit, alle Aufgaben zur Wahrung öffentlicher Ordnung in Gebieten ohne funktionierendes Staatswesen übernehmen zu können. Derartige Kräfte sind derzeit kaum vorhanden, doch es wird zu prüfen sein, ob man sie bereitstellen will.

Doch vernetzte Sicherheit ist nicht auf Organisation und Fähigkeiten beschränkt. Man wird prüfen müssen wie man die Entscheidungsmechanismen und Organisationsformen von Regierungen und Bündnissen den Bedingungen des 21. Jahrhunderts anpasst. National wird man sicher überlegen müssen, ob tradierte Formen wie föderalistische Strukturen und klassische Ressortministerien den Bedingungen des 21. Jahrhunderts entsprechen und international muss man zumindest das Konsensprinzip unterhalb der eigentlich politischen Entscheidungsebene

zur Disposition stellen, denn beides steht im Gegensatz zur Regel Nr. 1 in der Krisenbewältigung: Nur rasches Handeln erlaubt es, die Initiative zu behalten oder sie zu gewinnen, und nur sie bringt Erfolg. Wer die Initiative hat, kann seine Interessen wahren und Krisen zu den eigenen Bedingungen beenden.

Beschränkung auf Reaktion dagegen birgt die Gefahr des Scheiterns durch Abnutzung.

Vernetzte Sicherheit verlangt ferner die Fähigkeit zu rascher humanitärer Hilfe bei Not- und Katastrophenfällen. Dazu ist ein eingespielter und zumindest in Teilen rasch verlegefähiger Verbund ziviler Hilfs- und Katastrophendienste, der Polizei und der Streitkräfte erforderlich. Aufgabe der Streitkräfte in einem solchen Verbund könnte es sein, die Führungsorganisation zu stellen, weil militärische Stäbe auf die in Notlagen vorherrschende Ausnahmesituation als Regelfall vorbereitet sind: rasch und ins Ungewisse hinein auf der Grundlage weniger, oft ungenauer Informationen zu handeln. Zusätzlich könnten die Streitkräfte zu diesem Verbund See- und Lufttransport, ABC-Abwehr und Pionierkräfte stellen.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Das Aufgabenspektrum der Streitkräfte wird größer werden, und die Notwendigkeit, verzugsarm und ganz eng mit anderen Sicherheitsorganen und Nicht-Regierungsstellen (NGO) zusammenzuarbeiten, wird wachsen.

Knappes Personal, begrenzte finanzielle Möglichkeiten und rascher technischer Fortschritt werden es keinem europäischen Staat weiterhin erlauben, Streitkräfte über die ganze Bandbreite des Aufgabenspektrums bereitzuhalten.

Es müssen deshalb vermehrt multinationale Lösungen gesucht und gefunden werden, und es müssen, wo immer möglich, Ausbildungs- und Versorgungsaufgaben international zusammengefasst werden.

Das sind die Folgerungen für einen in internationalen Bündnissen gebundenen Staat, und ich zögere nicht zu sagen, dass kein europäischer Staat ihnen bislang ausreichend Rechnung getragen hat. Aber es gibt doch eine Gemeinsamkeit mit den ungebundenen Staaten Europas:

Verteidigung im 21. Jahrhundert heißt nicht mehr, sich auf einen Krieg mit einem anderen Staat einzustellen, der ganz oder teilweise auf dem eigenen Territorium oder im eigenen Luftraum ausgetragen wird. Verteidigung im 21. Jahrhundert heißt auch nicht mehr in den drei herkömmlichen Dimensionen zu kämpfen (Land, Luft und See), sondern zusätzlich in zwei weiteren: Weltraum und Cyber Space. Verteidigung im 21. Jahrhundert hat zwar unverändert den Schutz der Bürger eines Landes, seiner Integrität und seiner Souveränität zum Ziel, aber es ist keine Aufgabe mehr, die auf den Einsatz der Streitkräfte beschränkt ist. Verteidigung heute erfordert einen Verbund aller Sicherheitskräfte, eine verzugsarm handelnde, interministerielle und die Gesamtheit des Staates erfassende Führung, und sie reicht vom Schutz in humanitären Notfällen und Naturkatastrophen über den Kampf gegen organisierte, auch international organisierte Kriminalität bis hin zur Abwehr von und zum Schutz gegen die Wirkung von ABC-Waffen, von Luftangriffsmitteln und von Cyber-Angriffen.

Dieser Aufgabe müssen sich alle Staaten Europas stellen, und ihr entsprechend müssen sie ihre nationalen Kräfte und Organisationen überprüfen und gegebenenfalls ändern. ■

Dieser Artikel erscheint auch als Kurzfassung in der ASMZ 1&2/2014 am 1. Februar 2014 und in der ASMZ 3/2014 am 1. März 2014 als Zweiteiler.



Dr. h.c. Klaus Naumann

Geb. 1939; General a.D.; 1958 Eintritt in die Bundeswehr und nach Verwendungen Einstieg in der Truppe; 1991 Aufstieg im Verteidigungsministerium und in der NATO von der Position des Kommandierenden Generals des I. Korps in Münster Ende zum Generalinspekteur der Bundeswehr. In dieser Aufgabe Bewältigung der Reorganisation und Reduzierung der Bundeswehr, die Auflösung der Nationalen Volksarmee der früheren DDR und die innere Umstellung der Bundeswehr von Heimatverteidigung auf Einsätze im Rahmen von UNO und NATO und die ersten Auslandseinsätze; 1996-1999 Vorsitzender des Militärausschusses der NATO. In diese Zeit fielen die Erarbeitung einer neuen Strategie der NATO, die Öffnung und Erweiterung der NATO 1999, die Operationen in Bosnien und die Kosovo-Intervention der NATO im März 1999; 1999 Versetzung in den Ruhestand und unter anderem berufen vom IISS London, vom DCAF in Genf und vom ICRC in Genf in den Beirat, und von Kofi Annan in das so genannte Brahimi Panel; 2001 Berufung in die Internationale Kommission zu Intervention und staatlicher Souveränität (ICISS), die im Dezember 2001 Kofi Annan ihren Bericht mit dem Titel „The Responsibility to Protect“ übergab; seit November 2003 Vizepräsident der deutschen Atlantischen Gesellschaft; 2003-2006 Vizepräsident der Atlantic Treaty Association; 2004 Verleihung der Ehrendoktorwürde von der Miklos Zrinyi Universität Budapest; 2006 Einberufung in den Senat der Deutschen Nationalstiftung; Verfasser einer Vielzahl von Fachveröffentlichungen, darunter das 2002 erschienene Buch „Frieden - der noch nicht erfüllte Auftrag“.

Geopolitische Optionen türkischer Außen- und Sicherheitspolitik

Realitäten und Visionen

Heinz Brill

Geopolitische Faktoren und Einflüsse nehmen bei der Beurteilung internationaler Lagen ständig zu. Insbesondere für die Welt- und Großmächte, aber auch für zahlreiche Regionalmächte kann diese Tendenz aufgezeigt werden. Im Falle der Türkei wird nahezu bei jeder internationalen Diskussion die besondere geopolitische Bedeutung des Landes hervorgehoben. Denn aufgrund ihrer Lage an der Schnittstelle geopolitischer Großräume und der veränderten Raum-Mächte-Konstellation in Eurasien, dem Nahen Osten und Nordafrika ist die „Geopolitik“ ein zentrales Kriterium bei der „neuen Lagebeurteilung“ türkischer Interessen geworden.¹⁾

Aufschlussreich ist hierbei die Entwicklung vom Objekt (Südostflanke der NATO) zum Subjekt in der eurasischen Zentralregion und zu den damit verbundenen neuen Optionen. Daraus resultierend setzt die seit Jahren von der türkischen politischen Elite beanspruchte Rolle einer Regionalmacht (mit „Großmachtambitionen“) allerdings eines voraus: inneren sozialen Frieden und politische Stabilität als Bedingung für äußere Handlungsfähigkeit. Aus diesem Grund soll sich die hier vorgelegte Analyse in einer Zeit des Wandels

- mit den neuen innen- und außenpolitischen Dynamiken türkischer Politik auseinandersetzen;

- weiters mit der Frage, welche Chancen und Gefahren infolge der rasanten Machtverschiebungen und Konfliktfelder in der Nahostregion und Nordafrika sich mittelbar oder unmittelbar auf die türkische Außen- und Sicherheitspolitik auswirken;

- und mit der zentralen Frage, welche geopolitischen Optionen sich der Türkei eröffnen, nachdem sie vom Objekt zum Subjekt der internationalen Politik geworden ist.

Hierbei wird einerseits auf den Grundlagenartikel des Verfassers „Die neue geopolitische Lage der Türkei“ (In: ÖMZ, 4/2013) verwiesen und andererseits auf die vom Verfasser herausgearbeiteten geopolitischen Lagefaktoren, wie sie aus türkischer Sicht und in der Wahrnehmung internationaler Akteure zu erkennen sind (s. folgender Entwurf).

Die Türkei in der Wahrnehmung internationaler Akteure

Historisch

- Osmanisches Reich
- Kleinasien

Geostrategische Lagefaktoren während des Ost-West-Konflikts

- Südostflanke oder NATO
- Frontstaat
- Pufferzone
- Sperrriegel
- Politik des „Containment“: Bündnismitgliedschaften in NATO und CENTO
- Peripheriestaat Europas
- Teil des Nahen Ostens

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

- Schwellenland
- Regionalmacht
- Aufsteigende Macht
- Neue Regional- und Ordnungsmacht
- Neue Zentral-Region (New Central-Region)
- Geopolitischer Dreh- und Angelpunkt in Eurasien
- „Schlüsselstaat“ (pivotal state)

Lagefaktoren in der Geoökonomie und Geoökologie

- Geoökonomische Lage in der „Energie-Ellipse“ (Naher Osten/Zentralasien)
- Drehkreuz für Gas- und Ölpipelines
- „Wassergroßmacht“ (Export nach Nordafrika und in den Nahen Osten)

Politisches System - Kulturkreise - Religion

- Politische Leitlinie: islamisch/neo-osmanisch
 - Brücke zwischen Orient und Okzident („Mittlerfunktion“)
 - Multiple Identitäten
 - Modell für Staaten des so genannten „Arabischen Frühlings“
 - „Gravitationszentrum“ der türkisch-arabischen Welt
 - „Privilegierte Partnerschaft“ mit der Europäischen Union
 - „Weltmacht Europa“ nur unter Einschluss der Türkei
- Allein schon diese Wahrnehmungen und Beurteilungen vermitteln einen ersten Eindruck von der Komplexität und Vielfalt der mit der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik verbundenen Problemfelder!

Grundzüge türkischer Außen- und Sicherheitspolitik

Von Atatürk bis zur Gegenwart

Das Osmanische Reich war während des Ersten Weltkrieges Bündnispartner des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns. Es stand damit auf der Seite der



Quelle: Le Monde diplomatique (2012): Atlas der Globalisierung. Deutsche Ausgabe. taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin. S. 89.

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

Mittelmächte. Nach seiner Kapitulation und Auflösung im Jahre 1918 zogen Großbritannien und Frankreich als Mandatsträger des Völkerbundes die neuen Grenzen der Nachfolgestaaten. Der türkische Kernstaat wurde von den Siegermächten außer einer türkischen Region um Ankara und einer entmilitarisierten Zone im Raum Istanbul in Besatzungszonen und autonome Gebiete aufgeteilt. Die Politik der Alliierten mündete im Jahre 1920 in den Vertrag von Sèvres. Erst nach einem mehrjährigen Befreiungskampf gelang es Mustafa Kemal Atatürk, die Besatzungsherrschaft der Alliierten zu beenden, und er erreichte im Frieden von Lausanne (1923), dass die Türkei im Wesentlichen ihre heutigen Grenzen erhielt. Noch im gleichen Jahr, am 29.10.1923, wurde die Türkische Republik ausgerufen, mit Mustafa Kemal als Präsidenten und Ismet İnönü als Ministerpräsidenten. Als Hauptstadt wurde nicht Istanbul, sondern Ankara gewählt, um den Bruch mit dem Osmanischen Reich zu symbolisieren. Hiermit beginnt eine Phase tiefgreifender Umgestaltung des türkischen Staates. Das Konzept „Kemalismus“²⁾ kristallisiert sich in sechs Prinzipien, die 1934 in das Programm der von Atatürk gegründeten Staatspartei, der „Republikanischen Volkspartei“ (Cumhuriyet Halk Partisi, CHP), aufgenommen wurden. Sie lauten:

- Nationalismus: Errichtung eines türkischen Nationalstaates

- Säkularismus (Laizismus): Trennung von Staat und Religion
- Republikanismus: Wahl der republikanischen Regierungsform unter endgültiger Absage an die Wiedereinführung einer Sultans- oder Kalifats Herrschaft
- Populismus: Gleichheit der Bürger ohne Ansehen von Volkszugehörigkeit, Sprache und Glauben
- Etatismus: Bestimmende Rolle des Staates in der Wirtschaft
- Reformismus: Postulat einer permanenten dynamischen Umformung von Staat und Gesellschaft

Die Außenpolitik Mustafa Kemals war v.a. von dem Diktum „Friede daheim, Friede in der Welt“ geprägt. Das heißt, er war um den Ausgleich mit den Nachbarstaaten und den Siegermächten des Ersten Weltkrieges bemüht und suchte sein Land aus allen regionalen und internationalen Konflikten herauszuhalten. Lediglich durch den „Balkanpakt“ (1934) mit Griechenland, Jugoslawien und Rumänien und dem „Orientpakt“ (1937) mit Iran, Irak und Afghanistan sollte die außen- und sicherheitspolitische Lage der neuen Türkei stabilisiert werden. Im Wesentlichen bedeutete Außenpolitik für Atatürk die Wahrung des Friedens, um so alle Kräfte auf den inneren Ausbau konzentrieren zu können.³⁾ Darüber hinaus sollte sich die Außenpolitik v.a. am nationalen Interesse orientieren. Der kemalistischen Ideologie zufolge hatte die

Abb.2 Aufteilung des Osmanischen Reiches nach dem Friedensvertrag von Sévres 1920



Quelle: 1997: DIE ZEIT Nr. 43. S. 20.

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

Türkei mit Atatürks politischem System zu sich selbst gefunden und ihre Bestimmung erreicht.

Nach Atatürks Tod im Jahre 1938 hielt sein Nachfolger Ismet İnönü im Wesentlichen an dieser Politik fest. Er schloss zwar angesichts des sich abzeichnenden Krieges im Jahre 1939 mit Großbritannien und Frankreich Beistandspakte, doch durch eine geschickte Politik gelang es ihm, - wie Heinz Kramer betont - „sich aus dem Zweiten Weltkrieg herauszuhalten, ohne jemals offen die Neutralität zu erklären. Erst als der Sieg der Alliierten sich abzeichnete, erklärte die Türkei (am 1. März 1945) dem Deutschen Reich den Krieg und sicherte sich so die Teilnahme an der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen“.⁴⁾ Es war, wie namhafte Historiker urteilen, „im letztmöglichen Moment“ für eine spätere UNO-Mitgliedschaft.⁵⁾

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sollte sich das System der türkischen Außenpolitik grundlegend verändern. Das von Atatürk und seinem Nachfolger İnönü vertretene „Neutralitäts-Prinzip“ konnte nicht mehr aufrechterhalten werden. Ein wesentlicher Grund waren die sowjetischen Versuche, „zwischen dem Balkan und Iran eine Sphäre direkter oder indirekter Einflussnahme zu schaffen“.⁶⁾ Darüber hinaus erhob Stalin Ansprüche auf die türkischen Provinzen Kars und Ardahan sowie eine Mitverteidigung der Meerengen. Diese Bedrohungen durch die Sowjetunion führten relativ schnell zu einer Hinwendung zu den USA. Bereits 1947 schloss die Türkei mit den USA einen Beistandspakt, der 1952 zur Mitgliedschaft in der NATO führte. Ergänzend zur NATO-Mitgliedschaft hatte die Türkei im Februar 1955 mit dem Irak den Bagdad-Pakt geschlossen, dem Großbritannien, Pakistan und Iran beitraten. Allerdings war der Bagdad-

Pakt nur von kurzer Dauer. Nachdem der Irak 1959 formell ausgetreten war, erfolgte von den verbliebenen vier Mitgliedstaaten - Türkei, Iran, Pakistan und Großbritannien - eine Neustrukturierung und Umbenennung in „Central Treaty Organization“ (CENTO). Das Sekretariat wurde von Bagdad nach Ankara verlegt. Das Bündnis bestand in dieser Form bis zur iranischen Revolution 1979 fort. Danach wurde der CENTO-Pakt aufgelöst.

Die Türkei hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg der weltpolitischen Polarisierung nicht entziehen können. Die Sonderbeziehung Ankara-Washington blieb während der Zeit des Ost-West-Konflikts eine wichtige „Achse“. Aber auch traditionelle Beziehungen können auf den Prüfstand gestellt werden. Aufgrund der weltpolitischen Entwicklungen seit Beginn der 1990er-Jahre und der damit verbundenen neuen Raum-Mächte-Konstellation veränderte sich die geopolitische und geostrategische Lage der Türkei von einem Rand- bzw. Flankenstaat zu einer eurasischen Regionalmacht. Geostrategen stellen bereits seit den 1990er-Jahren die Frage: „Die Türkei - die neue ‚Central Region‘ der NATO?“⁷⁾ Denn die Türkei hat sich von einem relativ passiven Partner des Westens zu einem Mitgestalter der internationalen Politik entwickelt.

Das Weißbuch des türkischen Verteidigungsministeriums (1998) beschrieb die geopolitische Lage des Landes: „Surrounded by three seas and linking Europe and Asia, Turkey has a very special geostrategic location. Given its location, Turkey simultaneously belongs to many regions. It is a European, Balkan, Middle Eastern, Mediterranean, and Black Sea country.“

Turkey is not only a member of the western world but also a member of the Islamic world. It takes its roots

from Central Asia. In short, Turkey is a Euro-Asian nation.“⁸⁾ Bei den türkischen Machteliten wurde diese Lagebeschreibung zur Leitlinie ihres Handelns und stellte seit dem Ende des Ost-West-Konflikts von Özal über Erbakan bis Erdogan für die türkische Politik eine ständige Herausforderung dar.

Optionen und Alternativen türkischer Außen- und Sicherheitspolitik

Die zentrale geographische Lage der Türkei zwischen Südosteuropa, Schwarzem Meer, östlichem Mittelmeer und Nahem und Mittlerem Osten scheint das Bild von der geographischen „Brücke“ zwischen Orient und Okzident förmlich herauszufordern und legt für den geopolitischen Experten die Frage nach den weiteren Optionen nahe. Lange Zeit ließen sich resultierend aus der geographischen Lage - nach Grothusen - zwei Aspekte der geostrategischen Bedeutung der Türkei unterscheiden: „ein west-östlicher und ein nord-südlicher. Der nord-südliche Aspekt dürfte der bekanntere sein, weil er ohne Unterbrechung eine zentrale Rolle in der osmanisch-türkischen Außenpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts gespielt hat: die Funktion des Wächters am Bosphorus und den Dardanellen“⁹⁾ Kaum minder bedeutsam ist für Grothusen die geostrategische Bedeutung des west-östlichen Aspekts. „Anatolien als natürlicher Sperrriegel wie als Brücke zwischen Europa und Asien. J. F. Dulles' Konzeption eines „Northern Tier“ basierte ebenso hierauf wie Hoffnungen, dass die Türkei zum Bindeglied Europas in die islamisch-arabische Welt werden könne.“¹⁰⁾

Der grundlegende Wandel in Eurasien und Nordafrika seit Beginn der 1990er-Jahre war für die türkischen Machteliten Anlass, den geographischen und institutionellen Rahmen ihrer Außen- und Sicherheitspolitik einer Revision zu unterziehen. Seit der jetzige türkische Außenminister Ahmet Davutoğlu sein Grundlagenwerk „Stratejik Derinlik“ („Strategische Tiefe“) im Jahre 2002 vorgelegt hat, zeichnet sich im Kern der Diskussion ein neues und nur schwer lösbares Spannungsverhältnis ab: Einerseits haben die türkischen Machteliten den Beitritt zur EU als strategisches Ziel erhoben, dies sogar mit dem Hinweis „ohne die Türkei kann die EU kein Global Player werden“¹¹⁾ und andererseits erhebt die Türkei ihren Führungsanspruch gegenüber den Staaten der islamischen Welt. Bei so viel Herausforderung ist es für die Politikberatung eine lohnende Aufgabe, die bisher vorgeschlagenen Alternativen und Optionen einer Prüfung zu unterziehen. In der Diskussion sind:

- Soll die Türkei aufgrund ihrer geopolitischen Lage die oft ins Spiel gebrachte „Brückenfunktion“, d.h. eine Mittlerrolle zwischen Europa und dem Vorderen Orient, annehmen und in operative Politik umsetzen?

- Soll die Option „Europäische Union“ intensiviert werden?

- Soll sich die Türkei weiterhin primär an den transatlantischen Beziehungen (USA/NATO) orientieren?

- Soll die Türkei einer national ausgerichteten Option den Vorrang geben (möglicherweise verbunden mit einer Dominanzstellung gegenüber den Turkvölkern im zentralasiatischen Raum)?

- Sollen die Beziehungen zu den arabisch-islamischen Staaten, verbunden mit besonderen Achsenbildungen, weiter ausgebaut werden?

Je nachdem, welcher dieser Optionen der Vorrang eingeräumt wird, ergeben sich ganz unterschiedliche Konsequenzen für die Türkei-, Europa- und Weltpolitik. Aufgrund der „Dilemmata“ steht als wesentliches Kriterium der Realisierbarkeit einer Option die „Vereinbarkeit mit anderen nationalen Interessen“ im Vordergrund der Überlegungen. Die Darstellung der wesentlichen Optionen und Alternativen lässt aber auch Fragen offen bzw. wirft neue Fragen auf, u.a.: Unter welchen geopolitischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen lassen sich Alternativen anstreben oder gar verwirklichen? Dennoch wird mit dieser Analyse der Versuch unternommen, außenpolitisches Handeln auf Grundstrukturen zu reduzieren, die das ausmachen, was als Nationalinteresse bezeichnet werden kann.

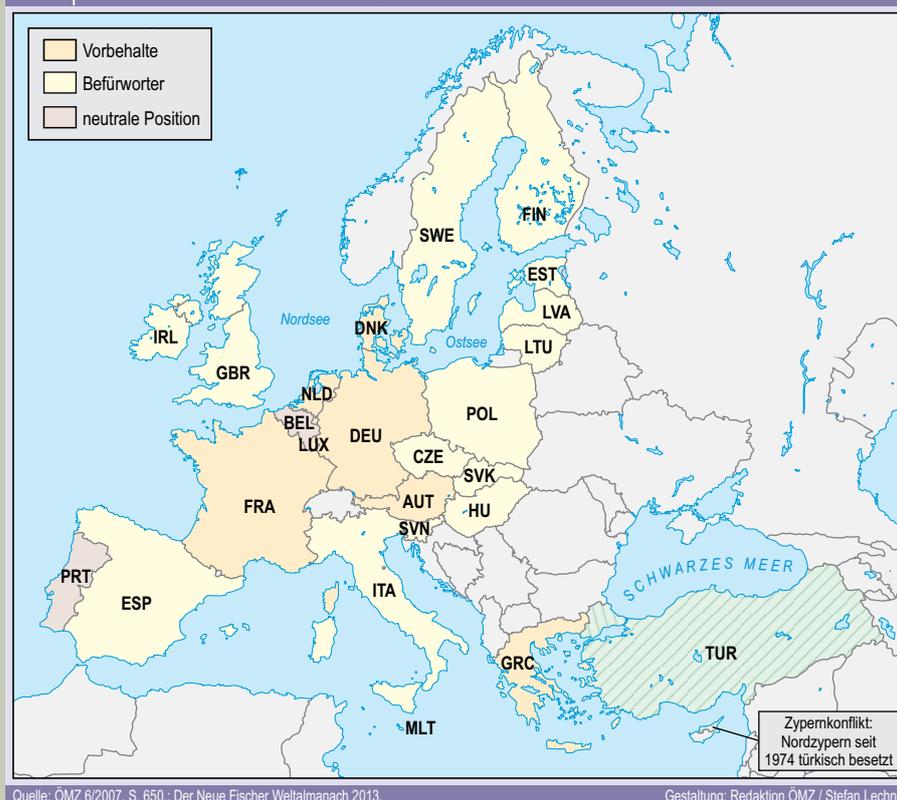
Strategisches Ziel „EU-Vollmitgliedschaft“

Vor einem halben Jahrhundert begann der Verhandlungsmarathon zwischen der jeweiligen Institution der europäischen Staatengemeinschaft (EWG, EG, EU) und der Türkei. Grundlage aller bisherigen Verhandlungen war und ist ein Assoziierungsabkommen vom 12. September 1963 zwischen der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Türkei. Dieses stellte in Aussicht, „die Möglichkeit eines Beitritts der Türkei zur Gemeinschaft zu prüfen“, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben seien.

Im Rahmen des Beitrittsprozesses beantragte Ankara im Jahre 1987, 24 Jahre nach dem Assoziierungsabkommen, formell die Aufnahme in die EG. Nach Jahren der Stagnation trat im Jahre 1996 zwischen der EU und der Türkei das Abkommen zur Zollunion in Kraft. Drei Jahre später (1999) gewährte die EU der Türkei - unter Bedingungen - den Status eines Beitrittskandidaten. Die Beitrittsverhandlungen begannen im Jahre 2004. Bis zum Jahre 2013 waren von den anstehenden 35 Verhandlungskapiteln 13 eröffnet und lediglich eines abgeschlossen worden. Als Haupthinderungsgründe wurden und werden immer wieder genannt: Situation der Menschenrechte, Meinungs- und Religionsfreiheit, Grenzstreitigkeiten etc.

Kaum ein anderes Thema ist in der Beitrittsgeschichte der EU so gegensätzlich diskutiert worden wie eine mögliche Mitgliedschaft der Türkei. Selbst die Präsidenten der USA griffen in die EU-Diskussion ein und plädierten regelmäßig - und zum Teil massiv - für eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU: ob Clinton,¹²⁾ G. W. Bush¹³⁾ oder Obama.¹⁴⁾ Wie in der innereuropäischen als auch in der transatlantischen Diskussion ist ein fundamentaler Gegensatz festzustellen: Die Türkei wird einerseits wegen ihrer geopolitischen und geostrategischen Lage im Rahmen der westlichen Sicherheitspolitik insbesondere von den USA und Großbritannien geschätzt, und andererseits wird der Türkei u.a. wegen ihrer demokratischen Defizite, innerer und äußerer Konflikte (Kurdenfrage, Zypern etc.) und der Nichterfüllung weiterer Aufnahmebedingungen insbesondere von Frankreich, Deutschland und Österreich die

Abb.3 Türkei-Verhandlungen: Positionen einzelner EU-Staaten



Vollmitgliedschaft in der EU verweigert. Dennoch bleibt in den offiziellen Verlautbarungen türkischer Politiker der Beitritt der Türkei zur EU ein strategisches Ziel.

Insbesondere Außenminister Davutoğlu hat das türkische Interesse an einer EU-Mitgliedschaft in zahlreichen Erklärungen immer wieder klar zum Ausdruck gebracht. In einem Interview nannte er drei Gründe, warum die Türkei in die EU gehöre: „Erstens: Die Türkei ist seit Jahrhunderten ein Teil der europäischen Diplomatie. Wir sind nicht China. Zweitens: Europa braucht die Türkei aus strategischen Gründen. Nur zusammen mit der Türkei kann die EU eine Großmacht werden. Und drittens: Wir teilen zentrale politische Werte, die in den Kopenhagener Kriterien niedergelegt sind. Die Türkei ist ein wichtiges Mitglied in der Familie der Demokraten (...) Europa bleibt unser ultimatives Ziel.“¹⁵⁾ Und auf die Frage, ob es bei einem Scheitern der Verhandlungen mit der EU einen Plan B gebe, antwortete er: „Wir haben keinen Plan B. Nachdem der Beitrittsprozess begonnen hat, gibt es nur einen Plan: Verhandlungen, die zur Mitgliedschaft führen. Bis jetzt haben die Beitrittsverhandlungen aller Länder mit der Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union geendet.“¹⁶⁾ Des Weiteren vertrat er in einem Kommentar die Meinung: „Was den EU-Beitritt anbetrifft, gibt es in unseren Köpfen keine Fragezeichen oder Zweifel über den Zweck, das Ziel und das Ergebnis dieses Prozesses. Das Ziel ist eine Vollmitgliedschaft unter den gleichen Bedingungen wie für die anderen Mitglieder. Ich möchte betonen, dass die Türkei keine Alternativen zur Vollmitgliedschaft in Betracht ziehen wird und dass es eine solche Alternative auch nicht im EU-Aquis gibt.“¹⁷⁾ Und lapidar bemerkte er: „Unsere Außenpolitik hat zwar einen breiten Ansatz. Aber unsere Beziehungen zu Russland, den USA und dem

Nahen Osten sind keine Alternative zur EU.“¹⁸⁾ Zu den zahlreichen offiziellen - und nahezu monolithischen - Stellungnahmen der türkischen politischen Führung zur Beitrittsfrage fügte der ehemalige türkische Botschafter in Österreich, Selim Yenel, hinzu: „Unser Beitritt zur EU ist ein Langzeitprojekt. Und da arbeitet die Zeit ausnahmsweise für uns.“¹⁹⁾

Bewertung: Trotz des jahrelangen Stillstandes in den Verhandlungen zwischen der Türkei und der EU bleibt die türkische EU-Mitgliedschaft das „strategische Ziel“ Ankaras. Das sagte zuletzt auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im türkischen Parlament, Volkan Bozkir.²⁰⁾ Und im Hinblick auf die Stagnation der Verhandlungen sagte er:

„Von uns aus würden wir aber nie sagen, wir streben die Mitgliedschaft nicht mehr an.“ Das müsse schon die EU verkünden. Die aber führt seit Jahren Verhandlungen mit der Türkei, „ohne dass sich die Mitgliedstaaten darauf verständigt hätten“, so der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, „ob sie die Türkei tatsächlich wollen.“²¹⁾ Obwohl alle Beteiligten wissen, dass die Türkei auf absehbare Zeit keine Chance hat, die Vollmitgliedschaft in der EU zu erreichen, werden die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit „ergebnisoffen“ weitergeführt.

Auch die Regierung Erdogan/Davutoğlu hält zwar als Option grundsätzlich an der EU-Beitrittsperspektive fest, doch verliert eine EU-Vollmitgliedschaft aufgrund der insgesamt positiven Entwicklung der Türkei an Bedeutung. Diese Sicht wird zunehmend in Expertenkreisen vertreten. So schreibt Heinz Kramer: „... Außenminister Davutoğlu betont zwar immer wieder, dass der Beitritt zur EU eine strategische Priorität türkischer Politik sei. Klar ist aber auch, dass gemäß seiner Grundkonzeption der ‚strategischen Tiefe‘ die EU-Mitgliedschaft nicht länger als *Conditio sine qua non* für eine erfolgreiche türkische Außenpolitik betrachtet wird. Die veränderte Sicht auf die Identität der Republik Türkei impliziert eine pragmatischere Haltung zur identitären Bedeutung einer EU-Mitgliedschaft. Hinzu kommt, dass sich inzwischen auch die AKP-Führung - allen offiziellen Diskursen zum Trotz - für das Ende des Beitrittsprozesses ein anderes Ergebnis als die Mitgliedschaft vorstellen kann. Auf höchster Ebene wird bereits offen vom ‚norwegischen Weg‘ gesprochen.“²²⁾ Mit anderen Worten: Die politische Führung der Türkei hat erkannt, dass sie sich außer einer möglichen EU-Mitgliedschaft weitere Optionen offenhalten muss.

Europäische Gegenvorschläge einer Vollmitgliedschaft

Die angestrebte Vollmitgliedschaft ist nicht die einzige Form der Zugehörigkeit zur EU. Im EU-Verhandlungsmandat steht ausdrücklich, dass im Fall eines Scheiterns nach anderen Formen einer Anbindung der Türkei gesucht werden soll. In der Diskussion sind eine Reihe von Gegentwürfen und Varianten zur Vollmitgliedschaft. Die wichtigsten sind:

- Privilegierte Partnerschaft
- Mitglied einer Mittelmeer-Union
- Erweiterte Zollunion/Freihandelszone
- Beibehaltung der Sonderbeziehung zu den USA
- „Norwegen-Weg“ bzw. „Norwegen-Lösung“

Privilegierte Partnerschaft

Der Vorschlag einer „Privilegierten Partnerschaft“ ist zwar der prominenteste, aber nicht einzige Gegentwurf zur Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU. Er wurde Anfang 2004 im Vorfeld der Verleihung eines Kandidatenstatus an die Türkei von Wolfgang Schäuble²³⁾ konzipiert und von Angela Merkel als Beschluss der Präsiden der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union am 7. März 2004 präsentiert. Er hat folgenden Wortlaut: *„Die ‚Privilegierte Partnerschaft‘ geht weit über die zwischen der EU und der Türkei eingegangene Zollunion hinaus: So könnte eine alle Gütergruppen umfassende Freihandelszone geschaffen werden. Weiterhin könnte die Zusammenarbeit vertieft werden - insb. zur Stärkung der Zivilgesellschaft, des Umweltschutzes, zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, im Gesundheits- sowie im Bildungsbereich. Zudem könnte die Türkei verstärkt in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik einbezogen werden. Schließlich könnte zur Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus und organisiertem Verbrechen die Zusammenarbeit der Behörden und Institutionen im Innen- und Justizbereich sowie der Geheimdienste deutlich intensiviert werden.“*²⁴⁾

Seitdem der EU-Ministerrat am 17. Dezember 2004 Verhandlungen über eine Vollmitgliedschaft der Türkei beschloss, dient das Konzept der privilegierten Partnerschaft im Wesentlichen der Standortbestimmung politischer Parteien und Akteure in den EU-Staaten. Eine inhaltliche Fortentwicklung des Begriffs oder ein politischer Entscheid, ob die derzeitigen Beziehungen zwischen EU und der Türkei bereits die Kriterien einer privilegierten Partnerschaft erfüllen, steht an. Mit anderen Worten: *„Es ist an der Zeit, aus einem Slogan eine tragfähige Strategie zu entwickeln und der ‚privilegierten Partnerschaft‘ Gestalt, Substanz und Richtung zu geben“*, wie Michael Stürmer schon vor Jahren anmahnte.²⁵⁾ In diesem Zusammenhang muss auch die vorgeschlagene „Norwegen-Lösung“ mit einbezogen werden, die das Land eng an die EU bindet.

Türkei - Vollmitglied einer Mittelmeer-Union?

Keine Vollmitgliedschaft in der EU, aber wie Deutsch-

land, Österreich und die Niederlande vertritt auch Frankreich gegenüber der Türkei die Option einer „Privilegierten Partnerschaft“, verbunden mit der weiteren Option, führendes Mitglied in einer Mittelmeer-Union zu werden.

Was sind die wesentlichen Ablehnungsgründe einer türkischen Vollmitgliedschaft durch die französischen Eliten? Christian Lequesne arbeitet in seiner Studie „Frankreich im neuen Europa“²⁶⁾ drei Motive heraus:

- Ein erstes Motiv für die Verweigerung sei klassisch-kultureller Natur: die türkische Gesellschaft sei nicht integrierbar.

- Ein zweites Motiv beziehe sich auf das Fehlen ausreichender demokratischer Normen.

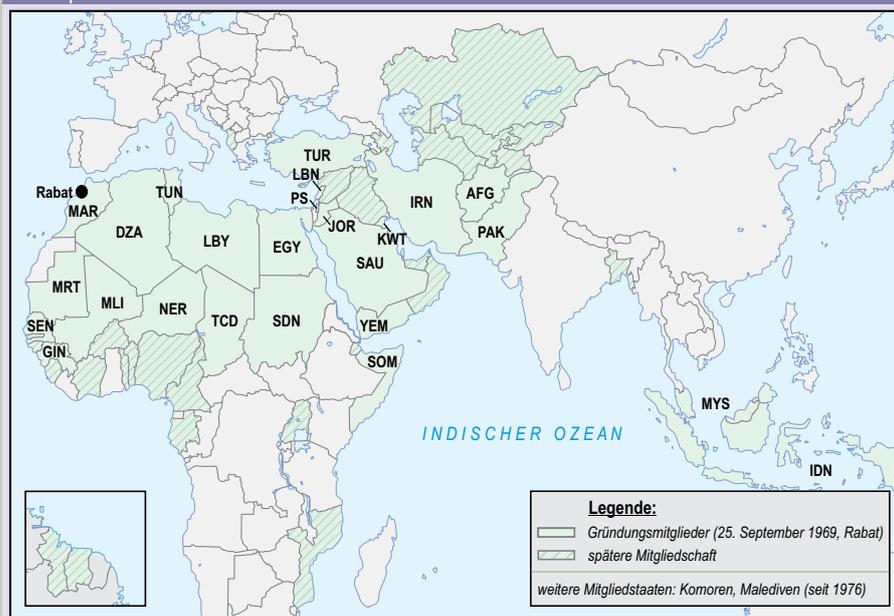
- Ein drittes Motiv der Verweigerung beruhe auf der Befürchtung, dass ein Land mit (über 70 Millionen Einwohnern) bis 2020 bevölkerungsreichstes Land in der EU werden könne. Dies könne zur Auflösung der EU und ihrer Umformung in eine Freihandelszone führen.

„Die Franzosen wollen aber keine Mammut-Freihandelszone, sondern ein Europa der Solidarität“, wie Alain Juppé sagt.²⁷⁾ Allein aus diesem Grund könne Paris *„überhaupt kein Interesse an einer türkischen EU-Mitgliedschaft haben“*, sagte ein außereuropäischer Diplomat in Ankara. *„Das Land sei langfristig zu stark und zu unabhängig, um sich dem französischen Führungsanspruch innerhalb der EU zu beugen. Die Türkei sei eher ein Kandidat nach dem Europa-Geschmack der Briten - ein selbstständiger Partner in einem nicht allzu engen Staatenbund.“*²⁸⁾

Von den namhaften Politikern Frankreichs lehnt insbesondere der ehemalige französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy in seinen „Bekennnissen“ zu Europa eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU strikt ab.²⁹⁾ Während seiner Präsidentschaft legte er sein Veto gegen alle Verhandlungsthemen ein, die zur Vollmitgliedschaft führen würden. In der Konsequenz forderte er eine „Strategie für ein Ende der türkischen EU-Bewerbung“.³⁰⁾ Bereits in seiner außenpolitischen „Grundsatzrede“ vom 27.8.2007 bekräftigte Sarkozy seine Überzeugung, dass eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei für ihn nicht infrage komme und eine „Privilegierte Partnerschaft“ die bessere Lösung sei.³¹⁾ Als Alternative zu einer EU-Vollmitgliedschaft bot Sarkozy der Türkei als „große Mittelmeerernation“ eine zentrale Rolle in der künftigen „Mittelmeer-Union“ an. Wie Sarkozy mehrfach betonte, sei sein Vorschlag auch Europas Antwort auf den türkischen Wunsch nach einer Vollmitgliedschaft in der EU; denn die Türkei sei kein europäisches Land, aber ein großes Mittelmeerland. Die EU hingegen könne sich nicht permanent erweitern. Sollten die französischen Ideen in den EU-Staaten auf Resonanz stoßen, würde der Türkei eine weitere Option im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik geboten. „Privilegierte Partnerschaft“ zur EU und eine „zentrale Rolle“ in der „Mittelmeer-Union“ sind auch für die Regierung Hollande realistische Optionen.

Der deutsch-französischen Positionen ungeachtet bekräftigte der türkische Staatspräsident Erdogan in all den Jahren, dass sein Land eine Vollmitgliedschaft in der EU anstrebe und nicht eine „privilegierte Partnerschaft“, die

Abb.4 Mitgliedstaaten der OIC (Organisation of Islamic Cooperation)



Quelle: Organisation of Islamic Cooperation (2014); <http://www.oic-oci.org/oicv2/states/>; Stand: 21.1.2014.

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

in den EU-Verträgen gar nicht vorgesehen sei. Entsprechende Positionen Frankreichs und Deutschlands seien inakzeptabel.³²⁾

Privilegierte Partnerschaften und die EU

Zurzeit zeichnen sich bezüglich einer EU-Mitgliedschaft zwei gegenläufige Entwicklungen ab: Das EU-Mitglied Großbritannien, das bereits mit zahlreichen Sonderrechten ausgestattet ist, fordert im Rahmen von Neuverhandlungen eine Mitgliedschaft zu neuen Konditionen.³³⁾ Europa-skeptische Kreise verlangen bereits jetzt eine Rückübertragung von Souveränitätsrechten und drohen gar nach einer Volksabstimmung mit einem Austritt aus der EU. Das Austrittsreferendum, das der britische Premier Cameron bis spätestens für das Jahr 2017 geplant hat,³⁴⁾ wäre ein Novum in der EU-Geschichte.

Die Türkei, die mit der EU bereits durch eine Zollunion verbunden ist, hat sich als strategisches Ziel gesetzt, Vollmitglied der EU zu werden. Doch die Beitrittsverhandlungen stagnieren, weil die Türkei zahlreiche Bedingungen nicht erfüllt und daher für eine Mitgliedschaft auf absehbare Zeit nicht infrage kommt.

Großbritannien, das selbst kein Vollmitglied der EU ist, aber sein könnte, unterstützt nahezu im Gleichklang mit der außereuropäischen Macht USA das Bestreben der Türkei auf Mitgliedschaft, sei es im Rahmen einer Freihandelszone oder auf Kosten der anderen Vollmitglieder der EU.

Bei Abwägung ihrer sicherheitspolitischen Interessen spielt sowohl für Großbritannien als auch für die Türkei die Sonderbeziehung zu den USA eine besondere Rolle. In beiden Fällen wiegt die „amerikanische Position“ schwerer als die „europäische Dimension“. V.a. sehen die politischen Klassen in beiden Staaten in der globalen Vormachtstellung der USA einen größeren Handlungsspiel-

raum bei der Wahrnehmung eigener Interessen.

Und da sind noch Überlegungen über ein Europa in Stufen: Günther Burkert-Dottolo entwarf ein Modell der „besonderen Partnerschaft“, also einer „reduzierten Mitgliedschaft“, das auf der einen Seite die Türkei als Bindeglied zum Mittleren Osten betreffen könnte - auf der anderen Seite aber auch ein Land wie Großbritannien („special relationship“) zu den USA. Über einen Status in Augenhöhe mit Großbritannien könne die Türkei kaum beleidigt sein.³⁵⁾

FAZIT: Da Großbritannien eine führende Rolle in der EU spielen könnte, aber nicht will, die Türkei in der

EU eine größere Rolle spielen will, aber nicht kann, wäre für beide Staaten, aber auch für die EU insgesamt eine jeweils gesondert ausgehandelte „Privilegierte Partnerschaft“ die optimale Lösung zur Wahrung der Interessen aller.

Türkische „Planungsstäbe“ auf der Suche nach einem „Plan B“

Sollte das türkische „strategische Ziel“ einer EU-Vollmitgliedschaft wie die europäischen Gegenvorschläge - in welcher Variante auch immer - scheitern, wird nicht nur ein Plan B, sondern das Spektrum aller Optionen türkischer Außen- und Sicherheitspolitik auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Denn kein Realpolitiker führt über ein halbes Jahrhundert Verhandlungen, ohne für einen „Plan B“ gerüstet zu sein.³⁶⁾ Von Zeit zu Zeit werden daher von türkischen Politikern Erklärungen lanciert, welche Optionen möglich sind. Aufschlussreich sind hierzu erste Initiativen während der Regierungszeit Necmettin Erbakans.

Gründung der D-8-Gruppe in Istanbul (1997)

Am 15. Juni 1997 gründeten auf Initiative des damaligen türkischen Ministerpräsidenten Erbakan acht muslimische Staaten in Istanbul die Wirtschaftsgemeinschaft „Developing 8“ (D-8). Zu den Gründungsstaaten der D-8 gehörten die Türkei, Iran, Pakistan, Nigeria, Malaysia, Indonesien, Bangladesch und Ägypten. Die „D-8“ wurden mit dem Ziel gegründet, ein Gegengewicht zur G-8-Gruppe der führenden Industrienationen zu bilden, um so ihre Position in der Weltwirtschaft zu stärken.³⁷⁾ Zugleich sollte der Zusammenschluss positive Auswirkungen auf die Islamische Konferenz (ICO) im weltpolitischen Kräftespiel haben. Beide Zielsetzungen blieben Vision! Die EU blieb in der „Deklaration von Istanbul“ nahezu unerwähnt.

Außenminister Ismail Cem spricht von einer „Neuorientierung“ türkischer Außenpolitik (1997)

Als die EU-Kommission in ihrer „Agenda 2000“ die Türkei unter jenen Ländern, mit denen die nächsten Beitrittsverhandlungen zu führen sind, nicht erwähnte, fiel Ankaras Reaktion unerwartet gelassen aus. Der damalige türkische Außenminister Ismail Cem formulierte die Leitlinie seiner Politik mit den Worten: „Die EU ist unser Ziel, nicht unsere Zwangsvorstellung.“ Bereits Jahre zuvor, während der Gründungsphase der „D-8“, brachte Cem ein Freihandelsabkommen mit den USA ins Gespräch, allerdings musste er mangels Absprache dies kurze Zeit später dementieren. Darüber hinaus deutete Cem an, dass die Türkei „ihr politisches und wirtschaftliches Gewicht in andere Teile der Welt verlagern werde“. Außer zu Russland, China und Indien würden auch stärkere Bindungen zu den islamischen Staaten und den Ländern am Schwarzen Meer und in Südostasien angestrebt.³⁸⁾ Seit jenen, eher angedeuteten alternativen Vorschlägen wird von türkischen Politikern immer wieder darauf hingewiesen: die Türkei werde ihr Verhältnis zu Europa „neu bewerten“ müssen, wenn es keine Fortschritte in der Beitrittsfrage gibt.

Ahmet Davutoğlu entwirft eine Anleitung zum geopolitischen Handeln (2001)

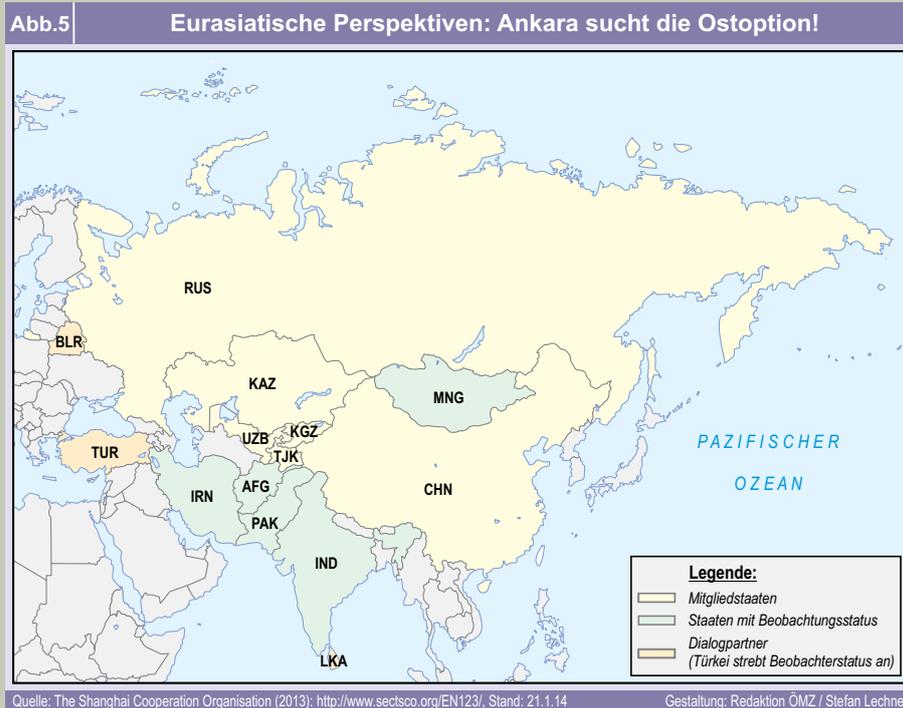
Im Jahr 2001 legte der Politologe Ahmet Davutoğlu sein Grundlagenwerk „Stratejik Derinlik“ („Strategische Tiefe“) vor.³⁹⁾ Während der Zeit von 2002 bis 2009 war er außenpolitischer Berater des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, der ihn im Mai 2009 zum türkischen Außenminister berief. Seit dieser Zeit wird immer wieder auf sein geopolitisches Standardwerk als Leitfaden und Orientierungshilfe zum Verständnis der neuen türkischen Außen- und Sicherheitspolitik verwiesen. In der Kritik wird das Werk oft als „Blaupause“ bezeichnet. Das Credo der von Davutoğlu entwickelten Konzeption lautet: Null-Probleme und maximale Kooperation mit unseren Nachbarn. Im Kern besagt das Konzept der „Strategischen Tiefe“ nach einer Bewertung von Asiyе Öztürk, „dass die Türkei kein Peripheriestaat Europas, des Nahen Ostens oder Zentralasiens sei, sondern ein ‚Schlüsselstaat‘ (pivotal state), der durch die Verfolgung nationaler Interessen und durch die Nutzung mehrdimensionaler Außenbeziehungen sowie der geografischen Lage zu einer einflussreichen Regional- und Ordnungsmacht werden könne“.⁴⁰⁾ Mit anderen Worten: Die operative Umsetzung der Politik der „Strategischen Tiefe“ soll ausgehend von der geopolitischen Lage

der Türkei in alle Nachbarschaftsräume, aber auch global wirken. Zu ihrer Untermauerung spielen die von Özal eingebrachten und von Erdogan weitergeführten Wirtschaftsfaktoren (Wasser, Energie, Politik des Handels etc.) eine entscheidende Rolle. Auf dieser Basis soll u.a. auch die türkische EU-Bewerbung verstärkt fortgeführt werden. Doch wie ein aktuelles Erdogan-Interview zeigt, ist die EU für die Türkei nicht mehr konkurrenzlos wichtig.

Option: Beitritt zu den „Shanghai Five“ (2013)

Die Türkei jongliert seit geraumer Zeit zwischen den sich bietenden geopolitischen Gegebenheiten und Chancen. Nachdem ein EU-Beitritt nicht vorankommt und die Rolle einer Führungsmacht in der arabisch-islamischen Welt vorerst gescheitert ist, rückt zurzeit die „Ostoption“ ins Blickfeld. Bei seinem letzten Besuch in Berlin im November 2012 drohte der türkische Premier Erdogan den EU-Staaten mit den Worten, „die EU könne die Türkei verlieren, wenn die Entscheidung über den Beitritt nicht bis zum 100. Jubiläum der türkischen Staatsgründung im Jahr 2023 beschlossen sei“.⁴¹⁾

Was Erdogan mit seiner Berliner Aussage gemeint haben könnte, gab vorübergehend Anlass für Spekulationen in der „Optionsfrage“. Aber bereits Ende Januar 2013 wird er konkret. In einem Fernsehinterview⁴²⁾ spricht Erdogan im Rahmen der Eurasischen Perspektive die türkische „Ostoption“ offen an. Als Begründung führte Erdogan an: „Wegen des Stillstandes im EU-Beitrittsprozess sei es seine Aufgabe, als Verantwortlicher für 75 Millionen Türken über Alternativen nachzudenken.“⁴³⁾ Weiter ist den Berichten und den darin enthaltenen Protokollnotizen zum Interview von Susanne Güsten und Thomas Seibert u.a. zu entnehmen, Erdogan habe den russischen Präsidenten Wladimir Putin um die Aufnahme seines Landes in die „Shanghai Organisation für Zusammenarbeit“, wie die „Shanghai Five“ offiziell heißt, gebeten und gesagt: „Nehmt uns in die SCO und wir sagen der EU ‚Auf Wie-





dersehen“⁴⁴) Auf Nachfrage soll Erdogan betont haben, die „Shanghai Five“ seien „besser und viel mächtiger“ als die EU.

Zur Shanghai Cooperation Organization (SCO) gehören⁴⁵) China, Russland, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan. Die Türkei ist seit 2012 „Dialogpartner“ der SCO und strebt im Rahmen einer Vollmitgliedschaft zunächst den „Beobachterstatus“ an. Derzeit vertritt die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (Sitz: Peking) rund ein Viertel der Weltbevölkerung. Vorläufer der SCO war die Shanghai-Five-Gruppe, die 1996 in Schanghai gegründet wurde. Experten gehen davon aus, dass die SCO in Zukunft einen Bedeutungszugewinn erfahren wird. Ein Schwerpunkt der Gruppe ist die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit.

Die Istanbuler Politologin Bevil Dedeoğlu gehörte zu einer Gruppe von Journalisten, die Erdogan befragten. Zur Einschätzung des Erdogan-Interviews sagte sie gegenüber dem „Südkurier“: „*Erdogans Ankündigungen sind weniger als Anzeichen einer bevorstehenden Achsenverschiebung der türkischen Außenpolitik zu verstehen, sondern eher als Botschaft in Richtung EU. ‚Wir brauchen euch nicht‘, habe Erdogan den Europäern klarmachen wollen.*“⁴⁶)

Interessant ist an dem Erdogan-Interview auch, dass die Eliten der türkischen Politik in der „Optionsfrage“ unterschiedliche Rollen übernommen haben. Während Außenminister Davutoğlu - trotz der von ihm vertretenen multidimensionalen Politik⁴⁷) - in zahlreichen Stellungnahmen zur EU-Mitgliedschaft keine Alternative sieht, hält es sein „Regierungschef“ für seine Pflicht, offen über Alternativen nachzudenken. Aber dieses „Doppel- bzw. Mehrfachspiel“ ist inzwischen fester Bestandteil türkischer Politik. Als im Juni 2013 die EU das nächste Verhandlungskapitel nicht wie geplant eröffnete, hat der türkische Europaminister Egemen Bagis eine „Reaktion“ seines Landes angekündigt. Auf Nachfrage der „Süddeutschen Zeitung“ sagte er, „er könne nicht preisgeben, wie diese aussehen werde (...). Nur soviel, die Türkei hat auch noch andere Optionen“⁴⁸)

Bewertung

Die Türkei demonstriert zwar in ihrer EU-Politik von Zeit zu Zeit verbale Stärke - doch tut sie das eher in der Absicht, weil sie weiß, dass ihre Optionen zwar zahlreich, aber in der Substanz begrenzt sind. Denn die Märkte

in der Nahostregion, am Schwarzen Meer und im Kaukasus, den ECO-Staaten, der Internationalen Islamischen Konferenz, der D-8-Gruppe und das Beitritts-gesuch an die „Shanghai-Gruppe“ bieten letztendlich bzw. vorerst keine ernsthaften Alternativen zum EU-Markt. Viele dieser Zusammenschlüsse dümpeln vor sich hin oder scheiterten. Hingegen gehört die Zollunion mit der EU zu den wenigen Abkommen, von dem beide Seiten profitieren. Da die Mehrzahl der EU-Staaten eine Rolle der Türkei als Regionalmacht mit Großmachtambitionen gegenüber einer EU-Vollmitgliedschaft den Vorzug gibt, wird Ankaras Suche nach einem alternativen Kraftzentrum außerhalb der EU weiterhin eine Herausforderung türkischer Politik bleiben.

Optionen und Alternativen gibt es immer!

Seit einiger Zeit ist das Wort „alternativlos“ Bestandteil vieler politischer Diskussionen. Die politischen Akteure versuchen bei der Verwendung des „Terminus“ entweder kritische Diskussionen im Vorfeld anstehender Entscheidungen - „meist Grundsatzentscheidungen“ - zu beenden oder bereits getroffene Entscheidungen zu rechtfertigen. Der Politologe muss allerdings der unseligen aktuellen Diskussion um die „Alternativlosigkeit“ politischer Entscheidungen entschieden widersprechen. Denn die Staatsführung wie die Politikberatung muss immer in Optionen und Alternativen denken und handeln; ansonsten ist sie ideenlos!

Ganz allgemein kann mit dem britischen Politikwissenschaftler Joseph Frankel über den Stellenwert der „Alternative“ bei der „außenpolitischen Entscheidung“ gesagt werden: „*Um wählen zu können, muss sich der Entscheidungsträger über das Wesen der Alternativen einigermaßen im Klaren sein. Er braucht nicht ganz sicher zu sein, sondern kann nach der Stärke eines Eindrucks oder auf Grund eines Wahrscheinlichkeitskalküls, z.B. Spieltheorie, entscheiden. Letzten Endes wird der Raum für Handlungen (durch die Lage in der konkreten Raum-Mächte-Konstellation) begrenzt. (...) Gefährlich sind Utopismus und Perfektionismus. Rationale Politiker werden daher den angeblich von Bismarck stammenden Ausspruch ‚Politik ist die Kunst des Möglichen‘ zur Richtschnur ihres Handelns machen. (...) John Forster Dulles lehnte es ab, Alternativen zum ‚Kalten Krieg‘ oder zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Erwägung zu ziehen. Im Bewusstsein der Nachteile einer solchen Einstellung bediente sich Präsident Kennedy seiner akademischen Berater und der Vertreter des Weißen Hauses in den verschiedenen Sonderausschüssen, um ... möglichst viele Alternativen kennenzulernen ... Churchill schlug (als) Ideallösung vor: ‚Der beste Plan, Flexibilität zu erreichen, besteht darin, für alle möglichen Zufälle drei oder vier Pläne bereit zu haben, die bis ins letzte Detail ausgearbeitet sein müssen. Dann ist es viel leichter, von einem auf den anderen umzuschalten, ganz wie oder wo der Hase läuft.‘“⁴⁹)*

Angewandt auf die aktuelle türkische Situation stellt sich die Frage, inwieweit die von einem souveränen Staat

ausgehende Ideallösung Churchills Anwendung finden könnte. Namhafte Politiker, Journalisten, Wissenschaftler u.a. vertreten die Meinung, dass es zur Mitgliedschaft der Türkei in der EU keine Alternative geben würde. Dieser Position stehen aber nicht minder prominente Politiker, Journalisten, Wissenschaftler u.a. mit der Auffassung entgegen, dass man den Weg der „Vollmitgliedschaft“ gehen wolle und man sich einrede, dass man ihn gehen müsse. Keine Frage: Wie dargelegt, ist eine mögliche EU-Mitgliedschaft der Türkei in der öffentlichen Diskussion zwar vorherrschend - aber nicht alternativlos! ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Vgl. hierzu Heinz Brill: Die neue geopolitische Rolle der Türkei. In: ÖMZ, 4/2013, S.406-415.
- 2) Die „Sechs Prinzipien“ sind den Informationen zur politischen Bildung, Nr. 277/2002 entnommen.
- 3) Zu einem Überblick der türkischen Außenpolitik im 20. Jahrhundert vgl. v.a. Udo Steinbach: „Türkei“. In: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 223/1989, S.36f.
- 4) Heinz Kramer: Türkei. Zwischen Tradition und Neuorientierung: die Außenpolitik. In: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 313/2011, S.51.
- 5) Zitiert nach Ploetz. Geschichte der Weltkriege. Hrsg. von Andreas Hillgruber u.a. Freiburg i. Br., Würzburg 1981, S.137.
- 6) Udo Steinbach: Die Türkei im 20. Jahrhundert. Bergisch/Gladbach 1996, S.222f.
- 7) Bülent Güven: Die Türkei - eine Republik vor der größten Herausforderung ihrer Geschichte. In: Wasser - Konfrontation oder Kooperation. Hrsg. Jörg Barandat. Baden-Baden 1997, S.157.
- 8) Zitiert nach Jane's Defence Weekly (JDW), 19.8.1998, S.24.
- 9) Klaus-Detlev Grothusen (Hrsg. u. Autor): Türkei/Außenpolitik. In: Südosteuropa-Handbuch, Bd. IV. Göttingen 1985, S.91/92.
- 10) Ebd.
- 11) Zitiert nach Davutoğlu-Interview. In: Die Presse, 20.10.2008, S.5.
- 12) Vgl. Clinton in der Türkei. In: Die Welt, 16.11.1999, S.1.
- 13) Vgl. US-Präsident George W. Bush calls on European Union to admit Turkey. In: Financial Times, 30.6.2004, S.1.
- 14) Vgl. Obama plädiert für EU-Beitritt der Türkei. In: Kölner Stadt-Anzeiger, 6.4.2009, S.1.
- 15) Spiegel-Gespräch, Nr. 23, 6.6.2011, S.94.
- 16) Interview in: Die Presse, 20.10.2008, S.5.
- 17) Ahmet Davutoğlu: Gibt keine Alternative zur EU-Mitgliedschaft. In: Die Presse, 22.3.2012, S.30.
- 18) In: Die Presse, 20.10.2008, S.5.
- 19) Zitiert nach Doris Kraus: „Die Zeit arbeitet für uns“. In: Die Presse, 24.5.2007, S.8.
- 20) Zitiert nach AKP-Abgeordneter Bozkir zur türkischen Europa-Politik. In: FAZ, Nr. 92, 20.4.2013, S.7.
- 21) Zitiert nach Schulz-Interview. In: Die Welt, 27.6.2013, S.6.
- 22) Heinz Kramer: Die neue Außenpolitik-Konzeption der Türkei. In: SWP-Aktuell 25. März 2010, S.4.
- 23) Vgl. „Privilegierte Partnerschaft“. In: SZ Magazin, Nr. 53, 30.12.2004, S.24.
- 24) „Privilegierte Partnerschaft“. In: Bergmann (Hrsg.). Handlexikon der Europäischen Union. Baden-Baden 2012.
- 25) Michael Stürmer: Stachel im Fleisch der EU. In: Die Welt, 21.12.2006, S.9.
- 26) Christian Lequesne: Frankreich im neuen Europa. Baden-Baden 2011, S.69-71.
- 27) Zitiert nach SZ, Nr. 34, 10.2.2007, S.9.
- 28) Zitiert nach Türkei: Obsession Europa. In: Der Spiegel, Nr. 8, 16.2.2004, S.96f.
- 29) Nikolas Sarkozy: Bekenntnisse. Frankreich, Europa und die Welt im 21. Jahrhundert. München 2007, S.252/253.
- 30) AP/Reuters: Sarkozy: EU-Bewerbung der Türkei beenden. In: SZ, Nr. 129, 8.6.2007, S.8.
- 31) Rede von Staatspräsident Nicolas Sarkozy zur Eröffnung der 15. Botschaftskonferenz. Paris, 27.8.2007. Frankreich-Info. Hrsg. Französische Botschaft. Berlin 29.8.2007.
- 32) Vgl. Erdogan kritisiert Paris und Berlin. In: FAZ, Nr. 146, 27.6.2009, S.6.
- 33) Vgl. Wolfgang Böhm u. Julia Kastein: Großbritannien driftet in den

EU-Austritt. In: Die Presse, 17.11.2012, S.1-3.

- 34) Vgl. Cameron verspricht Briten Abstimmung über EU-Austritt. In: Rheinische Post, 24.1.2013, S.1.
- 35) Kernaussagen zitiert nach Michael Frank: „Neue Beitrittsgespräche der EU. In: SZ, Nr. 229, 5.10.2005, S.9.
- 36) Michael Stürmer: Plan B für die Türkei. In: Die Welt, 15.12.2004, S.8.
- 37) In: Der Tagesspiegel, 16.6.1997, S.1.
- 38) Alle Cem-Zitate nach Berliner Zeitung, Nr. 166, 19./20.7.1997, S.6.
- 39) Erscheinungsort der 1. Aufl. Istanbul 2001.
- 40) Asiye Öztürk: Die geostrategische Rolle der Türkei in Vorderasien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 4/2006, S.26.
- 41) Zitiert nach „Ultimatum und Sonderlob“. In: SZ, Nr. 253, 2.11.2012, S.6.
- 42) „Protokollnotizen“ des Interviews sind wiedergegeben in der Wiener Zeitung „Die Presse“ und im Konstanzer „Südkurier“. Susanne Güsten: „Dann sagen wir auf Wiedersehen“. In: Die Presse, 31.1.2013, S.1. Thomas Seibert: „Kurswechsel in der Türkei“. In: Südkurier, Nr. 26, 31.1.2013, S.5. Beide Berichte sind nahezu identisch!
- 43) Ebd.
- 44) Ebd.
- 45) Vgl. Die Presse, 14.10.2009, S.5.
- 46) Vgl. Südkurier, Nr. 26, 31.1.2013, S.5.
- 47) Vgl. Heinz Brill: Die neue geopolitische Rolle der Türkei. „Strategische Tiefe“ als außenpolitisches Konzept? In: ÖMZ, 4/2013, S.406-415.
- 48) Zitiert nach „Die Türkei hat andere Optionen“. In: SZ, Nr. 143, 24.6.2013, S.1. u. 7.
- 49) Joseph Frankel: Die außenpolitische Entscheidung. Köln 1965, S.249ff.



Dr. disc. pol. Heinz Brill

Geb. 1940; Wissenschaftlicher Direktor a.D. und Oberstleutnant d.R. (Luftwaffe), zuletzt stellvertr. Fachbereichsleiter für Sicherheitspolitik im Zentralen Forschungs- und Studienbereich des Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr. Studium der Politikwissenschaft. Promotion an der Universität Göttingen. Forschungsschwerpunkt: Internationale Sicherheitspolitik/Geopolitische Analysen der Gegenwart. Lehrtätigkeit an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und an den Universitäten Göttingen, Köln und Würzburg; seit 2005 Gastdozent an der Akademie Mitteleuropa.

Luftkrieg „neu“: Mehr Evolution als Revolution (Teil 1)

Friedrich W. Korkisch

Am 21. und 22. November 2012 fand unter Leitung von Brigadier Günter Schiefert und der Flieger- und Fliegerabwehrschule des Bundesheeres das Symposium Luftstreitkräfte 2012 statt, das der Luftkriegsoperation gewidmet war.

Der Verfasser dankt an dieser Stelle Herrn Brigadier Günter Schiefert und Herrn Brigadier Horst Walther, Landesverteidigungsakademie des BMLVS, für die Durchsicht des Manuskripts und für wertvolle Anregungen.

Vorbemerkungen zu Aerial Warfare

Noch nie zuvor sind über die politischen und militärischen Chancen, Potenziale, Kosten und Probleme des Luftkrieges so viele Bücher, Analysen und Aufsätze verfasst worden wie in den Jahren seit „Desert Storm“ 1991. Immer wieder finden sich in dieser Literatur Vorschläge für Veränderungen bei Führung, Organisation, Taktik oder Waffeneinsatz, aber auch neue Begriffe und Definitionen wie Third Wave War, Hybrid Air War oder Effects-Based Operations (EBO), über die Probleme mit Close Air Support (CAS), und wie man in einer Air Campaign mehr Wirkung erzielt. Die Bedeutung von Luftmacht wird hervorgehoben, und Sätze wie „*We control the air, and enable the Army to win*“ sind dafür typisch. Nicht neu sind Begriffe wie Counterair, Counterland Operations¹⁾ oder Deep Strike, aber neue Begriffe allein ändern an den Grundsätzen des Luftkrieges noch wenig. Allerdings meinen einige Autoren (wie John Warden), neue Begriffe zwingen zu neuem Denken.

Die AirLand Battle der 1980er-Jahre legte den Grundstein für eine besonders enge Kooperation zwischen Land- und Luftstreitkräften und war Auslöser für rund einhundert Beiträge allein in der Zeitschrift „Military Review“, und es kam zu laufenden Änderungen der Air Force Basic Doctrine, doch was wurde bewirkt? Die AirLand Battle 21 wurde zwar als taktische Variante von „Shock and Awe“ präsentiert, verschwand aber um 2005 wieder aus der Literatur. Neu hingegen ist das Air Sea Concept für einen denkbaren Krieg gegen China.²⁾ Außerdem wurde im Pentagon im August 2011 ein Air Sea Battle Office (ASBO) gegründet. Viele Begründungen und Vorschläge für neue Theorien beziehen sich immer wieder auf historische Beispiele. Jede neue Publikation des Department of Defense erläutert Einsatzgrundsätze und neue Begriffe mit Hinweisen auf den Zweiten Weltkrieg, Korea, Vietnam oder den Golfkrieg 1991. Dies wohl deshalb, weil solche Verweise die Begründungen komplexer Zusammenhänge vereinfachen.

Hier ist anzumerken, dass sich in Europa nur wenige Autoren mit den Grundsätzen des Luftkrieges ausein-

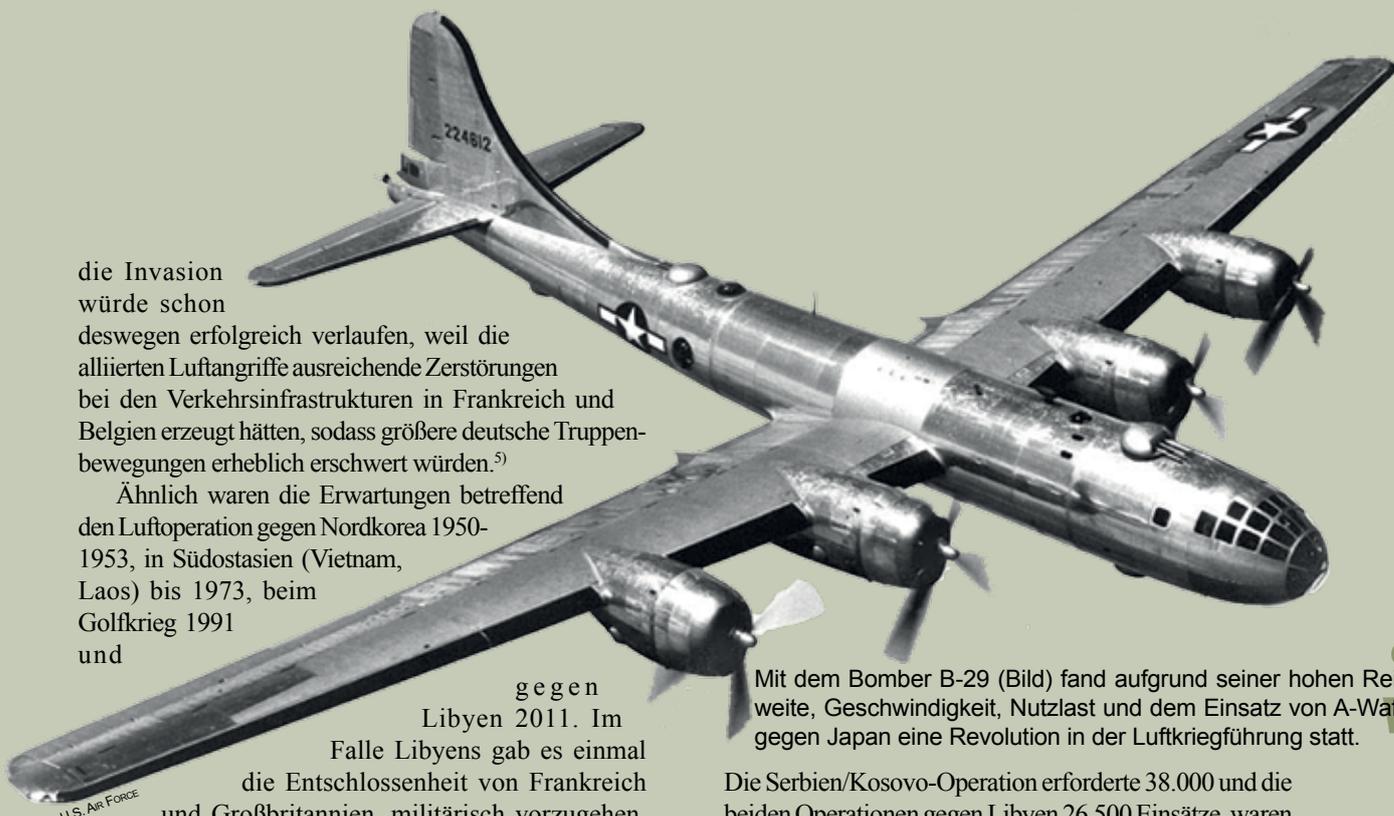
andersetzen.³⁾ So kommen in der European Security Strategy (2003) und im Report on the Implementation of the European Security Strategy (2008) Themen wie Luftbedrohung, Raketenabwehr oder Zivilschutz nicht vor, die Texte sind vielmehr betont abstrakt und ohne jeden Bezug zu militärischen Bedrohungen.⁴⁾

Die Evolution von Turbinenantrieb, Präzisionswaffen, Stealth, Elektronik und Data Link, sowie besserer Passivschutz erforderte fast 70 Jahre, brachte aber eine relativ hohe und historisch noch nie zuvor erreichte Überlebensfähigkeit des Flugzeuges. Es wird sich zeigen, ob Laserwaffen in der Luftverteidigung diesen Vorsprung verändern werden. Denn im Luftkrieg ist nur die mit Nachhaltigkeit durchgeführte Offensive ausschlaggebend; wer sich in der Defensive befindet, verliert.

UAVs sind eine weitere technologische Revolution, bieten Optionen nach oben (der Global Hawk hat die Abmessungen eines kleineren Verkehrsflugzeuges) wie auch nach unten (Micro-UAVs). Sie haben die Potenziale von Land-, Luft- und Seestreitkräften erweitert. UAVs eröffnen Möglichkeiten zur Bekämpfung von Zielen am Boden, ohne eine Besatzung Gefahren auszusetzen, sind strategische Waffen für die (oft verdeckte) Bekämpfung spezieller „Leadership“-Ziele und taktische für die Bekämpfung feindlicher Insurgenten, Truppen, Waffen und Logistik. Dass zu den Hauptnutzern von UAVs Geheimdienste und Special Operations Forces gehören, ist logisch. Die USA müssen auch damit rechnen, dass eine feindliche Macht Satelliten für Kommunikation, Navigation (GPS) und Aufklärung bekämpft, UAVs sind daher Alternativen im Rahmen des Mobile Passive Relay- and Multi-Platform Technology Program auf Basis der MQ-9 und RQ-4/MQ-4.

Die Alliierten eröffneten mittels einer Luftoffensive ab 1942, als Teil ihrer „Grand Strategy“, die zweite Front in Europa, auch zwecks Minimierung der Risiken für die im Herbst 1943 geplante Invasion. Das erklärt das mit enormem Aufwand auf die Beine gestellte alliierte Luftpotenzial, das eine maximale Wirkung zu akzeptablen eigenen Verlusten versprach. Die Alliierten waren der Meinung,

Unity of Command	Concentration	Economy of Force
Centralized Control	Priority	Security
Decentralized Execution	Balance	Surprise
Flexibility	Objective	Simplicity
Versability	Offensive	Unity of Effort
Synergistic Effects	Mass	Perseverance
Persistence	Maneuver	Restraint
		Legitimacy
Quelle: Autor		Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner



die Invasion würde schon deswegen erfolgreich verlaufen, weil die alliierten Luftangriffe ausreichende Zerstörungen bei den Verkehrsinfrastrukturen in Frankreich und Belgien erzeugt hätten, sodass größere deutsche Truppenbewegungen erheblich erschwert würden.⁵⁾

Ähnlich waren die Erwartungen betreffend den Luftoperation gegen Nordkorea 1950-1953, in Südostasien (Vietnam, Laos) bis 1973, beim Golfkrieg 1991 und

gegen Libyen 2011. Im

Falle Libyens gab es einmal die Entschlossenheit von Frankreich und Großbritannien, militärisch vorzugehen, doch war zunächst das Risiko nicht abschätzbar. Paris und London wandten sich daher an Washington, um das erhebliche libysche Luftpotenzial auszuschalten, was zur Operation „Odyssey Dawn“ führte, an der sich auch einige andere europäische NATO-Staaten beteiligten. Überlegt wurde auch eine Landoperation, doch diese fand bei der NATO und im UNO-Sicherheitsrat wenig Zustimmung. Die zweite Phase, die Operation „Unified Protector“, sollte eine der europäischen NATO-Staaten sein, doch diese hatten mit zahlreichen Problemen zu kämpfen, wie Ausbildungsmängel, Ersatzteilmangel, zu wenigen Luft-Boden-Waffen, politischen Vorbehalten, extrem langen Vorlaufzeiten für Verlegungen und als Zugabe, Streit betreffend die Operationsführung; Vorgänge, an denen letztlich auch bewährte Bündnisse wie die NATO scheitern können.

Airpower wirkt auch durch Quantität: In Korea wurden 1,1 Mio. Einsätze geflogen (davon 168.000 von der U.S. Navy und dem Marinekorps) und 680.000 Tonnen Bomben abgeworfen, davon 50.000 Tonnen Napalm. Die Vernachlässigung der Artillerieausbildung nach 1945 führte dazu, dass bis Ende 1951 die amerikanischen Infanteriedivisionen nur ein Drittel der im TOE (Personal- und Ausrüstungsnachweis) vorgesehenen Artillerieverbände hatten, Close Air Support (CAS) war daher ein Artillerieersatz.

Gegen Ziele in Vietnam, Laos und Kambodscha wurden 5,2 Mio. Einsätze von der U.S. Air Force, 785.000 von der Navy und 347.000 vom USMC geflogen.⁶⁾ Nur in einigen Phasen des Krieges kam es zu massiven CAS-Einsätzen (so bei Khe Sanh, beim Zurückschlagen der Tet-Offensive und 1972), der Rest war „Langstrecken“-Interdiktoren. Der Golfkrieg 1991 war ein weiterer Großeinsatz, mit über 100.000 Einsätzen der amerikanischen und rund 10.000 Einsätzen der verbündeten Luftstreitkräfte. „Iraqi Freedom“ wiederum erforderte in den ersten vier Wochen 48.000 Einsätze und bis Mitte 2009 rund 400.000, aber CAS war den AH-64, AH-1 und AV-8B vorbehalten.

Mit dem Bomber B-29 (Bild) fand aufgrund seiner hohen Reichweite, Geschwindigkeit, Nutzlast und dem Einsatz von A-Waffen gegen Japan eine Revolution in der Luftkriegführung statt.

Die Serbien/Kosovo-Operation erforderte 38.000 und die beiden Operationen gegen Libyen 26.500 Einsätze, waren quantitativ somit eher bescheiden.

National Interest, „Grand Strategy“ und „The American Way of War“

Luftmacht als politisches Instrument ist ein Ergebnis des Ersten Weltkrieges. Das Flugzeug war zuerst Aufklärungshilfe, war aber mehr als eine „Kavallerieergänzung“, war dann fliegendes Geschütz, das nach 1930 zur Terrorwaffe mutierte. Der ab 1935 das Flugzeug forcierende „American Way of War“⁷⁾ hinkte damals zwar hinter Europa und dessen Theoretikern nach, als aber im Mai 1940 Roosevelt erklärte, die USA würden nun jährlich 50.000 Flugzeuge bauen, zog man mehr als nur gleich: Airpower wurde eine Waffe zur Überwindung der Ozeane, wurde zur drohenden Hintergrundkulisse für die Außenpolitik und Diplomatie, war später ein Mittel der Abschreckung, diente als Instrument zur Umsetzung des National Interest, wurde zum Transportunternehmen für Atomwaffen, damit Kern der nationalen Sicherheit und zum rasch verfügbaren Instrument im Rahmen der Bündnispolitik.

Das „Nationale Interesse“ eines Staates ist das Leitmotiv für das politische Handeln, das heute in den USA in periodischen Abständen über die National Security Strategy und andere Dokumente artikuliert wird. Die Grand Strategy ist die Umsetzung des nationalen Interesses, damit mit diesem ident.

Airpower kann offensiv oder reaktiv eingesetzt werden (auch präemptiv, präventiv), wirkt durch Stützpunkte und Präsenz in vielen Teilen der Welt (Deployment), durch technische Überlegenheit und durch die Auswirkungen einer ständigen Evolution und Transformation.⁸⁾ Der Bomber B-29 und MajGen Curtis E. Le May begründeten, wie Michael Sherry meinte, sogar einen „technological fanaticism“, und das Strategic Air Command (SAC) wurde nach 1950 Kern einer Ideologie mit dem Anspruch der Unverwundbarkeit Amerikas und eröffnete Optionen für eine globale Machtprojektion, die der Air Force insgesamt einen Sonderstellung einräumten.⁹⁾

Beim Einsatz (Employment) zählen Führungsüberlegenheit, Planungsüberlegenheit, Feuerüberlegenheit, Flexibilität und Mobilität, man nutzt überlegene Logistik, benützt Satelliten; die Seeraumüberwachung aus der Luft hilft bei der Sicherung der Lines of Communication. Wichtig sind Intelligence zur Information Dominance und Battlespace Awareness. Airpower ermöglicht mit vorgetübten Joint- und Combined-Einsätzen mit Alliierten das rasche Organisieren von Luftpotenzialen und die Umsetzung von „War Plans“.

Immer mehr werden Air Only-Einsätze (ohne Bodentruppen) in Erwägung gezogen. Wenngleich sich Erfolge schwer messen lassen, sind Regimewechsel in zahlreichen Fällen durch Airpower gelungen, siehe Ghadafi, Milosevic, Noriega oder Bin Laden. Aber Airpower hat auch Grenzen: Im Falle von Syrien erklärte General Martin Dempsey am 22. Juli 2013 in Washington, dass eine Flugverbotszone über Syrien die Lage am Boden nicht verändern würde, weil sich der Krieg in Form von zahllosen kleinen Boden-Gefechten abspiele; die USA müssten daher reguläre Truppen und Special Forces-Kräfte am Boden einsetzen, was niemand in Washington anstrebe.¹⁰⁾

Strategic Airwar und Tactical Airwar überlagern sich

Die Unterteilung des Luftkrieges in einen strategischen und taktischen ist schwierig und oft willkürlich. Zumeist laufen beide Kriegsorten bzw. Operationen nebeneinander ab (parallel aerial warfare), aber auch taktischer Luftkrieg kann ein strategisches Ergebnis haben, etwa Regime Change, wie in Libyen 2011. Der Kampf gegen die feindlichen Luftstreitkräfte (Counter Air) ist gleichermaßen strategisch, wie auch taktisch.¹¹⁾ Ebenso der Lufttransport, den man in einen strategischen (auch Tanker), und den taktischen „Intra-Theater Airlift“ trennt.

Die FM 1-5 legte fest, dass „...strategic aviation operates...beyond the sphere of action of surface forces“ und „...tactical aviation...in support of ground forces... during battle“ zu fliegen ist. Dieser Grundsatz fand sich später in allen Vorschriften, wenngleich die Erklärungen zu diesen Grundsätzen laufend geändert wurden. CAS umfasste „...air action by fixed- and rotary-wing aircraft against hostile targets which are in close proximity of friendly forces...“ Was aber „close“ ist, blieb immer der jeweiligen Interpretation überlassen, allerdings war die Erwähnung des Hubschraubers etwas völlig Neues.

Abb.2	„Strategic Air Operations“
	Strategic airpower has in the „Pre War“ or „No Peace-Nor War“-scenario mainly a deterrent function.
	Strategic air warfare is warfare on the strategic assets of an enemy.
	Strategic air warfare has the purpose to eliminate the political, military, and if necessary, also of parts or of all of the industrial and infrastructure means of an enemy that are important to him for warfighting or the functionality of the state.
Quelle: Autor	Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

Strategischer Luftkrieg richtet sich gegen die feindlichen Zentren und die Wirtschaft. Taktisch ist zwar alles, was zur Unterstützung der Bodentruppen geflogen wird, aber in Korea bombardierten die strategischen Bomber B-29 taktische Ziele und führten neben Angriffen gegen

das Verkehrsnetz auch Interdiktions-Einsätze durch, dazu kamen Angriffe gegen die Städte Nordkoreas, was rund 350.000 Tote zur Folge hatte. Um die Bomber zu schützen, wurden zweimal pro Woche bis zu 150 F-86-Jäger und F-9-Panther bis zum Yalu geschickt, um eine etwa gleich große Zahl von MiG-15 abzufangen. Aber die Taktik war jener des Zweiten Weltkriegs gleich: Erringung der Luftherrschaft, Bombeneinsätze, Interdiktion, am Rande auch CAS.

Abb.3	Luftherrschaft, Luftüberlegenheit
	Die Beherrschung des Luftraumes ist der Schlüssel für einen erfolgreichen Luftkrieg:
	Luftherrschaft (<i>Air Supremacy</i>): Die totale Luftherrschaft im gesamten oder in einem Teil des Luftraumes oder wenn es keinen Luftfeind gibt.
	Luftüberlegenheit (<i>Air Superiority</i>): Diese erringt man räumlich, zeitlich, aufgrund technischer (Qualität), materieller (Quantität, Logistik) oder ausbildungsrelevanter Vorteile.
	Dominierende und andauernde Luftüberlegenheit führt zur Luftherrschaft.
Quelle: Autor	Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

In Vietnam und Laos waren mehr als die Hälfte der Einsätze gegen die feindliche Logistik angesetzt, und B-52-Bomber flogen Einsätze gegen kommunistische Kräfte auch in Laos. Die Aufwertung des taktischen Kampfflugzeuges durch dessen zunehmende Reichweite, durch Luftbetankung, höhere Bombenzuladung (auch Atomwaffen) und präzise Munition - „One Target - One Bomb“ - wie bei „Desert Storm“, machte Bomberpulks und Flächenbombardements überflüssig. Aber auch hier waren technische Grenzen gegeben: Die F-117 konnten sinnvollerweise nur bei Nacht angreifen, um ihre Stealth-Eignung auszunützen, konnten nur zwei Bomben tragen, waren daher ein ideales, aber keineswegs entscheidendes Instrument.

Landkrieg und Luftkrieg

Jeder Landkrieg erfordert umfangreiche Vorbereitungen, den Übergang von einer Friedensdislokation in einen Aufmarsch, die Bewegung von schweren Waffen und Truppenmassen (oft nach erfolgter Mobilmachung) über weite Distanzen, er erfordert das Erreichen eines Kampfraumes, führt zu Sieg oder Niederlage in Gefechten und zum Gewinn oder Verlust von Raum. Das Tempo der Bewegungen der Streitparteien liegt zwischen 3 und 5 km/h und erreicht ganz kurzfristig vielleicht 50 km/h. Die Auswirkungen sind überwiegend taktisch. Dies alles erfordert Zeit, komplexe Planungen, eine umfassende Logistik, und ist doch unberechenbaren Zufällen ausgesetzt.

Die Luftstreitkräfte hingegen können aus dem Stand heraus zu Luftkriegshandlungen übergehen, Truppenmassen müssen nicht bewegt werden, die meisten Planungen (Ziellisten, Flugrouten) liegen bereits im Detail vor, die Waffen befinden sich unmittelbar bei den Verbänden, Friedensorganisation und Kriegsorganisation sind ident, der Einsatzraum kann in Stunden erreicht werden. Flugzeuge bewegen sich mit 500 km/h bis 900 km/h und mehr. Der gesamte Luftraum wird Kriegsgebiet, alles kann zum Angriffsziel werden, auch die feindliche Regierung.

Die Auswirkungen des Luftkrieges sind daher gleichzeitig politisch-strategisch (Decapitation, Annihilation),

ökonomisch (Wirtschaftskrieg) und taktisch (Crippling, Chocking). Im Luftkrieg wird man versuchen, mehrere taktische Centers of Gravity zu neutralisieren oder zu vernichten, um das strategische Center of Gravity zu erreichen, was auch die Niederlage des Feindes besiegelt - so die Theorie von John Warden in Anlehnung an Clausewitz.

Theorieschulen

In Europa und in den USA war der Erste Weltkrieg für die Doktrinenentwicklung ausschlaggebend; dieses Thema wurde in der ÖMZ schon einige Male durch den Verfasser angesprochen; hier soll daher nur erwähnt werden, welche Dogmen bis heute wirksam sind.¹²⁾

Die Theoriedebatte wurde zwischen 1920 und 1938 in allen Staaten geführt: Bei Jägern ging es um „schneller“ und „höher“, was letztlich eine Frage der Motorleistung war. Bei Bombern ging es um die Nutzlast und Reichweite, was man mit zwei oder vier Motoren und größeren Treibstofftanks löste. Alle waren sich um 1930 darin einig, dass Luftkrieg in folgende und üblicherweise aufeinanderfolgende strategisch-taktische Teile zerfällt: (a) Erringung der Luftüberlegenheit oder Luftherrschaft (Counter-Air, Air Superiority, Air Supremacy); (b) Angriffe gegen strategische Ziele (Strategic Operations); (c) taktische Luftangriffsoperationen (Tactical Operations); (d) die unmittelbare Unterstützung der Landstreitkräfte durch CAS (als Teil der taktischen Operation); die (e) wichtige Luftaufklärung und Lufttransport waren weitere Aufgaben im Rahmen der Luftkriegshandlungen.

Am besten sind hierzu die ab 1930 einsetzenden Debatten über Theorien an der Air Corps Tactical School (ACTS), Maxwell Field, Alabama, jene innerhalb der RAF und die im Deutschen Reich dokumentiert. Auch bei der Luftwaffe versuchte General Walter Wever, eine Bomberwaffe aufzubauen, scheiterte aber bei Göring und Udet, die meinten, für einen „Vier-Mot“-Bomber könne man vier Jäger oder zwei leichte Bomber bauen.

In den USA war die Ausgangssituation insofern eine andere, da man eine angreifende Invasionsflotte weit vor den eigenen Küsten abwehren wollte; dazu benötigte man, neben einer Flotte, auch weitreichende Bomber, denen man (optimistischerweise) zutraute, Schiffe aus der Luft zu treffen. In Maxwell Field erkannte man außerdem, dass man für einen Krieg in Europa wie auch gegen Japan Langstreckenbomber benötigte.

Viel komplexer war aber die Frage, ob die Industrie solche Bomber bauen konnte, was sie konnte, und welche Kriegsziele sich mit Bombern erreichen ließen: Es gab dazu eine Reihe von Theorien: (a) Sieg durch Luftterror gegen die Bevölkerung; (b) ein Staat sei wie ein Uhrwerk (meinte MajGen Frank M. Andrews 1939) und beschädigt man ein Zahnrad, bleibt die Uhr „Staat“ stehen;¹³⁾ (c) im Krieg ist die gesamte Wirtschaft in einem straff gespannten Netz eingespannt, zerreißt das Netz an einer Stelle, fällt die Wirtschaft zusammen;¹⁴⁾ (d) gezielte Angriffe gegen die Energieversorgung und Infrastruktur. Man war der mechanistisch begründeten Überzeugung, dass Bomber allein und rasch einen Krieg entscheiden könnten, wenn man diese nur so rücksichtslos wie möglich einsetzte.

Das führte zur „Short War Hypothesis“, aber auch zum Postulat, dass jede Investition in andere Waffen eine Geldvergeudung darstellt. (Das erklärt auch, warum der Kommandant des RAF Bomber Command, Arthur Harris, 1943 meinte, jeder Luftangriff, der nicht gegen große Städte geflogen werde, diene nur dazu, irgendwelche Liberale und Pazifisten zu beruhigen, was aber nur den Krieg verlängere.)

Wie alle damaligen Befürworter des Bomberkrieges war auch Douhet bei seiner Kritik an der Generalität des Heeres nicht zurückhaltend, und auch Mitchell betrachtete nicht nur die Generalität der Army, sondern auch die Admiralität als unbelehrbar.¹⁵⁾ Noch gab es keinen Bomber, mit denen die USA die Ozeane überqueren konnten; man gab aber mehrere von der Industrie vorgeschlagene Bomberentwicklungen in Auftrag: Die B-17 (Erstflug 1935), B-18 (Fehlentwicklung), B-24 (1939/40), B-32 (verzögerter Erstflug 1942), B-29 (1940) und den B-36 (1942). 1941 bestellte die Army 20.914 Flugzeuge, davon waren aber nur 197 B-17 und 176 B-24, somit 1,8% des Beschaffungsumfanges; dies sollte sich rasch ändern.¹⁶⁾ 1942 begann die Massenproduktion der B-17 und B-24, aber 1944 waren beide Typen veraltet, und die B-29 war der erste wirklich moderne Bomber des Zweiten Weltkrieges.¹⁷⁾ Auch in Großbritannien gab es vor 1941 kaum eine nennenswerte Produktion von leistungsfähigen Bombern, ehe die Produktion des Lancaster anließ.

Das Army Field Manual FM 1-5 Employment of Aviation (1940) sah jedoch, aufgrund der Gegebenheiten des Ersten Weltkrieges, die Rolle des Air Corps ausschließlich bei der taktischen Luftunterstützung. Das Army Air Corps war ein Teil der Army, so wie die Naval Aviation ein Teil der Navy war, daher waren die Army-Kommandanten (die 1942/43 überall das Sagen hatten) auf die Heeresunterstützung fixiert, was auch in der neuen Vorschrift FM 31-55, Aviation in Support of Ground Forces vom April 1942 festgehalten war, nämlich, dass alle Flugzeuge in einem Theater of Operations die Armee zu unterstützen hatten.

Diese Unterordnung der Luftelemente sollte sich in Tunesien nachteilig auswirken, weil MajGen Lloyd Fredendall, CG II. Corps, und sein Stab die taktischen Bomber und Jäger wie Infanteriekompanien aufteilte und gegen Ziele losschickte, die man auch mit Artillerie hätte bekämpfen können. Belehungen gegenüber war er unzugänglich.¹⁸⁾ Die deutschen Jäger konnten die amerikanischen Flugzeuge jederzeit abwehren.

In einem weiteren Schritt wurden dann, nach vielen Diskussionen, die Army Air Forces führungsseitig völlig von der Army getrennt. Unabhängig davon wurden für den Luftkrieg im Westen ab Mitte 1943 die Strategic Air Forces der USAAF (wie auch parallel dazu das Bomber Command der RAF) führungsseitig von der taktischen Allied Expeditionary Air Force getrennt und von Washington aus gesteuert.

Auch bei den taktischen Kräften entschieden nun die Flieger, welche Einsätze sie durchführen würden und welche nicht; im Zentrum stand Interdiktion und nicht CAS. Wo immer die Army auf Direct Air Support for Ground Forces (der damalige Begriff für CAS) bestand, gab es eigene Verluste durch zu knappe Bombenabwürfe.

Innerhalb des Luftkrieges mutierte damit der strategische Luftkrieg zu einem unabhängigen Element, das immer mehr Bedeutung gewann, immer mehr Mittel erhielt und bei Kriegsende den taktischen Luftkrieg völlig überflügelte hatte.

Drei Autoren förderten nach Vietnam ein Umdenken in den Luftkriegstheorien: Col. John R. Boyd, F-86-Pilot in Korea, der für die Luftkampf Ausbildung den Observation-Orientation-Decision-Act (OODA)-Cycle vorschlug, der es im Luftkampf einem Piloten ermöglichen sollte, dem Gegner immer um einen Schritt voraus zu sein. Col. John A. Warden wurde nach seiner Dienstzeit als Kommandant des 36th TFW in Bitburg (mit 72 Jägern des Typs F-15A) Planungsleiter beim U.S. Air Force Chief of Staff im Pentagon und steuerte den „Checkmate Staff“, der eine laufende Bedarfserhebung für einen Krieg gegen die Sowjetunion durchführte.¹⁹ Warden veränderte den Luftkrieg auf der konventionell-strategischen Ebene. Col. Thomas Cardwell befasste sich mit Führungs- und Organisationsfragen und der Einordnung von Luftelementen der Navy und des Marinekorps in die Theater Warfare-(Kriegsschauplatz-) Strukturen.

Im Krieg geht es immer um die physische Vernichtung des Feindes, außerdem ist Luftkrieg teuer und offensiver (strategischer) Luftkrieg ganz besonders, was man als Ursache für das geringe Interesse europäischer Regierungen an offensivfähigen Luftstreitkräften deuten kann.

Doktrinen: Rückkehr zu Bewährtem

Theorie und Praxis

In der Theorie trennt man (siehe oben) den Luftkrieg in den strategischen („independent air war“) und taktischen Luftkrieg. Es war Hugh Trenchard, der in der strategischen Bomberwaffe die Zukunft des Luftkrieges erkannte, weil dieser den Krieg ins feindliche Hinterland tragen konnte, um dort die industriellen Zentren des Gegners zu zerstören. Er prägte den Satz „The bomber gets always through“, samt dem Zusatz, dass der Bomber keinen Begleitschutz benötige, dies mit der einzigen Einschränkung, dass zuvor die Luftüberlegenheit errungen sein müsse. Und genau das war das Kernproblem des Luftkrieges, da wiederum die Bomber mithelfen mussten, diese Luftüberlegenheit durch Bombardierung der feindlichen Luftinfrastruktur zu gewinnen. Giulio Douhet und William Mitchell dachten ähnlich und erwarteten, als Folge dieser Bombardierungen, eine Revolte der überlebenden Zivilbevölkerung gegen die eigene Regierung. (Alle meinten damals, Fliegerabwehrwaffen wären unwirksam.) Damit kam es zu einer klaren Trennung zwischen den Verfechtern strategischer Luftangriffe und einer betont taktischen Heeresunterstützung. (Letztere führte bei der deutschen Luftwaffe zu Flugzeugen mit zu geringen Reichweiten und zu geringen Bombenlasten, was sich dann bei den Angriffen gegen Großbritannien und die Sowjetunion nachteilig auswirkte, ein Fehler, der nicht mehr korrigiert werden konnte.)

Im Zweiten Weltkrieg wollten die Bataillone an der Front jenen Feind aus der Luft bekämpft sehen, der in den nächsten 60 Minuten auf sie treffen würde, die Korps jenen, den sie in drei Tagen erwarten mussten, die

Armeeführung jenen, mit dem sie in einer Woche rechnen konnten; heute geht es im Bereich von Counterinsurgency oft nur um Stunden. Auch dies führte zu unterschiedlichen Sichtweisen und Erwartungen an die Luftunterstützung.

Seit April 1953 gibt es die U.S. Air Force Basic Doctrine. Dominierten in den Texten der ersten 20 Jahre noch die Bomberwaffe und nuklear-strategische Inhalte und wurde die Luftverteidigung noch als essenziell vorgestellt, der taktische Luftkrieg aber nur kurz abgehandelt, hat sich dies nunmehr völlig verändert. In den letzten 15 Jahren wurde die U.S. Air Force Basic Doctrine außerdem durch viele und teilweise sehr umfangreiche Subdokumente erweitert; dasselbe gilt auch für die NATO. Man könnte hier anführen, dass es früher nicht nötig war, alles zu regeln.

Air Force-Apologeten sind sich darin einig, dass man Doktrinen zwar laufend verbessern, aber kaum grundsätzlich verändern kann, dass die Grundlagen des Luftkrieges seit 1918 weitgehend die gleichen geblieben sind. Aber auch die idealste Ausgangslage kann durch Zuwarten und Verzögern oder durch einige wenige Fehlentscheidungen in das Gegenteil umschlagen.

Lernprozesse

Die Nichtbeachtung von Einsatzgrundsätzen kann zu Problemen führen, aber von großer Bedeutung ist das Erkennen von Irrtümern. Das beginnt bei den Auswirkungen von falschen Unterstellungen (siehe Tunesien 1942), von zu hohen Verlusten bei unzureichend geplanten Luftlandungen (Kreta 1941) und reicht bis zu den unzureichenden Methoden, Bomberpulks gegen Jägerangriffe zu schützen. Entscheidend war der Lernprozess bei der Bekämpfung von FIA-Lenk Waffenstellungen in Nordvietnam (Verfahren „Wild Weasel“), zuerst noch riskant mit F-100F und F-105F, dann besser mit F-4G, was zur Suppression of Enemy Air Defense (SEAD)-Taktik mutierte, mit immer besseren und weiter reichenden Waffen, letztlich im Irak 2003 und in Libyen 2011 ohne Eigenverluste.²⁰

Die Hubschrauberrevolution fand in Vietnam statt, im Detail dargestellt auf Tausenden Seiten im Rahmen der Vietnam Studies des Department of the Army.²¹

Von 11.827 nach Südostasien verschifften Hubschraubern gingen bei rund 35 Millionen Einsätzen mehr als 5.000 verloren, davon 4.700 aus den Beständen der Army, davon waren wiederum 3.300 UH-1. Airpower hat immer taktische und technische Grenzen.

Der größte Lernprozess erfolgte im Bereich Electronic Warfare, dessen Anfänge sich bis 1940 zurückverfolgen lassen und die die unterschiedlichsten Bereiche umfasste, wie Radars, Funkaufklärung und Funkstörung, Radar-Navigation, Jägerleitung, Crypto-Entschlüsselungen, Radiopeilungen und den Lenkbombeneinsatz, Radar-Frequenzwechsel bis zum heutigen Cyberwar. Auch der PGM-Einsatz erfordert eine spezielle Ausbildung. Die B-52-Bomberbesatzungen sollten im Kriegsfall ihre B-61 A-Bomben im Tiefflug gegen Ziele in der Sowjetunion einsetzen, der Einsatz von konventionellen ALCM aber aus Höhen von 8.000 Metern erfolgen, das musste daher geschult werden.

„Desert Storm“ war eine Luftoperation, die eine neue Entwicklung in der Luftkriegsgeschichte einleitete. Dass

dieser enorme und kostspielige Luft- und Landaufmarsch von der Politik durch einen nur 100 Stunden andauernden Bodenkrieg gegen einen flüchtenden Feind verspielt wurde, ist ein anderes Thema (siehe Teil 2). Eine Stunde vor Angriffsbeginn kam es zur Ausschaltung der irakischen Frühwarnradars südlich von Bagdad durch einen Langstreckeneinsatz von AH-64 Apache-Hubschraubern mit Hellfire-Waffen („Mission Normandie“).

Da bei den europäischen NATO-Luftstreitkräften nach 1991 immer mehr gespart wurde, kam es 1995 und 1999 zu Verknappungen bei Ersatzteilen (so bei den F-16). 2011 machte sich die Einsparung bei den Flugstunden bemerkbar, da es zu wenig Tornado-Piloten mit Nacht- und PGM-Ausbildung gab, gleichzeitig waren zuvor alle Harrier-Staffeln der RAF mit hervorragendem Ausbildungsniveau und hohem Einsatzklarstand aufgelöst worden (die Maschinen gingen in die USA). Eher peinlich war erneut der Ersatzteilmangel, der mehrere nach Italien entsandte Kontingente betraf. In der NATO haben sich die Flugzeugbestände gegenüber 1990 um rund 55% verringert, Tendenz weiter fallend.

Die Praxis: Command and Control (C2)

C2 umfasst die Führung, das Führungsverfahren, Unterstellungen, die Stabsarbeit, die Planung und Durchführung von Einsätzen und die Überwachung des Operationsablaufes. Dabei kann es zu einer Überbetonung der Zentralisierung kommen, vor allem dann, wenn versucht wird, jeden Einsatz detailliert vorzugeben. C2 erfordert ein laufendes Abwägen der Möglichkeiten anhand vorhandener Plattformen, der Verfügbarkeit von Aufklärern oder Tankern,²²⁾ von Logistik, vorhandener Störflugzeuge, Flugdistanzen, der Beurteilung von Gelände, Klima und Wetter, den Vorgaben von Alliierten oder des Gastlandes, den Rules of Engagement und der Vermeidung von Kollateralschäden.

Haywood Hansells Scheitern in Guam 1944 war auch die Folge unzulänglicher Stabsarbeit. Auch William Westmoreland beklagte den mangelhaften Arbeitsstil, als er 1964 den Stab von General Paul Harkins in Saigon übernahm. Die Wahl des Chief of Staff, des J-2/A-2, J-3/A-3 oder des J-4/A-4 kann entscheidend sein.

In Korea gab es Streit, als sich die Navy wehrte, ihre Trägereinsätze mit der 5th Air Force zu koordinieren, was in der Praxis auf eine Weisungsbefugnis von LtGen George E. Stratemeyer, USAF, Commander Far East Air Force/Far East Bomber Command hinausgelaufen wäre. Ende 1952 einigte man sich zumindest auf eine engere Zusammenarbeit.²³⁾ Mit Korea begann Ende 1952 auch die Bildung integrierter Stäbe, als General Mark Clark das Joint Far East Command mit 200 Offizieren von Army, Navy und Air Force einrichtete, die ersten J-1 bis J-5 bestellte, womit ab 1. Jänner 1953 ein vorgesetztes Kommando für die Far Eastern Air Forces, das Far East Army Command und Naval Forces Far East existierte, das dann Muster für ähnliche Kommanden wurde.

In Südostasien waren die Luftfeinsätze anfangs auf nicht kooperierende Kommanden aufgeteilt, so auf

die 13th Air Force, 7th Air Force, die autonome 2nd Air Division, und die B-52 unterstanden dem SAC in Omaha; die Flugzeugträger unterstanden der 7th Fleet. Nachdem diese Probleme durch die Zentralisierung der taktischen Einsätze unter Gen. William Momyer geklärt waren, stellte sich dann die Frage, ob auch die taktischen Einsätze der Flugzeuge des USMC ebenfalls von der 7th Air Force in Than Son Nhut gesteuert werden sollen. Das USMC sagte nein. (Col. Cardwell hatte diese Situation zum Anlass seiner Untersuchung über die Zusammenarbeit zwischen den Teilstreitkräften genommen.)

Durch das Goldwater-Nichols Act wurden die Combatant Commands aufgewertet, sie wurden zu „War Commands“, dazu kamen einheitliche Strukturen für die Component Commands, die allerdings nicht einheitlich mit Kampfverbänden ausgestattet wurden, sondern diese bei Bedarf zugewiesen erhielten; nur EUCOM und PACOM hatten permanent Truppen unterstellt; beide teilten sich anfangs mehr oder weniger die gesamte nördliche Halbkugel vis à vis des kommunistischen Blocks auf, während in den USA (in der geographischen Mitte beider Führungsbereiche) die „strategische Reserve“ der „Base Force“ lag.

Dass es innerhalb eigener Organisationen zu Problemen kommen kann, zeigte sich bei der ersten Phase der Libyen-Operationen, als das Kommando AFRICOM, da ohne einen planungsfähigen Luftstab, die Planung für „Odyssey Dawn“ an die U.S. Air Forces Europe (USAFE), bzw. an die 17th Air Force, Ramstein AB, abgeben musste, womit USAFE/EUCOM auch zum Air Force Component Command AFRICOM wurde. (siehe Teil 2)

C2 muss auf Veränderungen der Lage rasch reagieren: Nachdem die politische Führung in Washington davon ausging, dass es Nordvietnam nicht wagen würde, die neu installierten SAM-2-Raketen gegen die amerikanischen Flugzeuge einzusetzen, war man dann bei deren Einsatz erst nach Monaten in der Lage, neben Chaff auch elektronisches Jamming einzusetzen; die F-105 hatten keine ECM-Systeme an Bord, und Jamming-Flugzeuge waren im Bereich PACOM 1964 nicht vorhanden, deren Einsatz war „real“ kaum geübt worden. C2 muss auch regeln, wo, wie und wann sich die eigenen Flugzeuge im Luftraum bewegen und wo und wann die eigene Fliegerabwehr wirkt. Dieses Dauerproblem hat auch innerhalb der NATO jahrelang das Air Defense Committee beschäftigt.²⁴⁾

Waren uneinheitliche Führungsmittel und nicht kompatible Frequenzen in Vietnam ein Problem, so waren in Grenada („Urgent Fury“, 1983) und auch bei den Operationen in Panama („Just Cause“, 1989) diese Defizite noch nicht völlig behoben und bei „Desert Storm“ (1991) nunmehr im Computer-Bereich gegeben, was zu unerwarteten Friktionen führte. Extrem komplexe Führungsabläufe verzögerten immer wieder die Weitergabe von Intelligence-Berichten, so die zeitgerechte Warnung vor den Anschlägen am Flughafen in Beirut (Oktober 1983)²⁵⁾ und bei den Khobar Towers (Juni 1996).²⁶⁾ Die verzögerte Weitergabe von

Intelligence-Daten ist ein laufendes Thema bei jedem Einsatz, wurde in Afghanistan beklagt, ebenso bei der Libyen-Operation 2011.

Die Praxis von Centralized Control, Decentralized Execution

Zentrale Planung und Führung und dezentrale Durchführung sind eng mit C2 verbunden, und hier sind individuelle Führungseigenschaften am deutlichsten sichtbar. „Zentral führen, dezentral durchführen“ war zumindest bis „Desert Storm“ gegeben. Aber je mehr Jointness gepredigt wird, desto mehr multinationale Combined-Einsätze zur Durchführung kommen, je mehr Detailregelungen erforderlich werden, desto enger wird auf der Durchführungsebene die verbleibende taktische Freiheit und Eigeninitiative.

In jeder Air Force Basic Doctrine seit 1953 (damals als Erstentwurf des Air Force Manuals 1-2, später AFM 1-1, dann AFDD 1) findet sich an prominenter Stelle stets die Forderung nach dezentraler Durchführung. In einer Koalitionskriegführung mit extrem vielen Detailregelungen wie Zeiten für Start, Einflug, Ausflug, Separation of Forces, Kill Boxes, starr geregelte Ein- und Ausflurouten etc. bedarf es einer genau abgestimmten Planung, was den Handlungsspielraum unterer Führungsebenen stark begrenzt.

Wie weit Zentralisierung zwingend und Dezentralisierung möglich ist, hängt somit von den Begleitumständen ab.²⁷⁾ Harris hatte grünes Licht für seine Luftangriffe, die er mit Air Marshal Portal absprach. MajGen Curtis E. Le May oder MajGen Lauris Norstad wäre es aber nicht eingefallen, vor einem B-29-Angriff auf eine japanische Stadt einen Politiker zu fragen. Präsident Kennedy hatte den Einsatz strategischer A-Waffen an militärische Instanzen (wie das SAC) delegiert, den der taktischen A-Waffen an die Air Force-Kommanden und jenen der atomaren Artilleriemunition an die Armeekommandanten in Korea (8th) und Europa (7th) bzw. an die Korpskommandanten übertragen.

Der Trend geht heute in die gegenteilige Richtung, weil die Kommunikationssysteme dies zulassen und „Political Oversight“ von der militärischen Spitze bis zum Geschwader hinunter angesagt ist. Der Trend zu mehr Zentralisierung findet sich auch in der JP 3-0 Joint Operations: „*The purpose of unity of command is to ensure unity of effort under one responsible commander for every objective.*“²⁸⁾

Viele übergeordnete Führungsebenen sehen in einer Befehlstaktik (Command-type Tactics) auch Vorteile gegenüber einer Auftragstaktik (Mission-type Tactics), müssen sich eine solche aber auch selber gefallen lassen. Es war früher eben nicht üblich oder möglich, einen Angriff mit 700 Bombern, geführt von einem Oberst im Führungsbomber, politisch zu überwachen; 2011 setzte ein Generalleutnant fünf Flugzeuge von zwei Nationen gegen ein Ziel in Bengasi ein und musste sich vorher von einem halben Dutzend Stellen grünes Licht geben lassen - das fördert nicht gerade Auftragstaktik. Zentralisierung bis zum einzelnen Einsatz fördert und duldet Inkompetenz, andererseits werden gute Ideen gar nicht mehr artikuliert.

John Warden: Die Wiederentdeckung des feindlichen „Zentrums“

Warden, ein Douhetist, meinte, durch Zerstörung des politischen Zentrums des Feindes (des Center of Gravity) werde dieser handlungsunfähig. CAS lehnte Warden ab, sondern verlangte eine zeit- und mittelsparende Konzentration aller Luftsätze auf dessen politisch-militärisches (strategisches) Zentrum und dessen Infrastrukturen.²⁹⁾

Was die angestrebten Ziele des Luftkrieges anbelangt, kann man, so Warden, zwischen einer zeitraubenden Vernichtung des Feindes (Annihilation), der Schwächung der feindlichen Kräfte (Attrition), der Unterbindung seiner Kriegsführungsfähigkeit durch Zerstörung seiner Infrastrukturen (Infrastructure-Crippling), Vergeltungsangriffen (Reprisal Attacks) oder der Unterbrechung der Verkehrsverbindungen (Chocking-off) unterscheiden. Solche Methoden kosten Zeit und bedingen ein phasenweises und zeitraubendes Aufbrechen der Schutzringe um das Center of Gravity durch zahllose Counter Air- und Counter Land-Einsätze. Sinnvoller ist, so Warden, ein direkter Angriff gegen das Zentrum bzw. gegen die feindliche Führung (Decapitating), womit die Außenringe ihre Funktion verlieren und nur mehr sich selber schützen.

Einige Generale der Air Force (so die an der Spitze des Tactical Air Command stehenden Wilbur Creech und Robert Russ) bezweifelten die Wirksamkeit solcher Angriffe, andere in der Air Force unterstützten Warden, so die Generale Michael Dugan und dessen Nachfolger Merrill A. McPeak.

Strategischer Luftkrieg

Bei der U.S. Army Air Force wurde der strategische Luftkrieg besonders von den Generalen Henry H. Arnold, Haywood Hansell, Ira Eaker, Nathan Twining, Earle Partridge, James Doolittle, Hoyt S. Vandenberg, Lauris Norstad, Truman H. Landon, Curtis E. Le May und Thomas Power forciert. In Europa führten die 15th und 8th Air Force der USAAF ihre Präzisionsangriffe gegen die wichtigen Industrien im Sinne des „Netz-Zerreißen“ durch, aber Gewicht hatte nur die 8th, die von Großbritannien aus mit B-17 operierte.

Man errechnete, wieviele Bomben man für die Zerstörung der Ziele benötigt und wieviele Bomber man benötigt, um diese Bomben zu transportieren, plus einem Drittel weiterer Bomber zum Ausgleich von Verlusten und als Reserve für technisch-fliegerische Ausfälle.³⁰⁾ Die gemauerten Großstädte erforderten große Bombenmengen, und die Dezimierung der Zivilbevölkerung war teuer. Präzision wurde gegen spezielle Ziele angestrebt (konnte aber erst 1991 bei „Desert Storm“ erreicht werden). Um Verluste durch Jäger zu mindern, plante die RAF Nachtangriffe; die amerikanischen Bomber mussten jedoch, um die jeweils selektierten Ziele zu treffen, zwangsläufig bei Tag angreifen. Um die Verluste zu reduzieren, begleiteten ab Mitte 1944 P-51-Jäger mit Zusatztanks die Bomber bis Mitteldeutschland; über Japan benötigten die B-29 kaum Jagdschutz.

Bei den alliierten Luftkriegsplanern gab es bis 1943 Diskussionen über die Prioritäten: Städte oder Munitionsfabriken (die John Slessor von der RAF als zentral

betrachtete)? Der Flugzeugbau und Flugzeugmotoren, U-Boot-Werften? Ölraffinerien, die Elektrizitätsversorgung oder das Transportwesen? Die anwachsende Zahl an „strategischen“ Zielen überstieg die vorhandenen Angriffskapazitäten und die von Hansell im August 1940 selektierten 154 Ziele im AWPD-1 beinahe um das Zehnfache.

Es gab aber weder durch die Bomben von oben, noch durch „Druck von unten“ einen Regimewechsel, denn die Bevölkerung konnte nirgends gegen diese Angriffe protestieren. Die RAF flog im Reichsgebiet primär gegen die Städte, man wollte die Zivilbevölkerung treffen, um deren Moral zu untergraben, was aber nicht gelang, denn die Angriffe erfolgten in Schüben und trafen immer nur einen kleinen Teil der Bevölkerung.³¹⁾ Dazu kamen die das politische System stützenden Solidarisierungseffekte mit den Opfern. Es kam auch nicht zu dem von Hansell erwarteten „Aerial Todesstoß“. Proteste der Japaner gegen den Tenno gab es im Zuge der von Le May angeführten vernichtenden B-29-Angriffe mit Brandbomben schon gar nicht. Diese Angriffe waren höchst wirksam, was sich an den 80.000 Toten bei einem einzigen Angriff gegen Tokio zeigte, einem Luftschlag, der die Wirkung der ersten Atombomben überstieg.

Der strategische Zweck des „around the clock bombing“ wurde jedenfalls erreicht, allerdings über den Umweg enormer Investitionen in die eigene Luftfahrtindustrie, Luft-Infrastruktur, in Organisation und Ausbildung des wachsenden Personalbedarfs, samt Akzeptanz der Verluste an Gerät und Besatzungen. Der massive strategische Angriffskrieg 1944/45 war zugleich eine Manifestation unabhängiger Luftkriegführung - völlig unabhängig vom Landkrieg: Man erfocht solche Ergebnisse durch Airpower-pur, ein Effekt, der, mit den Atombomben auf Japan, in den USA die Frage aufwarf, welche Rolle in Zukunft Land- und Seestreitkräfte noch spielen würden.

In Großbritannien, das näher am Kriegsgeschehen lag als die USA, wettete ab Herbst 1944 die Kirche zunehmend gegen die Flächenbombardements. Nach Dresden im Februar 1945 erlebte Marshal of the RAF Arthur Harris eine gegen ihn und das Bomber Command gerichtete Distanzierung von genau jenen Politikern, die drei Jahre zuvor vehement von ihm verlangt hatten, Deutschland endlich „zu bestrafen“. Er, Charles Portal und Hugh Dowding, alle drei „Retter der Nation“, wurden zwar in den Adelsstand erhoben, aber Harris bekam sein umstrittenes Denkmal erst 50 Jahre später. 1945 brachte auch das Ende der massiven konventionellen Angriffe, die nun durch A-Bomben-Angriffe einzelner Bomber abgelöst wurden.

Der Krieg in Korea war konventionell: Land- und Seestreitkräfte wurden wieder wichtig. General Mark Clark meinte im August 1952, man werde am Boden die Kommunisten nicht zu einem Waffenstillstand zwingen können, man könnte jedoch versuchen, dies durch massive Luftangriffe zu erreichen. Das Ziel war daher, im Sinne von Douhet und der Anwendung von „psychological effects“, eine „...strategy of air pressure and a maximum practicable use of available air strength...“ Die Joint Chiefs of Staff stimmten zu und Clark setzte das Luftpotenzial schonungslos ein: Massive Luftangriffe durch

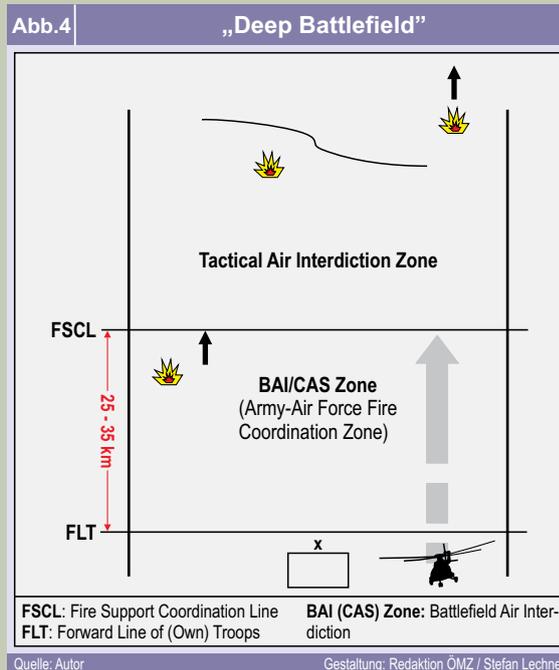
B-29-Bomber und taktische Luftangriffe mit Napalm zerstörten alle Städte, vernichteten rund 70% des aus China kommenden Nachschubs, kosteten die Chinesen Ausfälle von rund einem Bataillon pro Tag und dezimierten das Luftpotenzial: Von den rund 3.000 an China gelieferten MiG-15 gingen fast 1.000 durch Luftkämpfe und weitere 1.000 durch Unfälle verloren. Es war Peking klar, dass der Krieg nicht mehr gewonnen werden konnte, und es verlor das Interesse an dessen Weiterführung.³²⁾ Damit war erneut (erfolgreich) versucht worden, ein strategisches Ziel mit konventionellen Luftbombardements über „extensive pressure“ zu erreichen.

Taktischer Luftkrieg

Die Perfektionierung des taktischen Luftkrieges

Da der taktische Luftkrieg gegenüber dem kaum eintretenden Fall eines strategisch-atomaren Krieges immer mehr in den Vordergrund rückte, wurde das TAC zur „Everyone’s Air Force“, war bei Interventionen wichtiger als das nuklear-strategische SAC mit seinen Langstreckenbomben und ICBMs, das auf den Atomkrieg wartete und seine Existenz dem Atomkrieg verdankte. Die Entwicklungen beendeten schon vor „Desert Storm“ die Trennung von strategischem und taktischen Luftkrieg, da es nun um Wirkung („effects“) ging und eine Trennung weniger durch unterschiedliche Plattformen (Bomber, taktische Jagdbomber) als durch nukleare und konventionelle Einsätze erfolgte.³³⁾ Das SAC brachte sich nun auch als konventionelle Waffe in den taktischen Luftkrieg ein und bewies, dass ein einzelner B-52-Bomber mit seinen PGM-Waffen eine ganze TAC-Staffel ersetzen konnte.

Die Bombergenerale traten zudem nach und nach ab, und eine neue Generation von Generalen trieb die Veränderungen voran, wie Wilbur L. „Bill“ Creech, Robert J. Dixon, Charles A. J. Gabriel, John P. Jumper, Robert C. Mathis, John L. Piotrowski oder Alton S. Slay. Die jungen Piloten des TAC hatten nach den Post-Korea-Entwicklungen (F-100, F-101, F-104, F-105) und den



nachfolgenden Typen (F-4 und F-111) zwei technische Ziele: einen wendigen leichten Überschalljäger und den schnellsten Air Superiority-Jäger der Welt. Ähnliche Ziele hatte die Navy.

Diese Forderungen führten in der Air Force und im Kongress zu einem Streit zwischen den Befürwortern eines leichten und billigeren Jägers (die F-20/F-5G) und jenen, die der teuren F-15 den Vorzug gaben. Aber in jedem Duell über Nellis AFB war die F-15 wegen ihres starken Radars und besseren Feuerleitung überlegen. Der ideale leichte Jäger war dann die F-16, die von Anbeginn an als „multi-role“-Flugzeug ausgelegt war und weltweit keine Parallele hatte. (Die Navy wählte eine Weiterentwicklung des Konkurrenzmodells YF-17, das zur F/A-18 wurde.)

Man erkannte um 1975 im Westen, dass die klassischen taktischen Einsatzgrundsätze und Luftkampfverfahren durch die moderne Avionik und neue Waffen verändert wurden.³⁴⁾ Es gab technologische Durchbrüche im Flugzeugbau, die in Angriff genommen und auch nach Ende des Kalten Krieges weitergeführt wurden, wie die Projekte B-2, F-22 und Joint Strike Fighter, in Europa der Eurofighter. Aber das waren auch Reaktionen aufgrund der neuen Feindtypen wie MiG-29 und Su-27; dies nicht zuletzt deshalb, weil auch Staaten der Dritten Welt von Russland mit solchen Typen versorgt wurden. Ab 1995 standen neue Luft-Luft-Lenk Waffen (z.B. AMRAAM) zur Verfügung, die Beyond Visual Range (BVR) eingesetzt werden konnten, was wiederum AWACS als fliegende Jägerleitstelle in den Vordergrund rückte und was die Frage nach der Weiterführung der Dog-Fight-Ausbildung aufwarf.

Das führte zu einer Reform des taktischen Luftkrieges in Richtung Wirkungsmaximierung, wie auch zu einer Reform des Tactical Air Command (TAC) selber, so unter Schwerpunktsetzungen wie „Train as You Fight“, „Global Reach - Global Strike“, etc. Bill Creech³⁵⁾ bzw. das TAC forcierten das E-8 J-STARS-Programm und die EH-130H Compass Call. Umfassende Übungen wie Red Flag (Feinddarstellung samt Radars, ECM und FIA-Simulation mit internationaler Beteiligung, die in Nellis AFB, Nevada, 100 bis 250 Flugzeuge im Übungsverlauf sahen), Blue Flag (für Geschwaderkommandanten), Gold Flag (für die Luftkampfausbildung), Green Flag (Electronic Combat) und Aggressor Squadrons verbesserten die Pilotenausbildung.³⁶⁾ Rotationen in das befreundete Ausland machten Stäbe und Verbände mit ihren Einsatzräumen bekannt (das Checkered Flag-Programm für Europa, den Nahen Osten, Japan, Thailand etc.).

Der Ausbau der Fighter Weapons School in Nellis AFB war ein entscheidender Schritt, war aber eine Idee der Navy, die bereits 1968 in NAS Miramar (bei San Diego) ein derartiges Aggressor Training unter dem Namen „Top Gun“ eingerichtet hatte.³⁷⁾ Es war der Air Force 1990 allerdings nicht klar, ob dieses Ausbildungsverfahren weitergeführt werden sollte, wurde aber nach Auswertung der Red Flag-Übungsreihe ab 2003 wieder als „vordringlich“ forciert. Die Navy hingegen war von „Top Gun“ immer überzeugt und übersiedelte nach NAS Fallon, Nevada.

Close Air Support

1953 forderte die NATO mehr „Tactical Air Support“

und schrieb einen leichten Jagdbomber aus, der dann als G-91/G-91Y in 770 Exemplaren gebaut wurde. Auch die USAF hatte Interesse an der G-91 und auch die U.S. Army(!).³⁸⁾ Völlig anders konzipiert war die A-10: Als man 1978 die A-10 in Dienst stellte, lag die erste perfekte Panzerbekämpfungsplattform der Geschichte vor. Jedes Schulflugzeug sollte bewaffnet werden, so auch der Alpha Jet und der britische Hawk.

CAS erzielte bei idealen Bedingungen gute Erfolge, die aber bei deren Fehlen ausblieben: Schlechtwetter, falsche Lagebilder und plötzliche Lageänderungen, dichte Bodenbedeckung (Wald), eine ungenügende Anzahl von Flugzeugen und Mangel an Bomben waren die häufigsten Probleme. Das förderte die Suche nach Alternativen. Bewaffnete Hubschrauber halfen in Algerien beim Aufspüren und Jagen von Aufständischen. In Vietnam und Laos flogen bewaffnete UH-1 als Begleitschutz für Transporthubschrauber und konnten auch für Feuerunterstützungsaufgaben herangezogen werden. Aber es war wiederum Frankreich, das Panzerabwehrwaffen (SS-10, SS-11) an Hubschraubern montierte und damit eine Evolution einleitete.

Ähnlich war die Situation bei der Navy, da es keine Nachfolger für die A-4, A-6 und A-7 gab und beim USMC die 130 AV-8B Harrier spätestens um 2025 außer Dienst gestellt werden.³⁹⁾ Die F-35B, der Eurofighter oder Gripen sind keine „Billiglösung“, werden also für CAS wohl kaum verfügbar sein.

Was unterscheidet Battlefield Air Interdiction (BAI) von Tactical Air Interdiction? Die Distanz von den eigenen Linien. 1964 verschwand der Begriff „Bomb Line“ in den Air Force Vorschriften und wurde durch die Fire Support Coordination Line (FSCL) der Army ersetzt, eine Linie, die in einem Abstand von rund 25 bis 35 km (sollte im Gelände erkennbar sein) vor die Forward Line of (Own) Troops (FLT) gelegt wurde. In der Zone zwischen FLT und FSCL wird Artilleriefeuer und BAI (ex CAS) durch die Artilleriefeuerleitung und durch FACs gesteuert. In dieser Zone werden somit alle Lufteinsätze mit bzw. von der Army koordiniert (auch die Kampfhubschraubereinsätze).

Exkurs: Die Air Campaign Planung bei EUCOM

Der „unpopuläre“ Zwischenschritt Active Defense

In Europa hatten EUCOM und die NATO das Problem, dass die Kräfte des sowjetischen Blocks (Warschauer Pakt) mit Fronten und Armeen entlang mehrerer Angriffsrichtungen (sieben nördlich der Alpen) nach Westen vorstoßen würden. Die Bundesrepublik Deutschland hatte wenig Tiefe: Mit dem Rhein im Rücken bot sich entweder eine Verteidigung mit taktischen A-Waffen im Rahmen der Flexible Response ab der Zonengrenze an oder eine Verteidigungslinie links am Rhein, was eine Preisgabe des gesamten Vorfeldes bedeutet hätte.

Daher plädierte bereits General Adolf Heusinger für eine „Vorwärtsstrategie“ und Verteidigungsminister Gerhard Schröder für die „Vorneverteidigung“. Anders die 7th Army, die auf dem Boden der Bundesrepublik vom Norden bis Süden rund 30 Artilleriebataillone mit Atommunition als Armee- und Korpsartillerie stationierte

und damit auch die Air Force entlastete. Es ging darum, die Vorstöße über die Lüneburger Heide zu bremsen, den Hof-Korridor „zu schließen“ und das Heraustreten aus der Fulda-Senke für den Angreifer so verlustreich wie möglich zu machen. Die 1976 eingeführte Active Defense im Bereich NATO-Mitte war daher ein Defensivkonzept mit massivem A-Waffeneinsatz auf deutschem Boden bei nicht vorhandenem Zivilschutz.⁴⁰⁾

U.S. Air Forces Europe (USAFE) verlagerten aufgrund der veränderten militärstrategischen Ausrichtung der Verteidigung Europas die Schwerpunkte ihrer Luftoperation in die Tiefe der Paktstaaten: einmal gegen die Oder-, Weichsel- und Elbe-Brücken, dann gegen die Umspurzonen, gegen Flugplätze, taktische Atomwaffen und Raketenbasen. Unterstützt wurde diese Ausrichtung durch die atomar bestückte Mittelstreckenrakete Pershing und Kampfflugzeuge wie die F-105, F-111/FB-111, F-4 und die neuen Cruise Missiles.

Das ergab eine weitere Arbeitsteilung: Die Army kümmernte sich artilleristisch um das Extended Battlefield bis in eine Tiefe von 30, später 50 km, die Luftelemente der NATO machten Deep Battle (Battlefield Air) Interdiction von 50 bis 150 km in die Tiefe. Mit dem Zulauf der AH-1 Cobra konnte die Army CAS notdürftig selber abdecken. Die Luftwaffe der Bundeswehr hatte drei Kernaufgaben: die unmittelbare Luftunterstützung (G-91, Bo-105 für die Panzerabwehr), die Bekämpfung der feindlichen Luftinfrastruktur (mit Tornado), den Nuklearangriff in die Tiefe mit F-104G und mit den Pershing-Mittelstreckenraketen; ähnlich die RAF mit Tornado und Harrier.

Airpower und AirLand Battle

Die von einigen Generalen der Army wie William E. DePuy, Donn A. Starry, William R. Richardson und Maxwell R. Thurman in den späten 1970er-Jahren forcierte und 1984 für die NATO beschlossene AirLand Battle-Doktrin, war ein Offensivkonzept mit der Nutzung aller Systeme und taktischer Optionen im Sinne einer offensiven „Full Spectrum Operation“ in die Tiefe Osteuropas. Man ermittelte in zahllosen Planspielen an der National Defense University, am Army War College, Air War College und in der NATO die optimalen Luftangriffsoptionen für Europa und den Nahen Osten.⁴¹⁾

Daher wechselte die Army ab 1982 zu der zuvor konzipierten und stärker konventionell orientierten Air Land Battle-Doktrin über, ein Prozess, der etwa fünf Jahre erforderte. Man nützte an der Forward Line of Troops (FLT) mit Artillerie und den Kampfhubschraubern die Kräfte der Ersten Strategischen Staffel ab, die Air Force versprach mit der A-7 und A-10 taktische Luftunterstützung; die Luft-Boden-Munition wurde Zug um Zug auf PGMs umgestellt. Streumunition („Aerial Denial“-Systeme) wurde von Hubschraubern und MLRS⁴²⁾ aus eingesetzt, und gesteigerte Reichweiten der modernen Artilleriemunition, wie die eingeleitete Entwicklung der 155 mm Copperhead und Excalibur, wie auch von den MLRS sollten Panzerangriffe behindern und kanalisieren, sodass die Panzerabwehr der Army ihre Wirkung optimieren konnte. Der weiter nach Osten reichende Bereich für Deep Strike-Einsätze gegen die sowjetischen „Follow-On

Forces“ umfasste den Raum bis zu den westlichen Militärbezirken der UdSSR; alle Ziele noch weiter im Osten waren Sache des SAC, der SLBM-Raketen von U-Booten und von landgestützten Systemen.

Die Masse der Einsätze wurde in die Nacht verlegt. Man konnte pro Nacht einen Interdictionseinsatz oder zwei BAI-Einsätze fliegen; die täglichen Klarstandsdaten waren daher mit 85% Untergrenze festgelegt. Energische Stöße mit Kampfpanzern Abrams und Leopard und mechanisierter Infanterie richteten sich nunmehr (Feindkräfte umfassend) in die Tiefe des Raumes.

Um 1987/88 erkannte man, dass der Warschauer Pakt daran dachte, die strategisch-operative Staffelung aufzugeben, um auf die Korps-Struktur („Operative Manöver-Gruppen“) überzugehen.⁴³⁾ Es war Marschall Ogarkow, der diese Entwicklungen in einigen Aufsätzen in sowjetischen Militärzeitschriften ins Rollen brachte, aber die Reform blieb aus und wurde mit dem Ende des Warschauer Paktes und mit dem Zusammenbruch der sowjetischen - nunmehr „Russischen“ Armee - 1991/92 ohnedies hinfällig.

Der Kampfhubschrauber (AH-64 mit Hellfire-Waffen) besetzte die typischen CAS-Aufgaben mit Einsatzschussweiten von 500 bis 3.000 Meter feindwärts.⁴⁴⁾ Die heutigen Joint Terminal Attack Controller (JTAC)/Forward Air Controller (FAC) sollen nun, mit einer Vielzahl von Geräten wie Laser Pointer, UHF, HF, VHF etc. Luft-Boden-Feuer an der „Forward Edge of the Battle Area“ präziser machen. Aber die Fragen zu Feuerverboten und Luftraummanagement blieben immer auf der Tagesordnung, auch beim NATO Air Defense Committee.

Bei „Desert Storm“ verschwand die BAI-Zone, weil die eigenen Kräfte so rasch vorstießen, dass man Luft-Einsätze immer wieder abbrechen musste, weil sich die FLT an die FSCL heranschob, dabei die eigenen Truppen durch friendly fire gefährdend. Die Idee, die BAI-Einsätze flexibel zu gestalten, etwa durch laufendes Verlegen der FSCL, bewährte sich nicht. Nach Vorfällen mit Verlusten im Irak 1991 weigerten sich einige Bataillone, Luftunterstützung anzufordern. Das Verlegen einer FSCL erfordert nicht nur eine Koordination von Land- und Luftstreitkräften auf der übergeordneten Ebene, sondern solche Änderungen müssen allen Kräften in einem taktischen Raum zeitgerecht und nachweislich bekanntgemacht werden. Das erfordert Zeit und ist bei einem raschen Vormarsch kaum umsetzbar.

Strategischer und taktischer Lufttransport

Was den strategischen (transozeanischen bzw. Langstrecken-) Lufttransport betraf, hatte man immer mit hohen Forderungen an Transportkapazitäten zu tun, aber weder genützte Zivilflugzeuge (C-47, C-54, C-118, C-121) noch die ersten in Serie hergestellten militärischen Großtransporter (C-124, dann die C-133, die jedoch nur zum Transport von Raketen verwendet wurde) waren ideal, erst mit der C-141 besaß man ein Flugzeug mit den Leistungen der Boeing 707 oder Douglas DC-8.

Mit der C-130 hatte Lockheed einen idealen Intra-Theater-Transporter entwickelt, der für den militärischen Lufttransport unentbehrlich wurde. In Ergänzung zu

diesem Typ, von dem bis jetzt mehr als 2.500 Maschinen gebaut wurden, kamen Hubschrauber wie die CH-53, CH-54 und CH-47 und zuletzt die V-22 Osprey. Im Hybrid War und bei Counterinsurgency-Operationen ist die Versorgung von Stützpunkten oft nur auf dem Luftweg möglich. Was fehlt, ist ein Transporter, der wesentlich mehr Nutzlast und Kabinenraum hat als die C-130, und der A-440M ist genau dieses Flugzeug.

Die C-5A Galaxy brachte den Durchbruch in Richtung hoher Nutzlast, kombiniert mit hoher Reichweite. Die Galaxy wurde daher der ideale Schwertransporter, der zwar einen extrem hohen Aufwand an die technische Wartung stellt, aber als einziger ohne viele Einschränkungen rund 90 Tonnen transportieren kann. Mit Aerial Refueling verliehen zuerst die KB-50, dann die KC-97, zuletzt die Boeing 707 in der Version KC-135 (mit einem Dutzend Sub-Typen) und die KC-10 den Bombern des SAC, dann auch allen anderen Flugzeugen mit In-Flug-Betankungsvorrichtungen enorme Reichweiten. Die C-17 brachte dann die ideale Kombination von strategischer Nutzlast und hoher Reichweite und Nutzung schlecht ausgebauter Flugplätze in Krisengebieten.

Special Forces (Air) Operations

Die Emanzipation der Special Forces führte zu einem eigenen Kommando (U.S. Special Forces Operations Command, SOCOM) und zur formellen Unterstellung solcher Verbände und Einheiten, die von der Army, Air Force, Navy und vom Marinekorps kommen. Die Aufwertung der Special Forces konnte man auch daran erkennen, dass immer mehr von deren Kommandanten in höchste Funktionen der Streitkräfte aufrückten.⁴⁵⁾

SOCOM mit den Sonderaufgaben für Nachteinsätze, Combat Search & Rescue (CSAR)/Aerospace Rescue and Recovery (ARRS) im feindlichen Hinterland benötigen spezielle Plattformen und Sensoren. Das führte zu Flugzeugen wie der MC-130J und AC-130J, zu Hubschraubern wie AH-64/Block III; MH-60M, MH-60L und HH-47/MH-47G. Die Beschaffungskosten eines CH-53K kommen an die von Kampfflugzeugen heran. Dazu kam die Notwendigkeit für immer mehr Passivschutz, um die Überlebenswahrscheinlichkeit gegen den Beschuss von Waffen bis 12,7 mm zu verbessern. Ein hingegen nicht lösbares Problem sind allerdings Treffer von aus dem Hinterhalt auf kurze Entfernung abgefeuerten RPGs, auf deren Konto auch mehrere CH-47 Chinook Verluste in Afghanistan gingen.

Es gibt keine „beste Organisation“

Auch Organisationsfragen sind ein Dauerthema: Will man eine nach Typen strukturierte oder aufgabenorientierte Organisation? Wie groß sollten Stäbe, Geschwader und Staffeln sein? Ein Geschwader pro Platz oder eine vorgeplante Aufteilung, um im Kriegsfall gegen Angriffe weniger empfindlich zu sein? So hatte der Warschauer Pakt für jedes Regiment (rund 45 Flugzeuge) pro Basis zwei Ausweichflugplätze, und die NATO übte auf Autobahnplätzen und Zivilplätzen, so in den 1980er-Jahren, so auch das österreichische Bundesheer.⁴⁶⁾ General Le May teilte nach einem Alarmplan die rund 2.500 strategischen

Bomber und 600 Tanker des SAC auf rund 150 Flugplätze auf.⁴⁷⁾

In den 1980er-Jahren legte die RAF ihre Teilkomponenten für Luftverteidigung und Luftangriff zusammen. Da das SAC die nukleare Rolle der FB-111, B-52 und B-1 zugunsten der ICBM reduzierte und sich immer „konventioneller“ ausrichtete, plante man knapp vor dem Golfkrieg 1991, das SAC, TAC und das Aerospace Defense Command (ADC) in einer neuen Großorganisation unter dem Namen Air Combat Command zusammenzuführen. Nachdem das TAC bereits das ADC aufgenommen hatte und die Luftverteidigung auf die F-15 und F-16 des TAC übergegangen war, erfolgte 1993 der nächste Reorganisationsschritt, nämlich die Einführung der Air Expeditionary Wings (AEW). Die AEWs sollten die Rotation bzw. Verlegungen von Verbänden nach Übersee auf eine größere Zahl von Geschwadern bzw. Staffeln aufteilen. Dafür wurden virtuelle Geschwader aufgestellt, die jeweils für ein Jahr mit hoher Einsatzbereitschaft auf Einsätze warteten oder in einem Einsatzraum bereits vorhandene Verbände verstärken sollten. Ein solcherart zusammengestelltes AEW hatte mit diversen Staffeln im Schnitt 80 bis 100 Flugzeuge und rund 3.000 Mann; zehn AEWs wurden aufgestellt.

Alle drei Reformen erwiesen sich als problematisch und wurden nach 2008 wieder rückgängig gemacht: Die Bomber-, Tanker- und Transportelemente wurden in die AEWs erst gar nicht aufgenommen, die AEWs schufen Probleme bei Technik und Logistik, und man übertrug den Auftrag auf vorhandene Geschwader mit Kommando, Operation Group, Logistic Group und Support Group. Dazu kommen Sonderverbände als erste Aufnahmeorganisation für Verwundete, die daher eine Medical Group besitzen.

2009 wurden die Bomber und Tanker dem neu aufgestellten Air Force Global Strike Command unterstellt (als Nachfolger des SAC), das nun ein Teil des neuen Strategic Command (STRATCOM) ist. Die Jäger zum Schutz der USA wurden im Rahmen der neu gebildeten 21st Air Force wieder ein Teil von NORAD/AFNORTH und sind nun ein Component Command von NORTHCOM. Damit ist die Organisation etwa wieder dort, wo sie 1991 war. *(Wird fortgesetzt)*

ANMERKUNGEN:

- 1) Ellwood P. Hinman: Counterair and Counterland - Concepts for the 21st Century, JFQ 1/2008, S.85-91.
- 2) Zahlreiche Quellen: Geoff Fein, Grace Jean, Caitlin Lee, Daniel Wasserby: Getting to grips with the Air-Sea Battle integration concept, Jane's International Review, Aug. 2013, S.44-49; Robbin Laird, Ed Timberlake: Pivot Point: Re-shaping US maritime strategy in the Pacific, Jane's Navy International April 2013, S.22-29; Marcus Weisgerber: U.S. 2014 Defense Budget. Shifting to the Pacific, Defense News, 15. April 2013, S.11-14; US Department of Defense: Background Briefing on Air-Sea Battle by Defense Officials from the Pentagon. 9. November 2011, Robert Gates: Never Fight a War in Asia, 24. Nov. 2011 (West Point Address); Andrew Morin: Robert Gates advises against land war, future war will be Air-Sea, Digital Journal, 26. Feb. 2011.
- 3) Eine Ausnahme im deutschen Sprachraum ist Holger May mit zwei Bänden: Offensive Luftmacht zur Verteidigung und Friedenssicherung, ISA, Report Verlag, Band 4, Frankfurt am Main 1995; Erforderliche Kampfkraft der Luftwaffe im neuen sicherheitspolitischen Umfeld, ISA, Report Verlag, Band 5, Frankfurt am Main, 1995.
- 4) Der Verfasser möchte Oberst dHmFD Norbert Schartner, Sektion III,

Bereitstellungsunterstützung, BMLVS, für die Zurverfügungstellung der Dokumentensammlung der Common Security and Defense Policy of the European Union, Handbook CSDP, 2012 danken.

5) Dies traf zu, allerdings hatte die Luftwaffe in Nordwest-Frankreich bereits viel zu wenig Kräfte. Die Jagdwaffe war im Rahmen der Reichsluftverteidigung auf Nordwest-Deutschland und Holland konzentriert.

6) Dabei gingen verloren: 850 Flugzeuge über Nordvietnam, 966 über Südvietnam (davon 1.433 durch Rohrwarfen) und 2015 durch Unfälle bzw. 2.197 Flugzeuge der USAF, 854 der USN und 271 des USMC. Dabei wurden 1.084 Piloten getötet, 497 gingen in Gefangenschaft.

7) Aus der Fülle der Literatur sei hier erwähnt: Russell F. Weigley: The American Way of War. A History of United States Military Strategy and Policy. Indiana Univ. Press, Bloomington, IN, 1973, Reprint 1977; Geoffrey Perret: A Country Made by War. From the Revolution to Vietnam - The Story of America's Rise to Power. Random House, New York, 1989; eher zukunftsweisend: Hugh H. Gaffney: The American Way of War Through 2020, CNA Corp., Washington, DC 2005; Max Boot: The New American Way of War, Foreign Affairs Juli/Aug. 2003 etc.

8) So etwa Air Force 2025, FORCE XXI, Joint Vision 2020, Global Reach Global Strike, From the Sea, Seabasing for the Range of Military Operations, Amphibious Operations in the 21st Century, Evolving the MATGF for the 21st Century, A Cooperative Strategy for the 21st Century, Seapower: U.S. Navy, U.S. Marine Corps, U.S. Coast Guard, Sea Warrior oder Sea Power 21; dies sind einige der rund 100 strategischen Studien der letzten 15 Jahre im Besitz des Verfassers.

9) Michael Sherry: The Rise of American Air Power. The Creation of Armageddon. Yale Univ. Press, New Haven, CT, 1987. Le May hatte im Jänner 1945 in Guam Hansell als Kommandant des XX. Bomber Command abgelöst.

10) Daniel Wasserly: Top US officer details costs, risks of using force in Syria, Jane's Defence Weekly, 31 July 2013, S.8.

11) Zahlreiche Quellen: David A. Moore: The Art of Aerial Warfare. Air University Press, Maxwell AFB, AL, 2005; David R. Mets: The Air Campaign: John Warden and the Classical Air Power Theorists, Air University Press, Maxwell AFB, AL, 1999 etc.

12) Von „Annihilation“ zu „Shock and Awe“ - Die Doktrinendiskussion in den USA, ÖMZ 5/2003, S.559-570; Paradigmenwechsel im Luftkrieg: ÖMZ 5/2002, S.561-572; Luftkriegsdoktrin in Diskussion - Kann Air Power allein politische Ziele erreichen? ÖMZ 5/99, S.575-586; NATO - Die Strategiediskussion, ÖMZ 2/99, S.232-234; Luftverteidigung - Offensive und defensive Luftverteidigung, Kostenwirksamkeit, taktische Aspekte, ÖMZ 1/81, S.11-18; Luftverteidigung: Grundsätze der Luftverteidigung, Fragen der Luftüberlegenheit und Luftherrschaft, ÖMZ 5/80, S.380-387.

13) Diese Ideen hatte zuvor auch Gianni Caproni; der italienische Journalist Nino Dalvaneschi meinte 1917, Österreich-Ungarn sei wie eine Uhrenfabrik, die man durch Störung des Räderwerks mittels Luftangriffen rasch in eine fatale Unordnung bringen könnte.

14) So die Luftkriegsplaner in Maxwell 1939.

15) Es sei „sinnlos, der dummen und verantwortungslosen Generalität ihre Kampfführung auszureden“. Das brachte Douhet ein Jahr Gefängnis wegen Beleidigung ein; die Folge war, dass Italien nur eine taktische Bomberwaffe aufbaute. Auch Billy Mitchell landete vor einer Disziplinarkommission und wurde zum Oberst degradiert. Als Air Force Chief of Staff Michael Dugan bezüglich des gewaltigen Truppenaufmarsches für Desert Storm meinte, die Air Force könne Saddam Hussein binnen Wochen zur Kapitulation zwingen, wurde er von Verteidigungsminister Cheney seiner Funktion erhoben, weil die Army sich kritisiert fühlte, aber sein Nachfolger Gen. McPaek äußerte sich wenig später ähnlich und nahm Dugan gegen Cheney öffentlich in Schutz. Siehe: James W. Canan: McPeaks Plan, Air Force Magazine, Feb. 1991, S.18.

16) Phillip S. Mellinger: Airpower Myths and Facts. Air University Press, Maxwell AFB, 2003. S.20-23.

17) 1945 waren die modernsten Flugzeuge des Jahres 1939, so sie nicht laufend verbessert wurden (vor allem bei der Motorleistung), völlig veraltet. Aber eine neue Entwicklung benötigte mehr Zeit als der Krieg dauerte: zwei bis drei Jahre Konstruktionsarbeit, 18 Monate Produktionsanlauf und zwei Jahre Einführung bei der Truppe. Nur wenige Konstruktionen schafften es, diese Zeitspanne geringfügig zu unterlaufen wie die F-8 Bearcat. Das war auch der Grund, warum man alle Bombertypen des Weltkrieges 1945 austernern musste. Die neuen Bomber wie die B-29, B-36 und B-45 oder die Jäger P-80, P-84, Gloster Meteor oder die MiG-15 waren technisch gesehen ganz andere Flugzeuge.

18) Hier handelte es sich um den einzigen Fall eines offensichtlichen Versagens eines Korpskommandanten der Army im Zweiten Weltkrieg. Fredendall, CG II. Corps, setzte Artillerie, Panzer und die ihm

unterstellten Luftelemente falsch ein, aber Eisenhower erkannte weder diese Fehler, noch löste er ihn zeitgerecht ab. Fredendall verschuldete den Zusammenbruch der Front beim Kasserine-Pass und verursachte so die erste Niederlage der US Army im Zweiten Weltkrieg, die aber ohne Folgen blieb, weil die deutschen Truppen logistisch eine Operation in die Tiefe in Richtung Algerien nicht mehr schafften. Später wurde wegen dieser Fehlleistungen die Vorschrift FM 100-20 Command and Employment of Airpower, Juli 1943, verfasst. Siehe dazu u.a. Shawn P. Rife: Kasserine Pass and the Proper Application of Airpower, JFQ Autumn/Winter 1998/99, S.71-76.

19) 1988 publizierte Warden das Buch The Air Campaign: Planning for Combat. National Defense Univ. Press, Washington, DC. Warden hielt auch zahlreiche Vorträge, in denen er seine Vorstellungen an die sich verbessernden technischen Möglichkeiten anpasste. Wie jeder, der neue Ideen in das System einbringt, mit der Führung in Kontroversen verwickelt wird, wurde er nie Brigadegeneral, aber während die meisten der zahllosen Generale seiner Zeit längst vergessen sind, blieben Boyd und Warden feste Bestandteile der modernen Luftkriegstheorie.

20) Tom Wilson: The Wild Weasel Legacy - The Early Days, Defense Electronics, Sept. 1988, S.52-61.

21) John L. Tolson: Airmobility 1961-1971. Department of the Army, Washington, DC 1999.

22) Eine Erhöhung der Zahl der Einsätze kann bei größeren Distanzen zum Ziel auch von der Zahl vorhandener Tanker abhängen.

23) Ausführlich bei William W. Momyer: Air Power in Three Wars (WW II, Korea, Vietnam), Department of the Air Force, Washington, DC, 1978.

24) So auch noch im Jahr 2000, der Verfasser war Mitglied dieses Gremiums.

25) Anschlag in Beirut am 23. Okt. 1983 mit 299 Toten: Die laufenden Warnungen gingen mehrere Tage davor von der CIA in Beirut an die zuständigen Stellen innerhalb der CIA, dann von dort zum Secretary of Defense, dann an den CJCS, dann zum Director JCS, von dort zum Commando US Naval Forces Atlantic, zum USCINCEUR, weiter zum CINCUSNAVEUR, dann zum COMSIXTHFLT und CTF 61 TF 62 von dieser zur 24th MAU, ehe sie den BLT 1/8 Kommandanten am Flughafen in Beirut 48 Stunden nach dem Anschlag erreichte. Siehe dazu: Report of the Department of Defense Commission on Beirut International Airport Terrorist Act, October 23, 1983, 20th December 1983.

26) Trotz mehrerer Warnungen vor einem Anschlag ließ die von Saudi-Arabien gestellte Bewachung den LKW mit 2,5 Tonnen Sprengstoff bis zum Gebäude vorfahren.

27) Clint Hinote: Centralized Control and Decentralized Execution. A Catchphrase in Crisis? Air Force Research Institute Papers. Air Force Research Institute, Maxwell AFB, AL, 2009.

28) JP 3-0 Joint Operations, S. A2, Department of Defense, Washington, DC, 17. Dez. 2006.

29) Howard D. Belote: Warden and the Air Corps Tactical School. School of Advanced Airpower Studies, Air University, Maxwell AFB, AL, 1999.

30) So errechnete der Planungsstab unter Haywood Hansell im August 1941, dass die USA mit (Verluste eingerechnet) 6.860 Bombern 154 strategische Ziele im Deutschen Reich zerstören und den Krieg binnen einem halben Jahr beenden würden. Haywood Hansell: The Air War That Defeated Hitler. Higgins-MacArthur/Longino & Porter, Atlanta, GA, 1972.

31) David Moore: The Art of Aerial Warfare. Fairchild Papers, Air University Press, Maxwell AFB, AL, 2005.

32) Moskau verlangte für die Flugzeuge Barzahlung, die China teilweise in Gold leistete.

33) So auch der damalige Kommandant des SAC, General Bennie L. Davis. In: Indivisible Airpower, Air Force Magazine, März 1984, S.47-48. Der Artikel war ein Bruch mit der seit 1946 gültigen SAC-Philosophie.

34) Die Sowjetunion hielt am Verfahren der Jägerleitung durch Radarleittoffiziere (bis zum Feindziel) bis 1990 fest und hat dieses von der Luftwaffe übernommene Verfahren bis heute nicht geändert.

35) Zu Creech und seinen zahlreichen Reformen siehe: James C. Slife: Creech Blue. General Bill Creech and the Reformation of the Tactical Air Forces, 1978-1984. Air University Press, Maxwell AFB, AL, 2004.

36) Verwendet wurden vor allem T-38 und F-5E; diese Staffel flog pro Jahr 13.000 Einsätze.

37) Der Verfasser hatte aufgrund einer Einladung der US Navy Gelegenheit diese Schule zu besuchen. Als „Feindflugzeuge“ agierten F-16, F-14, F-15, T-38, F-5E, A-4, F-18, F-21, IAI Kfir, MiG-17, MiG-21 MiG-23, dazu eine MiG-29, die in der Ukraine beschafft wurde. Aggressor Squ wurden in Florida, Alaska und Großbritannien aufgestellt; die Army

verwendet für ihre Hubschraubertaktik Mi-24 und Mi-8 als „Feinde“.

38) Nach dem Key West-Abkommen durfte die Army keine Kampfflugzeuge besitzen, das Interesse war daher einmal platonisch, dann aber auch eine Demonstration der Unzufriedenheit mit der Air Force betreffend jede Form von Luftunterstützung.

39) Dazu kommen die von der RAF übernommenen 72 Harrier gleichen Typs.

40) Deutsche Generale waren oft unangenehm berührt, wenn bei Stabsübungen amerikanische Majore ohne irgendwelche Konsultationen Dutzende taktische A-Waffen einsetzten, um sowjetische Panzervorstöße abzufangen.

41) Die damaligen Angriffsplanungen und angestrebten Ergebnisse wurden von einer befreundeten Kursteilnehmerin dem Verfasser zur Verfügung gestellt. Ausländische Kursteilnehmer, mit Ausnahme der Briten, Australier und Kanadier, waren von diesen Phasen des War Planning in Maxwell AFB ausgeschlossen.

42) Multiple Launch Rocket System, verfeuert ballistische Raketen bis in eine Entfernung von 300 km.

43) Solche gab es in der Roten Armee auch im Zweiten Weltkrieg. Bei den Übungen des Warschauer Paktes zeigte sich allerdings bis zuletzt, dass die schlechte Organisation und Qualität der Rückwärtigen Dienste die Logistik der Kampfverbände nicht bewältigte und die Panzer- und MotSch-Divisionen nach 150 oder 200 km regelmäßig mangels Treibstoff liegenblieben.

44) Umfassend in: Terrance J. McCaffrey: What Happened to Battlefield Air Interdiction? Army and Air Force Battlefield Doctrine Development from Pre-Desert Storm to 2001. Air University Press, Maxwell AFB, AL, 2004; James C. Slife: Creech Blue: General Bill Creech and the Reformation of the Tactical Air Forces, 1978-1984.

45) So die Generale Henry H. Shelton, Peter J. Schoomaker, Norton A. Schwartz und andere.

46) In Österreich war es Erich Klose, Infrastruktureferent in der Luftabteilung/Generalstabsgruppe B/BMLV, der 1986 nach Vorbild der NATO und der Schweiz, auf der S 36 einen Platz mit einer Gesamtlänge von 2.400 Meter einen Einsatzflugbetrieb für die Saab 105 (auch für den Draken geeignet) vorbereiten konnte, der dann vorübergehend auch fliegerisch genützt wurde.

47) Auch auf Zivilflugplätzen, die jeweils rund zehn Bomber aufzunehmen hatten.



**Mag.phil. Friedrich W.
Korkisch, PhD**

Geb. 1940; Ministerialrat iR, Oberst dhmfD iR; 1958 Luftstreitkräfte, Dienst u.a. im JaBoGeschwader, Hörsching, G-2/S-2 Kommando Luftstreitkräfte; Luftabteilung, Generalstabsgruppe B, BMLV; NATO Air Defense Committee; KSZE/OSZE/OSCC Wien; 1970/71 Privatwirtschaft in den USA; Studium: Santa Barbara College, CA; Univ. of Michigan, Ann Arbor; Univ. Wien, und Zrinyi Univ. Budapest, PhD (summa cum laude); Alumni NESA/National Defense Univ., Washington DC; Lektor an der Landesverteidigungsakademie Wien (Sicherheitspolitik), EFAAlpbach und Corvinus Univ. Budapest (Volkswirtschaft); Leiter Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, Wien.